**Deutscher Bundestag**
**4. Wahlperiode**

**Drucksache IV/3530**

**Bundesrepublik Deutschland**
**Der Bundeskanzler**

II/1 — 68900 — 5518/65

Bonn, den 11. Juni 1965

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 8. April 1965 zur Einsetzung eines gemeinsamen Rates und einer gemeinsamen Kommission der Europäischen Gemeinschaften

nebst Begründung (Anlage 1) mit der Bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Der Wortlaut des Vertrages mit dem Protokoll über die Vorrechte und Befreiungen der Europäischen Gemeinschaften im Anhang, die Schlußakte sowie eine Denkschrift zum Vertrag sind beigefügt.

Federführend ist der Bundesminister des Auswärtigen.

Der Bundesrat hat in seiner 283. Sitzung am 4. Juni 1965 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, zu dem Gesetzentwurf wie aus der Anlage 2 ersichtlich Stellung zu nehmen. Die Gegenäußerung der Bundesregierung zu dem Beschluß des Bundesrates ergibt sich aus der Anlage 3.

Für den Bundeskanzler
Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung
**Blank**

Druck: Bundesdruckerei Bonn
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger,
Bad Godesberg, Goethestr. 54, Postfach 821
Telefon 6 35 51

**Anlage 1**

# Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 8. April 1965 zur Einsetzung eines gemeinsamen Rates und einer gemeinsamen Kommission der Europäischen Gemeinschaften

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Brüssel am 8. April 1965 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Vertrag zur Einsetzung eines gemeinsamen Rates und einer gemeinsamen Kommission der Europäischen Gemeinschaften wird zugestimmt. Der Vertrag wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Ein Bundesbeamter oder Richter im Bundesdienst, dessen Amtsverhältnis als Mitglied eines Organs der Europäischen Gemeinschaften endet, ist auf seinen Antrag in den Ruhestand zu versetzen. Der Antrag kann bis zum Ablauf von drei Monaten seit dem Ausscheiden aus dem Amt gestellt werden. Der Ruhestand beginnt mit dem Ende des Monats, in dem die Versetzung in den Ruhestand dem Beamten oder Richter mitgeteilt wird.

Artikel 3

Dieses Gesetz sowie

- das Gesetz betreffend den Vertrag vom 18. April 1951 über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl vom 29. April 1952 (Bundesgesetzbl. II S. 445),
- das Gesetz über den Beschluß vom 8. Dezember 1954 betreffend die Anwendung des Artikels 69 des Vertrages vom 18. April 1951 über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl vom 30. Mai 1956 (Bundesgesetzbl. II S. 599),
- das Gesetz über den Vertrag vom 27. Oktober 1956 zur Abänderung des Vertrages über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl vom 22. Dezember 1956 (Bundesgesetzbl. II S. 1874),
- das Gesetz zu dem Beschluß vom 16. Mai 1961 zur Ergänzung des Beschlusses vom 8. Dezember 1954 betreffend die Anwendung des Artikels 69 des Vertrages vom 18. April 1951 über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl vom 4. April 1963 (Bundesgesetzbl. II S. 173)

gelten auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieser Gesetze feststellt.

Artikel 4

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem der Vertrag zur Einsetzung eines gemeinsamen Rates und einer gemeinsamen Kommission der Europäischen Gemeinschaften nach seinem Artikel 38 Abs. 2 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

## Begründung

Zu Artikel 1

Der Vertrag bedarf nach Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes der Zustimmung der für die Bundesgesetzgebung zuständigen Körperschaften in der Form eines Bundesgesetzes, da er sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Die Zustimmung erstreckt sich auch auf das Protokoll über die Vorrechte und Befreiungen der Europäischen Gemeinschaften, das nach Artikel 28 des Vertrages dessen Bestandteil ist.

Zu Artikel 2

Die von der Vorschrift erfaßten Beamten und Richter haben bei den Europäischen Gemeinschaften eine Stellung inne, die der eines Regierungsmitgliedes vergleichbar ist. Ähnlich der Regelung in § 18 Abs. 2 des Bundesministergesetzes vom 17. Juni 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 407) sollte ihnen daher bei einem Ausscheiden aus ihrem Amt, wie es zum Beispiel durch die Fusion eintreten kann, die Möglichkeit eröffnet werden, in den Ruhestand zu treten.

Eine Frist von drei Monaten für den Antrag gibt dem Beamten oder Richter die erforderliche, aber auch ausreichende Überlegungszeit und ist für die Behörde zumutbar. Da der Entwurf lediglich einen Zeitpunkt für den Ablauf der Antragsfrist festlegt, ist die Antragstellung auch schon vor dem Ausscheiden möglich.

Eine Regelung über die Höhe des Ruhegehalts — wie in § 18 Abs. 2 letzter Halbsatz des Bundesministergesetzes — ist nicht erforderlich, da der Beamte oder Richter aus seinem Amt, das er während seiner Beurlaubung beibehalten hat, in den Ruhestand versetzt wird.

Zu Artikel 3

Der Vertrag soll auch auf das Land Berlin Anwendung finden. Im Zusammenhang mit der Einsetzung eines gemeinsamen Rates und einer gemeinsamen Kommission der Europäischen Gemeinschaften soll Berlin ferner in den Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl einbezogen werden, um eine einheitliche Anwendung der drei Gemeinschaftsverträge auf das Land Berlin zu erreichen. Das Gesetz enthält daher eine entsprechend erweiterte Berlin-Klausel.

Zu Artikel 4

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, zu dem der Vertrag nach seinem Artikel 38 Abs. 2 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Mit Ausnahme der Kosten der Verlegung bestimmter Organe und Dienststellen der Gemeinschaften und der personalrechtlichen Entscheidungen bei Durchführung der Fusion der Organe sind weitere Belastungen für den Bundeshaushalt durch den Vertrag nicht zu erwarten.

Diese Kosten lassen sich im einzelnen noch nicht überblicken. Sie werden voraussichtlich durch Einsparungen ausgeglichen, die sich aus der mit der Fusion angestrebten Rationalisierung ergeben werden.

# Vertrag
zur Einsetzung eines gemeinsamen Rates und einer gemeinsamen Kommission der Europäischen Gemeinschaften

# Traité
instituant un Conseil unique et une Commission unique des Communauté européennes

# Trattato
che istituische un Consiglio unico ed una Commissione unica delle Comunità Europee

# Verdrag
tot instelling van één Raad en één Commissie welke de Europese Gemeenschappen gemeen hebben

SEINE MAJESTÄT DER KÖNIG DER BELGIER,

DER PRÄSIDENT
DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND,

DER PRÄSIDENT DER FRANZÖSISCHEN REPUBLIK,

DER PRÄSIDENT DER ITALIENISCHEN REPUBLIK,

SEINE KÖNIGLICHE HOHEIT
DER GROSSHERZOG VON LUXEMBURG,

IHRE MAJESTÄT DIE KÖNIGIN DER NIEDERLANDE,

GESTÜTZT auf Artikel 96 des Vertrags über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl,

GESTÜTZT auf Artikel 236 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft,

GESTÜTZT auf Artikel 204 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft,

GEWILLT, Fortschritte bei der Einigung Europas zu erzielen,

ENTSCHLOSSEN, die drei Gemeinschaften zu vereinheitlichen,

IN DEM BEWUSSTSEIN, daß die Bildung gemeinsamer Organe der Gemeinschaften zu dieser Vereinheitlichung beiträgt,

HABEN BESCHLOSSEN, einen gemeinsamen Rat und eine gemeinsame Kommission der Europäischen Gemeinschaften zu bilden; sie haben zu diesem Zweck zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

Seine Majestät der König der Belgier:

Der Präsident der Bundesrepublik Deutschland:

Der Präsident der Französischen Republik:

Der Präsident der Italienischen Republik:

Seine Königliche Hoheit der Großherzog von Luxemburg:

SA MAJESTÉ LE ROI DES BELGES,

LE PRÉSIDENT
DE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE,

LE PRÉSIDENT DE LA RÉPUBLIQUE FRANÇAISE,

LE PRÉSIDENT DE LA RÉPUBLIQUE ITALIENNE,

SON ALTESSE ROYALE LE GRAND-DUC
DE LUXEMBOURG

SA MAJESTÉ LA REINE DES PAYS-BAS,

VU l'article 96 du Traité instituant la Communauté européenne du charbon et de l'acier,

VU l'article 236 du Traité instituant la Communauté économique européenne,

VU l'article 204 du Traité instituant la Communauté européenne de l'énergie atomique,

RESOLUS à progresser dans la voie de l'unité européenne,

DECIDÉS à procéder à l'unification des trois Communautés,

CONSCIENTS de la contribution que constitue pour cette unification la création d'institutions communautaires uniques,

ONT DECIDÉ de créer un Conseil unique et une Commission unique des Communautés européennes et ont désigné à cet effet comme plénipotentiaires:

Sa Majesté le Roi des Belges,

Le Président de la République fédérale d'Allemagne,

Le Président de la République française,

Le Président de la République italienne,

Son Altesse Royale le Grand-Duc de Luxembourg,

SUA MAESTÀ IL RE DEI BELGI,

IL PRESIDENTE
DELLA REPUBBLICA FEDERALE DI GERMANIA,

IL PRESIDENTE DELLA REPUBBLICA FRANCESE,

IL PRESIDENTE DELLA REPUBBLICA ITALIANA,

SUA ALTEZZA REALE
IL GRANDUCA DEL LUSSEMBURGO,

SUA MAESTÀ LA REGINA DEI PAESI BASSI,

VISTO l'articolo 96 del Trattato che istituisce la Comunità Europea del Carbone e dell'Acciaio,

VISTO l'articolo 236 del Trattato che istituisce la Comunità Economica Europea,

VISTO l'articolo 204 del Trattato che istituisce la Comunità Europea dell'Energia Atomica,

RISOLUTI a progredire sulla via dell'unità europea,

DECISI a procedere all'unificazione delle tre Comunità,

CONSAPEVOLI del contributo costituito, per tale unificazione, dalla creazione di istituzioni comunitarie uniche,

HANNO DECISO di creare un Consiglio unico ed una Commissione unica delle Comunità Europee e a questo effetto hanno designato come plenipotenziari:

Sua Maestà il Re dei Belgi,

Il Presidente della Repubblica federale di Germania,

Il Presidente della Repubblica francese,

Il Presidente della Repubblica italiana,

Sua Altezza Reale il Granduca del Lussemburgo,

ZIJNE MAJESTEIT DE KONING DER BELGEN,

DE PRESIDENT
VAN DE BONDSREPUBLIEK DUITSLAND,

DE PRESIDENT VAN DE FRANSE REPUBLIEK,

DE PRESIDENT VAN DE ITALIAANSE REPUBLIEK,

ZIJNE KONINKLIJKE HOOGHEID
DE GROOTHERTOG VAN LUXEMBURG,

HARE MAJESTEIT DE KONINGIN DER NEDERLANDEN,

GELET op artikel 96 van het Verdrag tot oprichting van de Europese Gemeenschap voor Kolen en Staal,

GELET op artikel 236 van het Verdrag tot oprichting van de Europese Economische Gemeenschap,

GELET op artikel 204 van het Verdrag tot oprichting van de Europese Gemeenschap voor Atoomenergie,

VASTBESLOTEN, voort te gaan op de weg naar de Europese eenheid,

BESLOTEN hebbende, de drie Gemeenschappen één te maken,

ZICH ERVAN BEWUST, dat het in het leven roepen van gemeenschappelijke instellingen voor de Gemeenschappen een bijdrage vormt tot deze eenmaking,

HEBBEN BESLOTEN één Raad en één Commissie welke de Europese Gemeenschappen gemeen hebben, in het leven te roepen en hebben te dien einde als hun gevolmachtigden aangewezen:

Zijne Majesteit de Koning der Belgen,

De President van de Bondsrepubliek Duitsland,

De President van de Franse Republiek,

De President van de Italiaanse Republiek,

Zijne Koninklijke Hoogheid
de Groothertog van Luxemburg,

Ihre Majestät die Königin der Niederlande:

Sa Majesté la Reine des Pays-Bas,

Diese sind nach Austausch ihrer als gut und gehörig befundenen Vollmachten wie folgt übereingekommen:

lesquels, après avoir échangé leurs pleins pouvoirs reconnus en bonne et due forme, sont convenus des dispositions qui suivent:

KAPITEL I

**Der Rat der Europäischen Gemeinschaften**

Artikel 1

Es wird ein Rat der Europäischen Gemeinschaften, im folgenden der Rat genannt, eingesetzt. Dieser Rat tritt an die Stelle des Besonderen Ministerrates der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, des Rates der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und des Rates der Europäischen Atomgemeinschaft.

Er übt die diesen Organen zustehenden Befugnisse und Zuständigkeiten aus, nach Maßgabe des Vertrags über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl und der Verträge zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen Atomgemeinschaft sowie dieses Vertrags.

Artikel 2

Der Rat besteht aus Vertretern der Mitgliedstaaten. Jede Regierung entsendet eines ihrer Mitglieder

Der Vorsitz wird von den Mitgliedern des Rates nacheinander für je sechs Monate wahrgenommen, und zwar in folgender Reihenfolge der Mitgliedstaaten: Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg, Niederlande.

Artikel 3

Der Rat wird von seinem Präsidenten aus eigenem Entschluß, auf Antrag eines seiner Mitglieder oder der Kommission einberufen.

Artikel 4

Ein Ausschuß, der sich aus den Ständigen Vertretern der Mitgliedstaaten zusammensetzt, hat die Aufgabe, die Arbeiten des Rates vorzubereiten und die ihm vom Rat übertragenen Aufträge auszuführen.

Artikel 5

Der Rat gibt sich eine Geschäftsordnung.

Artikel 6

Der Rat setzt mit qualifizierter Mehrheit die Gehälter, Vergütungen und Ruhegehälter für den Präsidenten und die Mitglieder der Kommission sowie für den Präsidenten, die Richter, die Generalanwälte und den Kanzler des Gerichtshofs fest. Er setzt mit derselben Mehrheit alle sonstigen als Entgelt gezahlen Vergütungen fest.

Artikel 7

Die Artikel 27, 28 Absatz 1, 29 und 30 des Vertrags über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, die Artikel 146, 147, 151 und 154 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und die Artikel 116, 117, 121 und 123 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft werden aufgehoben.

CHAPITRE I

**Le Conseil des Communautés Européennes**

Article 1

Il est institué un Conseil des Communautés européennes, ci-après dénommé le Conseil. Ce Conseil se substitue au Conseil spécial de Ministres de la Communauté européenne du charbon et de l'acier, au Conseil de la Communauté économique européenne et au Conseil de la Communauté européenne de l'énergie atomique.

Il exerce les pouvoirs et les compétences dévolus à ces institutions dans les conditions prévues aux Traités instituant respectivement la Communauté européenne du charbon et de l'acier, la Communauté économique européenne et la Communauté européenne de l'énergie atomique ainsi qu'au présent Traité.

Article 2

Le Conseil est formé par les représentants des Etats membres. Chaque Gouvernement y délègue un de ses membres.

La présidence est exercée à tour de rôle par chaque membre du Conseil pour une durée de six mois, selon l'ordre suivant des Etats membres: Belgique, Allemagne, France, Italie, Luxembourg, Pays-Bas.

Article 3

Le Conseil se réunit sur convocation de son président à l'initiative de celui-ci, d'un de ses membres ou de la Commission.

Article 4

Un Comité composé des Représentants Permanents des Etats membres a pour tâche de préparer les travaux du Conseil et d'exécuter les mandats qui lui sont confiés par celui-ci.

Article 5

Le Conseil arrête son règlement intérieur.

Article 6

Le Conseil, statuant à la majorité qualifiée, fixe les traitements, indemnités et pensions du président et des membres de la Commission, du président, des juges, des avocats généraux et du greffier de la Cour de Justice. Il fixe également, à la même majorité, toutes indemnités tenant lieu de rémunération.

Article 7

Les articles 27, 28 alinéa 1, 29 et 30 du Traité instituant la Communauté européenne du charbon et de l'acier, 146, 147, 151 et 154 du Traité instituant la Communauté économique européenne, 116, 117, 121 et 123 du Traité instituant la Communauté européenne de l'énergie atomique, sont abrogés.

Sua Maestà la Regina dei Paesi Bassi,

Hare Majesteit de Koningin der Nederlanden,

I quali, dopo avere scambiato i loro pieni poteri, riconosciuti in buona e debita forma, hanno convenuto le disposizioni che seguono:

die, na overlegging van hun in goede en behoorlijke vorm bevonden volmachten, omtrent de volgende bepalingen overeenstemming hebben bereikt:

CAPO I

## Il Consiglio delle Comunità Europee

Articolo 1

È istituito un Consiglio delle Comunità Europee, appresso denominato il Consiglio. Tale Consiglio sostituisce il Consiglio speciale di Ministri della Comunità Europea del Carbone e dell'Acciaio, il Consiglio della Comunità Economica Europea e il Consiglio della Comunità Europea dell'Energia Atomica.

Il Consiglio esercita i poteri e le competenze devoluti a tali istituzioni alle condizioni previste nei Trattati che istituiscono, rispettivamente, la Comunità Europea del Carbone e dell'Acciaio, la Comunità Economica Europea e la Comunità Europea dell'Energia Atomica, nonchè alle condizioni previste dal presente Trattato.

Articolo 2

Il Consiglio è formato dai rappresentanti degli Stati membri. Ogni Governo vi delega uno dei suoi membri.

La presidenza è esercitata a turno da ciascun membro del Consiglio per una durata di sei mesi, secondo l'ordine seguente degli Stati membri: Belgio, Germania, Francia, Italia, Lussemburgo, Paesi Bassi.

Articolo 3

Il Consiglio si riunisce su convocazione del suo presidente, per iniziativa di questi, di uno dei suoi membri o della Commissione.

Articolo 4

Un Comitato composto dai Rappresentanti Permanenti degli Stati membri ha il compito di preparare i lavori del Consiglio e di eseguire i mandati che quest'ultimo gli affida.

Articolo 5

Il Consiglio stabilisce il proprio regolamento interno.

Articolo 6

Il Consiglio, deliberando a maggioranza qualificata, fissa gli stipendi, indennità e pensioni del presidente e dei membri della Commissione, del presidente, dei giudici, degli avvocati generali e del cancelliere della Corte di Giustizia. Esso fissa altresì, sempre a maggioranza qualificata, tutte le indennità sostitutive di retribuzione.

Articolo 7

Sono abrogati gli articoli 27, 28 primo comma, 29 e 30 del Trattato che istituisce la Comunità Europea del Carbone e dell'Acciaio, 146, 147, 151 e 154 del Trattato che istituisce la Comunità Economica Europea, 116, 117, 121 e 123 del Trattato che istituisce la Comunità Europea dell'Energia Atomica.

HOOFDSTUK I

## De Raad van de Europese Gemeenschappen

Artikel 1

Er wordt een Raad van de Europese Gemeenschappen ingesteld, hierna genoemd de Raad. Deze Raad treedt in de plaats van de Bijzondere Raad van Ministers van de Europese Gemeenschap voor Kolen en Staal, de Raad van de Europese Economische Gemeenschap en de Raad van de Europese Gemeenschap voor Atoomenergie.

Hij oefent de aan deze instellingen verleende algemene en bijzondere bevoegdheden uit overeenkomstig de bepalingen van de Verdragen tot oprichting onderscheidenlijk van de Europese Gemeenschap voor Kolen en Staal, de Europese Economische Gemeenschap en de Europese Gemeenschap voor Atoomenergie, alsmede van dit Verdrag.

Artikel 2

De Raad bestaat uit vertegenwoordigers van de Lid-Staten. Iedere regering vaardigt één van haar leden af.

Het voorzitterschap wordt door leden van de Raad bij toerbeurt uitgeoefend voor de tijd van zes maanden, in onderstaande volgorde der Lid-Staten: België, Duitsland, Frankrijk, Italië, Luxemburg, Nederland.

Artikel 3

De Raad wordt door zijn voorzitter, op diens initiatief, op initiatief van één van zijn leden of van de Commissie, in vergadering bijeengeroepen.

Artikel 4

Een Comité, bestaande uit de Permanente Vertegenwoordigers van de Lid-Staten, heeft tot taak de werkzaamheden van de Raad voor te bereiden en de hem door de Raad verstrekte opdrachten uit te voeren.

Artikel 5

De Raad stelt zijn reglement van orde vast.

Artikel 6

De Raad stelt met gekwalificeerde meerderheid van stemmen de wedden, vergoedingen en pensioenen vast van de voorzitter en de leden van de Commissie, van de president, de rechters en de griffier van, alsmede van de advocaten-generaal bij het Hof van Justitie. De Raad stelt, met dezelfde meerderheid, eveneens alle vergoedingen vast welke als beloning kunnen gelden.

Artikel 7

De artikelen 27, 28, eerste alinea, 29 en 30 van het Verdrag tot oprichting van de Europese Gemeenschap voor Kolen en Staal, 146, 147, 151 en 154 van het Verdrag tot oprichting van de Europese Economische Gemeenschap, 116, 117, 121 en 123 van het Verdrag tot oprichting van de Europese Gemeenschap voor Atoomenergie, vervallen.

Artikel 8

(1) Die Bedingungen für die Ausübung der Zuständigkeiten, die dem Besonderen Ministerrat nach dem Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl und nach dem Protokoll über die Satzung des Gerichtshofs im Anhang zu dem genannten Vertrag zustehen, werden nach Maßgabe der Absätze 2 und 3 geändert.

(2) Artikel 28 des Vertrags über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl wird wie folgt geändert:

a) Absatz 4 folgenden Wortlauts:

„Ist in diesem Vertrag eine einstimmige Entscheidung oder einstimmige Zustimmung verlangt, so sind hierzu die Stimmen aller Mitglieder des Rates erforderlich."

wird wie folgt ergänzt:

„Bei der Anwendung der Artikel 21, 32, 32 a, 78 d und 78 f dieses Vertrags und der Artikel 16, 20 Absatz 3, 28 Absatz 5 und 44 des Protokolls über die Satzung des Gerichtshofs steht jedoch die Stimmenthaltung von anwesenden oder vertretenen Mitgliedern dem Zustandekommen von Beschlüssen des Rates, zu denen Einstimmigkeit erforderlich ist, nicht entgegen."

b) Absatz 5 folgenden Wortlauts:

„Mit Ausnahme der Entscheidungen, die einer qualifizierten Mehrheit oder der Einstimmigkeit bedürfen, werden die Entscheidungen des Rates mit Mehrheit der Mitglieder des Rates getroffen; diese Mehrheit gilt als erreicht, wenn sie die absolute Mehrheit der Vertreter der Mitgliedstaaten, einschließlich der Stimme des Vertreters eines Mitgliedstaates enthält, der mindestens ein Sechstel des Gesamtwertes der Kohle- und Stahlproduktion in der Gemeinschaft umfaßt."

wird wie folgt ergänzt:

„Die Stimmen der Mitglieder des Rates werden bei Anwendung der Artikel 78, 78 b und 78 d dieses Vertrags, nach denen die qualifizierte Mehrheit erforderlich ist, jedoch wie folgt gewogen: Belgien 2, Deutschland 4, Frankreich 4, Italien 4, Luxemburg 1, Niederlande 2. Beschlüsse kommen zustande, wenn dafür mindestens zwölf Stimmen, welche die Zustimmung von mindestens vier Mitgliedern umfassen, abgegeben werden."

(3) Das Protokoll über die Satzung des Gerichtshofs im Anhang zum Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl wird wie folgt geändert:

a) Die Artikel 5 und 15 werden aufgehoben.

b) Artikel 16 wird aufgehoben und durch folgende Bestimmungen ersetzt:

„(1) Dem Gerichtshof werden Beamte und sonstige Bedienstete beigegeben, um ihm die Erfüllung seiner Aufgaben zu ermöglichen. Sie unterstehen dem Kanzler unter Aufsicht des Präsidenten.

(2) Der Rat kann durch einstimmigen Beschluß auf Vorschlag des Gerichtshofs die Ernennung von Hilfsberichterstattern vorsehen und ihre Stellung bestimmen. Die Hilfsberichterstatter können nach Maßgabe der Verfahrensordnung berufen werden, an der Bearbeitung der beim Gerichtshof anhängigen Sachen teilzunehmen und mit dem Berichterstatter zusammenzuarbeiten.

Article 8

1. Les conditions dans lesquelles sont exercées les compétences conférées au Conseil spécial de Ministres par le Traité instituant la Communauté européenne du charbon et de l'acier et par le Protocole sur le statut de la Cour de Justice y annexé sont modifiées conformément aux paragraphes 2 et 3.

2. L'article 28 du Traité instituant la Communauté européenne du charbon et de l'acier est modifié comme suit:

a) Les dispositions de son alinéa 4 ainsi conçues:

« Dans le cas où le présent Traité requiert une décision à l'unanimité ou un avis conforme à l'unanimité, la décision ou l'avis sont acquis s'ils recueillent les voix de tous les membres du Conseil. »

sont complétées par les dispositions suivantes:

« Toutefois, pour l'application des articles 21, 32, 32 bis, 78 quinto, 78 septimo du présent Traité et des articles 16, 20 alinéa 3, 28 alinéa 5 et 44 du Protocole sur le statut de la Cour de Justice, les abstentions des membres présents ou représentés ne font pas obstacle à l'adoption des délibérations du Conseil qui requièrent l'unanimité. »

b) Les dispositions de son alinéa 5 ainsi conçues:

« Les décisions du Conseil, autres que celles qui requièrent une majorité qualifiée ou l'unanimité, sont prises à la majorité des membres qui composent le Conseil; cette majorité est réputée acquise si elle comprend la majorité absolue des représentants des Etats membres, y compris la voix du représentant d'un des Etats qui assurent au moins un sixième de la valeur totale des productions de charbon et d'acier de la Communauté. »

sont complétées par les dispositions suivantes:

« Toutefois, les voix des membres du Conseil sont affectées de la pondération suivante pour l'application des dispositions des articles 78, 78 ter et 78 quinto du présent Traité qui requièrent la majorité qualifiée: Belgique 2, Allemagne 4, France 4, Italie 4, Luxembourg 1, Pays-Bas 2. Les délibérations sont acquises si elles ont recueilli au moins 12 voix exprimant le vote favorable d'au moins quatre membres. »

3. Le Protocole sur le statut de la Cour de Justice annexé au Traité instituant la Communauté européenne du charbon et de l'acier est modifié comme suit:

a) Les articles 5 et 15 sont abrogés.

b) L'article 16 est abrogé et remplacé par les dispositions suivantes:

« 1. Des fonctionnaires et autres agents sont attachés à la Cour pour permettre d'en assurer le fonctionnement. Ils relèvent du greffier sous l'autorité du président.

2. Sur proposition de la Cour, le Conseil statuant à l'unanimité peut prévoir la nomination de rapporteurs adjoints et en fixer le statut. Les rapporteurs adjoints peuvent être appelés, dans les conditions qui seront déterminées par le règlement de procédure, à participer à l'instruction des affaires dont la Cour est saisie et à collaborer avec le juge rapporteur.

Articolo 8

1. Le condizioni alle quali sono esercitate le competenze conferite al Consiglio speciale di Ministri dal Trattato che istituisce la Comunità Europea del Carbone e dell'Acciaio e dal Protocollo sullo statuto della Corte di Giustizia allegato a detto Trattato sono modificate conformemente ai paragrafi 2 e 3.

2. L'articolo 28 del Trattato che istituisce la Comunità Europea del Carbone e dell'Acciaio è modificato come segue:

a) Le disposizioni del quarto comma così redatte:

« Quando il presente Trattato richiede una decisione all'unanimità o un parere conforme all'unanimità, la decisione o il parere sono acquisiti se raccolgono i voti di tutti i membri del Consiglio. »

sono completate dalle disposizioni seguenti:

« Tuttavia, per l'applicazione degli articoli 21, 32, 32 bis, 78 quinto e 78 settimo del presente Trattato e degli articoli 16, 20 terzo comma, 28 quinto comma e 44 del Protocollo sullo statuto della Corte di Giustizia, le astensioni dei membri presenti o rappresentati non ostano all'adozione delle deliberazioni del Consiglio per le quali è richiesta l'unanimità. »

b) Le disposizioni del quinto comma così redatte:

« Le decisioni del Consiglio, a parte quelle che richiedono una maggioranza qualificata o l'unanimità, sono prese a maggioranza dei membri che compongono il Consiglio; tale maggioranza si reputa acquisita se comprende la maggioranza assoluta dei rappresentanti degli Stati membri, comprendente il voto del rappresentant d'uno degli Stati che conseguono almeno un sesto del valore totale delle produzioni di carbone e d'acciaio della Comunità. »

sono completate dalle disposizioni seguenti:

« Tuttavia, ai voti dei membri del Consiglio è attribuita la ponderazione seguente per l'applicazione del disposto degli articoli 78, 78 terzo e 78 quinto del presente Trattato che richiede la maggioranza qualificata: Belgio 2, Germania 4, Francia 4, Italia 4, Lussemburgo 1, Paesi Bassi 2. Le deliberazioni sono valide se hanno raccolto almeno 12 voti che esprimano la votazione favorevole di almeno quattro membri. »

3. Il Protocollo sullo statuto della Corte di Giustizia allegato al Trattato che istituisce la Comunità Europea del Carbone e dell'Acciaio è modificato come segue:

a) L'articolo 5 e l'articolo 15 sono abrogati.

b) L'articolo 16 è abrogato e sostituito dalle disposizioni seguenti:

« 1. Funzionari e altri agenti son addetti alla Corte allo scopo di assicurarne l'attività. Essi dipendono dal cancelliere, sotto l'autorità del presidente.

2. Una deliberazione unanime del Consiglio, presa su proposta della Corte, può prevedere la nomina di relatori aggiunti e definirne lo statuto. I relatori aggiunti possono essere chiamati, alle condizioni che saranno definite dal regolamento di procedura, a partecipare all'istruzione degli affari sottoposti all'esame della Corte e a collaborare con il giudice relatore.

Artikel 8

1. De voorwaarden waaronder de bevoegdheden worden uitgeoefend welke het Verdrag tot oprichting van de Europese Gemeenschap voor Kolen en Staal en het daaraan gehechte Protocol betreffende het Statuut van het Hof van Justitie aan de Bijzondere Raad van Ministers toekennen, worden gewijzigd overeenkomstig de leden 2 en 3.

2. Artikel 28 van het Verdrag tot oprichting van de Europese Gemeenschap voor Kolen en Staal wordt als volgt gewijzigd:

a) De vierde alinea welke als volgt luidt:

„In het geval dat dit Verdrag een besluit met eenstemmigheid of instemming met algemene stemmen eist, is dit besluit genomen of deze instemming verkregen, indien daarop de stemmen van alle leden van de Raad zijn verkregen."

wordt met onderstaande bepalingen aangevuld:

„Voor de toepassing van de artikelen 21, 32, 32 bis, 78 quinquies, 78 septies van dit Verdrag en van de artikelen 16, 20, derde alinea, 28, vijfde alinea, en 44 van het Protocol betreffende het Statuut van het Hof van Justitie vormt de onthouding van stemming door aanwezige of vertegenwoordigde leden echter geen beletsel voor het aannemen der besluiten van de Raad waarvoor eenparigheid van stemmen is vereist."

b) De vijfde alinea welke als volgt luidt:

„De besluiten van de Raad, andere dan die welke een gekwalificeerde meerderheid of eenstemmigheid vereisen worden genomen door de meerderheid van de leden die in de Raad zitting hebben; deze meerderheid wordt geacht te zijn verkregen indien zij de volstrekte meerderheid van de vertegenwoordigers der deelnemende Staten omvat, met inbegrip van de stem van de vertegenwoordiger van een Staat welke over ten minste een zesde van de totale waarde van de kolen- en staalproduktie van de Gemeenschap beschikt."

wordt met onderstaande bepalingen aangevuld:

„Voor de toepassing van de artikelen 78, 78 ter en 78 quinquies van dit Verdrag, waarvoor een gekwalificeerde meerderheid is vereist, worden de stemmen van de Raadsleden echter als volgt gewogen: België 2, Duitsland 4, Frankrijk 4, Italië 4, Luxemburg 1, Nederland 2. De besluiten komen tot stand wanneer zij ten minste twaalf stemmen hebben verkregen waarbij ten minste vier leden voorstemmen."

3. Het Protocol betreffende het Statuut van het Hof van Justitie, gehecht aan het Verdrag tot oprichting van de Europese Gemeenschap voor Kolen en Staal, wordt als volgt gewijzigd:

a) De artikelen 5 en 15 vervallen.

b) Artikel 16 vervalt en wordt door onderstaande bepalingen vervangen:

„1. In het belang van de dienst worden aan het Hof ambtenaren en andere personeelsleden verbonden. Zij ressorteren onder de griffier, onder gezag van de voorzitter.

2. Op voorstel van het Hof kan de Raad met eenparigheid van stemmen voorzien in de benoeming van toegevoegde rapporteurs en hun statuut bepalen. De toegevoegde rapporteurs kunnen overeenkomstig de in het reglement voor de procesvoering vast te stellen bepalingen worden geroepen om deel te nemen aan het onderzoek van de bij het Hof aanhangige zaken en om de rechter-rapporteur bij te staan.

Zu Hilfsberichterstattern sind Persönlichkeiten auszuwählen, die jede Gewähr für Unabhängigkeit bieten und die erforderlichen juristischen Befähigungsnachweise erbringen; sie werden vom Rat ernannt. Sie leisten vor dem Gerichtshof den Eid, ihr Amt unparteiisch und gewissenhaft auszuüben und das Beratungsgeheimnis zu wahren."

Les rapporteurs adjoints, choisis parmi des personnes offrant toutes garanties d'indépendance et réunissant les titres juridiques nécessaires, sont nommés par le Conseil. Ils prêtent serment devant la Cour d'exercer leurs fonctions en pleine impartialité et en toute conscience et de ne rien divulguer du secret des délibérations. »

c) Artikel 20 Absatz 3 und Artikel 28 Absatz 5 werden ergänzt, indem am Ende vor den Worten „Zustimmung des Rates" das Wort „einstimmigen" aufgenommen wird.

c) L'article 20 alinéa 3 et l'article 28 alinéa 5 sont complétés par l'adjonction in fine des mots:

« statuant à l'unanimité ».

d) Artikel 44 Satz 1 wird aufgehoben und durch folgende Bestimmungen ersetzt:

„Der Gerichtshof erläßt seine Verfahrensordnung. Sie bedarf der einstimmigen Genehmigung des Rates."

d) La première phrase de l'article 44 est abrogée et remplacée par les dispositions suivantes:

« La Cour de Justice établit son règlement de procédure. Ce règlement est soumis à l'approbation unanime du Conseil. »

## KAPITEL II

## Die Kommission der Europäischen Gemeinschaften

### Artikel 9

Es wird eine Kommission der Europäischen Gemeinschaften, im folgenden die Kommission genannt, eingesetzt. Diese Kommission tritt an die Stelle der Hohen Behörde der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, der Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Kommission der Europäischen Atomgemeinschaft.

Sie übt die diesen Organen zustehenden Befugnisse und Zuständigkeiten aus, nach Maßgabe des Vertrags über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl und der Verträge zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen Atomgemeinschaft sowie dieses Vertrags.

### Artikel 10

(1) Die Kommission besteht aus neun Mitgliedern, die auf Grund ihrer allgemeinen Befähigung ausgewählt werden und volle Gewähr für ihre Unabhängigkeit bieten müssen.

Die Zahl der Mitglieder der Kommission kann vom Rat einstimmig geändert werden.

Nur Staatsangehörige der Mitgliedstaaten können Mitglieder der Kommission sein.

Der Kommission muß mindestens ein Staatsangehöriger jedes Mitgliedstaates angehören, jedoch dürfen nicht mehr als zwei Mitglieder der Kommission dieselbe Staatsangehörigkeit besitzen.

(2) Die Mitglieder der Kommission üben ihre Tätigkeit in voller Unabhängigkeit zum allgemeinen Wohl der Gemeinschaften aus.

Sie dürfen bei der Erfüllung ihrer Pflichten Anweisungen von einer Regierung oder einer anderen Stelle weder anfordern noch entgegennehmen. Sie haben jede Handlung zu unterlassen, die mit ihren Aufgaben unvereinbar ist. Jeder Mitgliedstaat verpflichtet sich, diesen Grundsatz zu achten und nicht zu versuchen, die Mitglieder der Kommission bei der Erfüllung ihrer Aufgaben zu beeinflussen.

Die Mitglieder der Kommission dürfen während ihrer Amtszeit keine andere entgeltliche oder unentgeltliche Berufstätigkeit ausüben. Bei der Aufnahme ihrer Tätigkeit übernehmen sie die feierliche Verpflichtung, während der Ausübung und nach Ablauf ihrer Amtstätigkeit

## CHAPITRE II

## La Commission des Communautés européennes

### Article 9

Il est institué une Commission des Communautés européennes ci-après dénommée la Commission. Cette Commission se substitue à la Haute Autorité de la Communauté européenne du charbon et de l'acier ainsi qu'à la Commission de la Communauté économique européenne et à la Commission de la Communauté européenne de l'énergie atomique.

Elle exerce les pouvoirs et les compétences dévolus à ces institutions dans les conditions prévues aux Traités instituant respectivement la Communauté européenne du charbon et de l'acier, la Communauté économique européenne et la Communauté européenne de l'énergie atomique ainsi qu'au présent Traité.

### Article 10

1. La Commission est composée de neuf membres choisis en raison de leur compétence générale et offrant toutes garanties d'indépendance.

Le nombre des membres de la Commission peut être modifié par le Conseil statuant à l'unanimité.

Seuls les nationaux des Etats membres peuvent être membres de la Commission.

La Commission doit comprendre au moins un national de chacun des Etats membres, sans que le nombre des membres ayant la nationalité d'un même Etat soit supérieur à deux.

2. Les membres de la Commission exercent leurs fonctions en pleine indépendance, dans l'intérêt général des Communautés.

Dans l'accomplissement de leurs devoirs, ils ne sollicitent ni n'acceptent d'instructions d'aucun Gouvernement ni d'aucun organisme. Ils s'abstiennent de tout acte incompatible avec le caractère de leurs fonctions. Chaque Etat membre s'engage à respecter ce caractère et à ne pas chercher à influencer les membres de la Commission dans l'exécution de leur tâche.

Les membres de la Commission ne peuvent, pendant la durée de leurs fonctions, exercer aucune autre activité professionnelle, rémunérée ou non. Ils prennent, lors de leur installation, l'engagement solennel de respecter, pen-

I relatori aggiunti, scelti tra persone che offrano ogni garanzia di indipendenza e abbiano le qualifiche giuridiche necessarie, sono nominati dal Consiglio. Essi prestano giuramento davanti alla Corte di esercitare le loro funzioni in piena imparzialità e secondo coscienza e di nulla divulgare del segreto delle deliberazioni.»

c) L'articolo 20, terzo comma, e l'articolo 28, quinto comma, sono completati dall'aggiunta in fine delle parole:

«che delibera all'unanimità».

d) la Prima frase dell'articolo 44 è abrogata e sostituita dalle disposizioni seguenti:

«La Corte di Giustizia stabilisce il proprio regolamento di procedura. Tale regolamento è sottoposto all'approvazione unanime del Consiglio.»

De toegevoegde rapporteurs, gekozen uit personen, die alle waarborgen voor onafhankelijkheid bieden en de nodige bewijzen van juridische bekwaamheid bezitten, worden door de Raad benoemd. Zij leggen voor het Hof de eed af dat zij hun ambt zullen uitoefenen in volkomen onpartijdigheid en geheel overeenkomstig hun geweten en dat zij niets van het geheim der beraadslagingen openbaar zullen maken."

c) In artikel 20, derde alinea, en in artikel 28, vijfde alinea, worden in fine na het woord de „Raad" de woorden ingevoegd:

„met eenparigheid van stemmen".

d) De eerste zin van artikel 44 vervalt en wordt door onderstaande bepalingen vervangen:

„Het Hof van Justitie stelt zijn reglement voor de procesvoering vast, dat met eenparigheid van stemmen door de Raad moet worden goedgekeurd."

## CAPO II

## La Commissione delle Comunità Europee

### Articolo 9

È istituita una Commissione delle Comunità Europee, appresso denominata la Commissione. Tale Commissione sostituisce l'Alta Autorità della Comunità Europea del Carbone e dell'Acciaio, nonchè le Commissioni della Comunità Economica Europea e della Comunità Europea dell'Energia Atomica.

Essa esercita i poteri e le competenze devolute a dette istituzioni, alle condizioni previste dai Trattati che istituiscono rispettivamente la Comunità Europea del Carbone e dell'Acciaio, la Comunità Economica Europea e la Comunità Europea dell'Energia Atomica, nonchè dal presente Trattato.

### Articolo 10

1. La Commissione è composta di nove membri, scelti in base alla loro competenza generale e che offrano ogni garanzia di indipendenza.

Il numero dei membri della Commissione può essere modificato dal Consiglio, che delibera all'unanimità.

Soltanto cittadini degli Stati membri possono essere membri della Commissione.

La Commissione deve comprendere almeno un cittadino di ciascuno Stato membro, senza che il numero dei membri cittadini di uno stesso Stato sia superiore a due.

2. I membri della Commissione esercitano le loro funzioni in piena indipendenza nell'interesse generale delle Comunità.

Nell'adempimento dei loro doveri, essi non sollecitano né accettano istruzioni da alcun Governo né da alcun organismo. Essi si astengon da ogni atto incompatibile con il carattere delle loro funzioni. Ciascuno Stato membro si impegna a rispettare tale carattere e a non cercare di influenzare i membri della Commissione nell'esecuzione del loro compito.

I membri della Commissione non possono, per la durata delle loro funzioni, esercitare alcun'altra attività professionale, rimunerata o meno. Fin dal loro insediamento, essi assumono l'impegno solenne di rispettare per la durata delle loro funzioni e dopo la cessazione

## HOOFDSTUK II

## De Commissie van de Europese Gemeenschappen

### Artikel 9

Er wordt een Commissie van de Europese Gemeenschappen ingesteld, hierna genoemd de Commissie. Deze Commissie treedt in de plaats van de Hoge Autoriteit van de Europese Gemeenschap voor Kolen en Staal, de Commissie van de Europese Economische Gemeenschap en de Commissie van de Europese Gemeenschap voor Atoomenergie.

Zij oefent de aan deze instellingen verleende algemene en bijzondere bevoegdheden uit overeenkomstig de bepalingen van de Verdragen tot oprichting onderscheidenlijk van de Europese Gemeenschap voor Kolen en Staal, de Europese Economische Gemeenschap en de Europese Gemeenschap voor Atoomenergie, alsmede van dit Verdrag.

### Artikel 10

1. De Commissie bestaat uit negen leden, die op grond van hun algemene bekwaamheid worden gekozen en die alle waarborgen voor onafhankelijkheid bieden.

Het aantal leden van de Commissie kan door de Raad met eenparigheid van stemmen worden gewijzigd.

Alleen zij die de nationaliteit van een van de Lid-Staten bezitten, kunnen lid van de Commissie zijn.

In de Commissie moet ten minste één onderdaan van elke Lid-Staat zitting hebben, zonder dat het aantal leden van dezelfde nationaliteit meer dan twee mag bedragen.

2. De leden van de Commissie oefenen hun ambt volkomen onafhankelijk uit in het algemeen belang van de Gemeenschappen.

Bij de vervulling van hun plichten vragen noch aanvaarden zij instructies van enige regering of enig lichaam. Zij onthouden zich van iedere handeling welke onverenigbaar is met het karakter van hun ambt. Iedere Lid-Staat verbindt zich, dit karakter te eerbiedigen en niet te trachten de leden van de Commissie te beïnvloeden bij de uitvoering van hun taak.

De leden van de Commissie mogen gedurende hun ambtsperiode geen andere beroepswerkzaamheden, al dan niet tegen beloning, verrichten. Bij hun ambtsaanvaarding verbinden zij zich plechtig om gedurende hun ambtsperiode en na afloop daarvan de uit hun taak voort-

die sich aus ihrem Amt ergebenden Pflichten zu erfüllen, insbesondere die Pflicht, bei der Annahme gewisser Tätigkeiten oder Vorteile nach Ablauf dieser Tätigkeit ehrenhaft und zurückhaltend zu sein. Werden diese Pflichten verletzt, so kann der Gerichtshof auf Antrag des Rates oder der Kommission das Mitglied je nach Lage des Falles gemäß Artikel 13 seines Amtes entheben oder ihm seine Ruhegehaltsansprüche oder andere an ihrer Stelle gewährte Vergünstigungen aberkennen.

Artikel 11

Die Mitglieder der Kommission werden von den Regierungen der Mitgliedstaaten im gegenseitigen Einvernehmen ernannt.

Ihre Amtszeit beträgt vier Jahre. Wiederernennung ist zulässig.

Artikel 12

Abgesehen von den regelmäßigen Neubesetzungen und von Todesfällen endet das Amt eines Mitglieds der Kommission durch Rücktritt oder Amtsenthebung.

Für das ausscheidende Mitglied wird für die verbleibende Amtszeit ein Nachfolger ernannt. Der Rat kann einstimmig entscheiden, für diese Zeit einen Nachfolger nicht zu ernennen.

Außer im Falle der in Artikel 13 geregelten Amtsenthebung bleiben die Mitglieder der Kommission bis zur Neubesetzung ihres Sitzes im Amt.

Artikel 13

Jedes Mitglied der Kommission, das die Voraussetzungen für die Ausübung seines Amtes nicht mehr erfüllt oder eine schwere Verfehlung begangen hat, kann auf Antrag des Rates oder der Kommission durch den Gerichtshof seines Amtes enthoben werden.

Artikel 14

Der Präsident und die drei Vizepräsidenten der Kommission werden aus deren Mitgliedern für zwei Jahre nach dem Verfahren ernannt, das für die Ernennung der Mitglieder der Kommission vorgesehen ist. Wiederernennung ist zulässig.

Außer im Falle einer allgemeinen Neubesetzung erfolgt die Ernennung nach Anhörung der Kommission.

Endet das Amt des Präsidenten und der Vizepräsidenten durch Rücktritt, Amtsenthebung oder Tod, so wird es für die verbleibende Amtszeit gemäß den vorstehend festgelegten Bedingungen neu besetzt.

Artikel 15

Der Rat und die Kommission ziehen einander zu Rate und regeln einvernehmlich die Art und Weise ihrer Zusammenarbeit.

Artikel 16

Die Kommission gibt sich eine Geschäftsordnung, um ihr ordnungsgemäßes Arbeiten und das ihrer Dienststellen nach Maßgabe der Verträge über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft sowie dieses Vertrags zu gewährleisten. Sie sorgt für die Veröffentlichung dieser Geschäftsordnung.

Artikel 17

Die Beschlüsse der Kommission werden mit der Mehrheit der in Artikel 10 bestimmten Anzahl ihrer Mitglieder gefaßt.

dant la durée de leurs fonctions et après la cessation de celles-ci, les obligations découlant de leur charge, notamment les devoirs d'honnêteté et de délicatesse quant à l'acceptation, après cette cessation, de certaines fonctions ou de certains avantages. En cas de violation de ces obligations, la Cour de Justice, saisie par le Conseil ou par la Commission, peut, selon le cas, prononcer la démission d'office dans les conditions de l'article 13 ou la déchéance du droit à pension de l'intéressé ou d'autres avantages en tenant lieu.

Article 11

Les membres de la Commission sont nommés d'un commun accord par les Gouvernements des Etats membres.

Leur mandat a une durée de quatre ans. Il est renouvelable.

Article 12

En dehors des renouvellements réguliers et des décès, les fonctions de membres de la Commission prennent fin individuellement par démission volontaire ou d'office.

L'intéressé est remplacé pour la durée du mandat restant à courir. Le Conseil, statuant à l'unanimité, peut décider qu'il n'y a pas lieu à remplacement.

Sauf en cas de démission d'office prévue à l'article 13, les membres de la Commission restent en fonction jusqu'à ce qu'il soit pourvu à leur remplacement.

Article 13

Tout membre de la Commission, s'il ne remplit plus les conditions nécessaires à l'exercice de ses fonctions ou s'il a commis une faute grave, peut être déclaré démissionnaire par la Cour de Justice, à la requête du Conseil ou de la Commission.

Article 14

Le président et les trois vice-présidents de la Commission sont désignés parmi les membres de celle-ci pour deux ans, selon la même procédure que celle prévue pour la nomination des membres de la Commission. Leur mandat peut être renouvelé.

Sauf dans le cas d'un renouvellement général, la nomination est faite après consultation de la Commission.

En cas de démission ou de décès, le président et les vice-présidents sont remplacés pour la durée du mandat restant à courir, dans les conditions fixées ci-dessus.

Article 15

Le Conseil et la Commission procèdent à des consultations réciproques et organisent d'un commun accord les modalités de leur collaboration.

Article 16

La Commission fixe son règlement intérieur en vue d'assurer son fonctionnement et celui de ses services dans les conditions prévues par les Traités instituant la Communauté européenne du charbon et de l'acier, la Communauté économique européenne et la Communauté européenne de l'énergie atomique ainsi que par le présent Traité. Elle assure la publication de ce règlement.

Article 17

Les délibérations de la Commission sont acquises à la majorité du nombre des membres prévu à l'article 10.

di queste, gli obblighi derivanti dalla loro carica, ed in particolare i doveri di onestà e delicatezza per quanto riguarda l'accettare, dopo tale cessazione, determinate funzioni o vantaggi. In caso di violazione degli obblighi stessi, la Corte di Giustizia, su istanza del Consiglio o della Commissione, può, a seconda dei casi, pronunciare le dimissioni d'ufficio alle condizioni previste dal l'articolo 13 ovvero la decadenza dal diritto a pensione dell'interessato o da altri vantaggi sostitutivi.

Articolo 11

I membri della Commissione sono nominati di comune accordo dai Governi degli Stati membri.

Il loro mandato ha una durata di quattro anni ed è rinnovabile.

Articolo 12

A parte i rinnovamenti regolari e i decessi, le funzioni dei membri della Commissione cessano individualmente per dimissioni volontarie o d'ufficio.

L'interessato è sostituito per la restante durata del suo mandato. Il Consiglio, deliberando all'unanimità, può decidere che non vi è motivo di procedere ad una sostituzione.

Salvo in caso di dimissioni d'ufficio, previste dall'articolo 13, i membri della Commissione restano in carica fino a quando non siasi provveduto alla loro sostituzione.

Articolo 13

Qualsiasi membro della Commissione che non risponda più alle condizioni necessarie all'esercizio delle sue funzioni o che abbia commesso una colpa grave, può essere dichiarato dimissionario dalla Corte di Giustizia, su istanza del Consiglio o della Commissione.

Articolo 14

Il presidente ed i tre vicepresidenti della Commissione sono designati tra i membri di questa per due anni, secondo la medesima procedura prevista per la nomina dei membri della Commissione. Il loro mandato può essere rinnovato.

Salvo il caso di rinnovamento generale, la nomina è fatta dopo consultazione della Commissione.

In caso di dimissioni o di decesso, il presidente e i vicepresidenti sono sostituiti per la restante durata del mandato alle condizioni fissate qui sopra.

Articolo 15

Il Consiglio e la Commissione procedono a reciproche consultazioni e definiscono di comune accordo le modalità della loro collaborazione.

Articolo 16

La Commissione stabilisce il proprio regolamento interno allo scopo di assicurare il proprio funzionamento e quello dei propri servizi alle condizioni previste dai Trattati che istituiscono la Comunità Europea del Carbone dell'Acciaio, la Comunità Economica Europea e la Comunità Europea dell'Energia Atomica, nonchè dal presente Trattato. Essa provvede alla pubblicazione del regolamento.

Articolo 17

Le deliberazioni della Commissione sono prese a maggioranza del numero dei suoi membri previsto dall'articolo 10.

vloeiende verplichtingen na te komen, in het bijzonder eerlijkheid en kiesheid te betrachten in het aanvaarden van bepaalde functies of voordelen na afloop van die ambtsperiode. Ingeval deze verplichtingen niet worden nagekomen kan de Raad of de Commissie zich wenden tot het Hof van Justitie, dat, al naar het geval, ontslag ambtshalve volgens artikel 13 of verval van het recht op pensioen of van andere, daarvoor in de plaats tredende voordelen kan uitspreken.

Artikel 11

De leden van de Commissie worden in onderlinge overeenstemming door de regeringen der Lid-Staten benoemd.

Hun mandaat duurt vier jaar. Zij zijn herbenoembaar.

Artikel 12

Behalve door periodieke vervanging of door overlijden eindigt de ambtsvervulling van een lid van de Commissie door vrijwillig ontslag of ontslag ambtshalve.

De betrokkene wordt vervangen voor de verdere duur van het mandaat. De Raad kan met eenparigheid van stemmen vaststellen dat er geen reden voor vervanging is.

Behoudens in geval van ontslag ambtshalve als bepaald in artikel 13, blijven de leden van de Commissie in functie totdat in hun vervanging is voorzien.

Artikel 13

Op verzoek van de Raad of van de Commissie kan elk lid van de Commissie dat niet meer aan de eisen voor de uitoefening van zijn ambt voldoet of op ernstige wijze is tekort geschoten, door het Hof van Justitie van zijn ambt ontheven worden verklaard.

Artikel 14

De voorzitter en de drie vice-voorzitters van de Commissie worden voor twee jaar aangewezen uit haar leden op dezelfde wijze als bepaald voor de benoeming van de leden van de Commissie. Zij zijn herbenoembaar.

Behalve in geval van een algehele vernieuwing, geschiedt de aanwijzing na raadpleging van de Commissie.

In geval van ontslag of overlijden worden de voorzitter en de vice-voorzitters voor de verdere duur van hun mandaat vervangen overeenkomstig bovenstaande bepalingen.

Artikel 15

De Raad en de Commissie raadplegen elkaar en bepalen in onderlinge overeenstemming de wijze waarop zij samenwerken.

Artikel 16

De Commissie stelt haar reglement van orde vast, ten einde te verzekeren dat zij en haar diensten overeenkomstig de bepalingen van de Verdragen tot oprichting van de Europese Gemeenschap voor Kolen en Staal, tot oprichting van de Europese Economische Gemeenschap en tot oprichting van de Europese Gemeenschap voor Atoomenergie, alsmede van dit Verdrag, werkzaam zullen zijn. Zij zorgt voor de bekendmaking van dat reglement.

Artikel 17

De besluiten van de Commissie worden genomen bij meerderheid van stemmen van het in artikel 10 bepaalde aantal leden.

Die Kommission kann nur dann wirksam tagen, wenn die in ihrer Geschäftsordnung festgesetzte Anzahl von Mitgliedern anwesend ist.

Artikel 18

Die Kommission veröffentlicht jährlich, und zwar spätestens einen Monat vor Beginn der Sitzungsperiode der Versammlung, einen Gesamtbericht über die Tätigkeit der Gemeinschaften.

Artikel 19

Die Artikel 156 bis 163 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, die Artikel 125 bis 133 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft und die Artikel 9 bis 13, 16 Absatz 3, 17 und 18 Absatz 6 des Vertrags über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl werden aufgehoben.

KAPITEL III

**Finanzvorschriften**

Artikel 20

(1) Die Verwaltungsausgaben der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl und die betreffenden Einnahmen, die Einnahmen und Ausgaben der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und die Einnahmen und Ausgaben der Europäischen Atomgemeinschaft mit Ausnahme derjenigen der Versorgungsagentur, der gemeinsamen Unternehmen sowie derjenigen, die in den Forschungs- und Investitionshaushaltsplan der Europäischen Atomgemeinschaft einzusetzen sind, werden nach Maßgabe der jeweiligen Bestimmungen der Verträge zur Gründung dieser drei Gemeinschaften in den Haushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften eingesetzt. Dieser Haushaltsplan ist in Einnahmen und Ausgaben auszugleichen und tritt an die Stelle des Verwaltungshaushaltsplans der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, des Haushaltsplans der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und des Verwaltungshaushaltsplans der Europäischen Atomgemeinschaft.

(2) Der Teil der Ausgaben, der aus den Umlagen nach Artikel 49 des Vertrags über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl aufgebracht wird, ist auf 18 Millionen Rechnungseinheiten festgesetzt.

Von dem am 1. Januar 1967 beginnenden Haushaltsjahr an legt die Kommission dem Rat alljährlich einen Bericht vor, auf Grund dessen der Rat prüft, ob dieser Betrag der Entwicklung des Haushaltsplans der Gemeinschaften anzupassen ist. Der Rat beschließt mit der in Artikel 28 Absatz 4 Satz 1 des Vertrags über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl vorgesehenen Mehrheit. Diese Anpassung erfolgt auf Grund einer Beurteilung der sich aus der Anwendung des Vertrags über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl ergebenden Entwicklung der Ausgaben.

(3) Der zur Deckung der Ausgaben des Haushaltsplans der Gemeinschaften dienende Teil der Umlagen wird von der Kommission für die Ausführung des Haushaltsplans in der Zeitfolge bereitgestellt, in der die Mitgliedstaaten auf Grund der nach Artikel 209 Buchstabe b des Vertrags zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und Artikel 183 Buchstabe b des Vertrags zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft festgelegten Haushaltsordnungen ihre Beiträge zur Verfügung stellen.

La Commission ne peut siéger valablement que si le nombre de membres fixé dans son règlement intérieur est présent.

Article 18

La Commission publie tous les ans, un mois au moins avant l'ouverture de la session de l'Assemblée, un rapport général sur l'activité des Communautés.

Article 19

Sont abrogés les articles 156 à 163 du Traité instituant la Communauté économique européenne, les articles 125 à 133 du Traité instituant la Communauté européenne de l'énergie atomique et les articles 9 à 13, 16 alinéa 3, 17 et 18 alinéa 6 du Traité instituant la Communauté européenne du charbon et de l'acier.

CHAPITRE III

**Dispositions financières**

Article 20

1. Les dépenses administratives de la Communauté européenne du charbon et de l'acier et les recettes y afférentes, les recettes et les dépenses de la Communauté économique européenne, les recettes et les dépenses de la Communauté européenne de l'énergie atomique, à l'exception de celles de l'Agence d'approvisionnement, des entreprises communes et de celles qui doivent être inscrites au budget de recherches et d'investissement de la Communauté européenne de l'énergie atomique, sont inscrites au budget des Communautés européennes, dans les conditions respectivement prévues aux Traités instituant ces trois Communautés. Ce budget, qui doit être équilibré en recettes et en dépenses, se substitue au budget administratif de la Communauté européenne du charbon et de l'acier, au budget de la Communauté économique européenne et au budget de fonctionnement de la Communauté européenne de l'énergie atomique.

2. La part de ces dépenses couverte par les prélèvements prévus à l'article 49 du Traité instituant la Communauté européenne du charbon et de l'acier est fixée au chiffre de 18 millions d'unités de compte.

A partir de l'exercice budgétaire commençant le 1er janvier 1967, la Commission présente chaque année au Conseil un rapport sur la base duquel le Conseil examine s'il y a lieu d'adapter ce chiffre à l'évolution du budget des Communautés. Le Conseil statue à la majorité prévue à l'article 28 alinéa 4 première phrase du Traité instituant la Communauté européenne du charbon et de l'acier. Cette adaptation se fait sur la base d'une appréciation de l'évolution des dépenses résultant de l'application du Traité instituant la Communauté européenne du charbon et de l'acier.

3. La part des prélèvements consacrée à la couverture des dépenses du budget des Communautés est affectée par la Commission à l'exécution de ce budget selon le rythme déterminé par les règlements financiers arrêtés en vertu des articles 209 alinéa b) du Traité instituant la Communauté économique européenne et 183 alinéa b) du Traité instituant la Communauté européenne de l'énergie atomique pour la mise à disposition par les Etats membres de leurs contributions.

La Commissione può tenere una seduta valida solo se è presente il numero dei membri stabilito nel suo regolamento interno.

Articolo 18

La Commissione pubblica ogni anno, almeno un mese prima dell'apertura della sessione dell'Assemblea, una relazione generale sull'attività delle Comunità.

Articolo 19

Sono abrogati gli articoli da 156 a 163 del Trattato che istituisce la Comunità Economica Europea, gli articoli da 125 a 133 del Trattato che istituisce la Comunità Europea dell'Energia Atomica e gli articoli da 9 a 13, 16 terzo comma, 17 e 18 sesto comma, del Trattato che istituisce la Comunità Europea del Carbone e dell'Acciaio.

CAPO III

**Disposizioni finanziarie**

Articolo 20

1. Le spese d'amministrazione della Comunità Europea del Carbone e dell'Acciaio e le relative entrate, le entrate e le spese della Comunità Economica Europea, le entrate e le spese della Comunità dell'Energia Atomica, ad eccezione di quelle dell'Agenzia di approvvigionamento, delle imprese comuni e di quelle che devono essere iscritte nel bilancio delle ricerche e degli investimenti della Comunità Europea dell'Energia Atomica, sono iscritte nel bilancio delle Comunità Europee, alle condizioni previste rispettivamente dai Trattati che istituiscono tali Comunità. Questo bilancio, in cui entrate e spese devono risultare in pareggio, sostituisce il bilancio amministrativo della Comunità Europea del Carbone e dell'Acciaio, il bilancio della Comunità Economica Europea e il bilancio di funcionamento della Comunità Europea dell'Energia Atomica.

2. La parte di queste spese coperta con le imposizioni previste dall'articolo 49 del Trattato che istituisce la Comunità Europea del Carbone e dell'Acciaio è fissata in 18 milioni di unità di conto.

A decorrere dall'esercizio finanziario che inizia il 1° gennaio 1967, la Commissione presenta ogni anno al Consiglio una relazione in base alla quale il Consiglio esamina se sia il caso di adattare questa cifra all'evoluzione del bilancio delle Comunità. Il Consiglio delibera alla maggioranza prevista dall'articolo 28, quarto comma, prima frase, del Trattato che istituisce la Comunità Europea del Carbone e dell'Acciaio. Tale adattamento viene fatto sulla base di una valutazione dell'evoluzione delle spese risultanti dall'applicazione del Trattato che istituisce la Comunità Europea del Carbone e dell'Acciaio.

3. La parte delle imposizioni destinata alla copertura delle spese del bilancio delle Comunità è attribuita dalla Commissione all'esecuzione di detto bilancio conformemente al ritmo stabilito dai regolamenti finanziari adottati a norma degli articoli 209 lettera b) del Trattato che istituisce la Comunità Economica Europea e 183 lettera b) del Trattato che istituisce la Comunità Europea dell'Energia Atomica, secondo cui gli Stati membri devono mettere a disposizione i loro contributi.

De Commissie kan slechts geldig zitting houden, indien het in haar reglement van orde bepaalde aantal leden aanwezig is.

Artikel 18

Jaarlijks, ten minste een maand vóór de opening van de zitting van de Vergadering, publiceert de Commissie een algemeen verslag over de werkzaamheden van de Gemeenschappen.

Artikel 19

De artikelen 156 tot en met 163 van het Verdrag tot oprichting van de Europese Economische Gemeenschap, de artikelen 125 tot en met 133 van het Verdrag tot oprichting van de Europese Gemeenschap voor Atoomenergie en de artikelen 9 tot en met 13, 16, derde alinea, 17 en 18, zesde alinea, van het Verdrag tot oprichting van de Europese Gemeenschap voor Kolen en Staal, vervallen.

HOOFDSTUK III

**Financiele bepalingen**

Artikel 20

1. De administratieve uitgaven van de Europese Gemeenschap voor Kolen en Staal en de daarop betrekking hebbende ontvangsten, de ontvangsten en uitgaven van de Europese Economische Gemeenschap, de ontvangsten en uitgaven van de Europese Gemeenschap voor Atoomenergie, met uitzondering van die van het Voorzieningsagentschap, van de gemeenschappelijke ondernemingen en van die welke moeten worden opgevoerd op de begroting van onderzoek en investeringen van de Europese Gemeenschap voor Atoomenergie, worden opgevoerd op de begroting van de Europese Gemeenschappen, volgens de onderscheiden bepalingen van de Verdragen tot oprichting van deze drie Gemeenschappen. Deze begroting, waarop de ontvangsten en de uitgaven met elkaar in evenwicht moeten zijn, treedt in de plaats van de administratieve begroting van de Europese Gemeenschap voor Kolen en Staal, de begroting van de Europese Economische Gemeenschap en de huishoudelijke begroting van de Europese Gemeenschap voor Atoomenergie.

2. Het gedeelte van deze uitgaven, dat wordt gedekt door de in artikel 49 van het Verdrag tot oprichting van de Europese Gemeenschap voor Kolen en Staal bedoelde heffingen, wordt vastgesteld op 18 miljoen rekeneenheden.

Met ingang van het begrotingsjaar dat aanvangt op 1 januari 1967, legt de Commissie elk jaar aan de Raad een verslag voor, op grond waarvan de Raad onderzoekt of er aanleiding bestaat dit bedrag aan te passen aan de ontwikkeling van de begroting der Gemeenschappen. De Raad beslist met de meerderheid bedoeld in artikel 28, vierde alinea eerste zin, van het Verdrag tot oprichting van de Europese Gemeenschap voor Kolen en Staal. Deze aanpassing vindt plaats op de grondslag van een beoordeling van de ontwikkeling van de uitgaven die voortvloeien uit de toepassing van het Verdrag tot oprichting van de Europese Gemeenschap voor Kolen en Staal.

3. Het gedeelte van de heffingen, dat dient ter dekking van de uitgaven van de begroting der Gemeenschappen, wordt door de Commissie ter beschikking gesteld voor de tenuitvoerlegging van deze begroting volgens het tijdschema dat voor de terbeschikkingstelling door de Lid-Staten van hun bijdragen is opgenomen in de financiële reglementen, vastgesteld krachtens artikel 209, sub b), van het Verdrag tot oprichting van de Europese Economische Gemeenschap en artikel 183, sub b), van het Verdrag tot oprichting van de Europese Gemeenschap voor Atoomenergie.

Artikel 21

Artikel 78 des Vertrags über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl wird aufgehoben und durch folgende Bestimmungen ersetzt:

„Artikel 78

(1) Das Haushaltsjahr der Gemeinschaft beginnt am 1. Januar und endet am 31. Dezember.

(2) Die Verwaltungsausgaben der Gemeinschaft umfassen die Ausgaben der Hohen Behörde einschließlich der Ausgaben für den Beratenden Ausschuß, die Ausgaben des Gerichtshofes, der Versammlung und des Rates.

(3) Jedes Organ der Gemeinschaft stellt einen Haushaltsvoranschlag seiner Verwaltungsausgaben auf. Die Hohe Behörde faßt diese Voranschläge in einem Vorentwurf für den Verwaltungshaushaltsplan zusammen. Sie fügt eine Stellungnahme bei, die abweichende Voranschläge enthalten kann.

Die Hohe Behörde legt dem Rat den Vorentwurf spätestens am 30. September des Jahres vor, das dem entsprechenden Haushaltsjahr vorausgeht.

Der Rat setzt sich mit der Hohen Behörde und gegebenenfalls den anderen beteiligten Organen ins Benehmen, wenn er von dem Vorentwurf abweichen will.

(4) Der Rat stellt den Entwurf des Verwaltungshaushaltsplans mit qualifizierter Mehrheit auf und leitet ihn sodann der Versammlung zu.

Der Entwurf des Verwaltungshaushaltsplans ist der Versammlung spätestens am 31. Oktober des Jahres vorzulegen, das dem entsprechenden Haushaltsjahr vorausgeht.

Die Versammlung ist berechtigt, dem Rat Änderungen des Entwurfs des Verwaltungshaushaltsplans vorzuschlagen.

(5) Hat die Versammlung binnen einem Monat nach Vorlage des Entwurfs des Verwaltungshaushaltsplans ihre Zustimmung erteilt oder dem Rat keine Stellungnahme zugeleitet, so gilt der Entwurf des Verwaltungshaushaltsplans als endgültig festgestellt.

Hat die Versammlung innerhalb dieser Frist Änderungen vorgeschlagen, so wird der geänderte Entwurf des Verwaltungshaushaltsplans dem Rat zugeleitet. Dieser berät darüber mit der Hohen Behörde und gegebenenfalls mit den anderen beteiligten Organen und stellt den Verwaltungshaushaltsplan mit qualifizierter Mehrheit endgültig fest.

(6) Die endgültige Feststellung des Verwaltungshaushaltsplans bedeutet für die Hohe Behörde Ermächtigung und Verpflichtung, den Betrag der entsprechenden Einnahmen gemäß Artikel 49 zu erheben.

Artikel 78 a

Der Verwaltungshaushaltsplan wird in der Rechnungseinheit aufgestellt, die in der gemäß Artikel 78 f festgelegten Haushaltsordnung bestimmt wird.

Die in den Verwaltungshaushaltsplan eingesetzten Ausgaben werden für ein Haushaltsjahr bewilligt, soweit die gemäß Artikel 78 f festgelegte Haushaltsordnung nicht etwas anderes bestimmt.

Nach Maßgabe der auf Grund des Artikels 78 f erlassenen Vorschriften dürfen die nicht für Personal-

Article 21

L'article 78 du Traité instituant la Communauté européenne du charbon et de l'acier est abrogé et remplacé par les dispositions suivantes:

«Article 78

1. L'exercice budgétaire de la Communauté s'étend du 1er janvier au 31 décembre.

2. Les dépenses administratives de la Communauté comprennent les dépenses de la Haute Autorité, y compris celles qui sont afférentes au fonctionnement du Comité consultatif ainsi que celles de la Cour, de l'Assemblée et du Conseil.

3. Chacune des institutions de la Communauté dresse un état prévisionnel de ses dépenses administratives. La Haute Autorité groupe ces états dans un avant-projet de budget administratif. Elle y joint un avis qui peut comporter des prévisions divergentes.

Le Conseil doit être saisi par la Haute Autorité de l'avant-projet au plus tard le 30 septembre de l'année qui précède celle de son exécution.

Le Conseil consulte la Haute Autorité et, le cas échéant, les autres institutions intéressées toutes les fois qu'il entend s'écarter de cet avant-projet.

4. Le Conseil, statuant à la majorité qualifiée, établit le projet de budget administratif et le transmet ensuite à l'Assemblée.

L'Assemblée doit être saisie du projet de budget administratif au plus tard le 31 octobre de l'année qui précède celle de son exécution.

L'Assemblée a le droit de proposer au Conseil des modifications au projet de budget administratif.

5. Si, dans un délai d'un mois après communication du projet de budget administratif, l'Assemblée a donné son approbation ou si elle n'a pas transmis son avis au Conseil, le projet de budget administratif est réputé définitivement arrêté.

Si, dans ce délai, l'Assemblée a proposé des modifications, le projet de budget administratif ainsi modifié est transmis au Conseil. Celui-ci en délibère avec la Haute Autorité et, le cas échéant, avec les autres institutions intéressées et arrête définitivement le budget administratif en statuant à la majorité qualifiée.

6. L'arrêt définitif du budget administratif vaut autorisation et obligation pour la Haute Autorité de percevoir le montant des recettes correspondantes, conformément aux dispositions de l'article 49.

Article 78 bis

Le budget administratif est établi dans l'unité de compte fixée conformément aux dispositions du règlement pris en exécution de l'article 78 septimo.

Les dépenses inscrites au budget administratif sont autorisées pour la durée d'un exercice budgétaire, sauf dispositions contraires du règlement pris en exécution de l'article 78 septimo.

Dans les conditions qui seront déterminées en application de l'article 78 septimo, les crédits, autres que

Articolo 21

L'articolo 78 del Trattato che istituisce la Comunità Europea del Carbone e dell'Acciaio è abrogato e sostituito dalle seguenti disposizioni:

« Articolo 78

1. L'esercizio finanziario della Comunità ha inizio il 1° gennaio e si chiude al 31 dicembre.

2. Le spese d'amministrazione della Comunità comprendono le spese dell'Alta Autorità, incluse quelle per l'attività del Comitato consultivo e parimenti quelle della Corte, dell'Assemblea e del Consiglio.

3. Ciascuno istituzione della Comunità elabora uno stato di previsione delle proprie spese di amministrazione. L'Alta Autorità raggruppa questi stati di previsione in un progetto preliminare di bilancio amministrativo. Allega un parere che può comportare previsioni divergenti.

L'Alta Autorità deve sottoporre al Consiglio il progetto preliminare di bilancio non oltre il 30 settembre dell'anno che ne precede l'esecuzione.

Ogni qualvolta il Consiglio intenda discostarsi dal progetto preliminare, consulta la Commissione ed eventualmente le altre istituzioni interessate.

4. Il Consiglio, con deliberazione a maggioranza qualificata, stabilisce il progetto di bilancio amministrativo e lo trasmette successivamente all'Assemblea.

Il progetto di bilancio amministrativo deve essere sottoposto all'Assemblea non oltre il 31 ottobre dell'anno che ne precede l'esecuzione.

L'Assemblea ha il diritto di proporre al Consiglio modificazioni al progetto di bilancio amministrativo.

5. Qualora, entro un mese dalla comunicazione del progetto di bilancio amministrativo, l'Assemblea abbia dato la sua approvazione ovvero non abbia trasmesso il suo parere al Consiglio, il progetto di bilancio amministrativo si considera definitivamente stabilito.

Qualora, entro tale termine, l'Assemblea abbia proposto modificazioni, il progetto di bilancio amministrativo così modificato viene trasmesso al Consiglio. Questo ultimo delibera in proposito con l'Alta Autorità ed eventualmente con le altre istituzioni interessate e stabilisce definitivamente il bilancio amministrativo deliberando a maggioranza qualificata.

6. L'approvazione definitiva del bilancio amministrativo vale autorizzazione ed obbligo per l'Alta Autorità di riscuotere l'ammontare delle entrate corrispondenti, conformemente alle disposizioni dell'articolo 49.

Articolo 78 bis

Il bilancio amministrativo è stabilito nell'unità di conto fissata conformemente alle disposizioni del regolamento adottato in esecuzione dell'articolo 78 settimo.

Le spese iscritte nel bilancio amministrativo sono autorizzate per la durata di un esercizio finanziario, salvo contrarie disposizioni del regolamento stabilito in esecuzione dell'articolo 78 settimo.

Alle condizioni che saranno determinate in applicazione dell'articolo 78 settimo, i crediti, che non siano

Artikel 21

Artikel 78 van het Verdrag tot oprichting van de Europese Gemeenschap voor Kolen en Staal vervalt en wordt vervangen door de volgende bepalingen:

„Artikel 78

1. Het begrotingsjaar van de Gemeenschap loopt van 1 januari tot en met 31 december.

2. De administratieve uitgaven van de Gemeenschap omvatten de uitgaven van de Hoge Autoriteit met inbegrip van die, welke de werkzaamheden van het Raadgevend Comité, het Hof, de Vergadering en de Raad met zich medebrengen.

3. Elke instelling van de Gemeenschap maakt een raming op van haar administratieve uitgaven. De Hoge Autoriteit groepeert die ramingen in een voor-ontwerp van administratieve begroting. Zij voegt daaraan een advies toe, dat afwijkende ramingen mag inhouden.

De Hoge Autoriteit moet het voor-ontwerp uiterlijk op 30 september van het jaar dat aan de uitvoering ervan voorafgaat, aan de Raad voorleggen.

De Raad raadpleegt de Hoge Autoriteit en, in voorkomende gevallen, de andere betrokken instellingen telkens wanneer hij van dit voor-ontwerp wenst af te wijken.

4. De Raad stelt met gekwalificeerde meerderheid van stemmen het ontwerp van de administratieve begroting vast en zendt deze vervolgens aan de Vergadering.

Het ontwerp van de administratieve begroting moet uiterlijk op 31 october van het jaar dat voorafgaat aan de uitvoering ervan, aan de Vergadering worden voorgelegd.

De Vergadering heeft het recht aan de Raad wijzigingen in het ontwerp van de administratieve begroting voor te stellen.

5. Indien de Vergadering binnen een termijn van een maand na voorlegging van het ontwerp van de administratieve begroting haar goedkeuring heeft verleend of indien zij geen advies aan de Raad heeft gezonden, wordt het ontwerp van de administratieve begroting geacht definitief te zijn vastgesteld.

Indien de Vergadering binnen die termijn wijzigingen heeft voorgesteld, wordt het aldus gewijzigde ontwerp van de administratieve begroting aan de Raad gezonden. Deze beraadslaagt daarover met de Hoge Autoriteit en, in voorkomende gevallen, met de andere betrokken instellingen en stelt de administratieve begroting met gekwalificeerde meerderheid van stemmen definitief vast.

6. De definitieve vaststelling van de administratieve begroting geldt als machtiging en verplichting voor de Hoge Autoriteit om zich het bedrag van de daarmede overeenkomende inkomsten te verschaffen, overeenkomstig de bepalingen van artikel 49.

Artikel 78 bis

De administratieve begroting luidt in de rekeneenheid, bepaald overeenkomstig het ter uitvoering van artikel 78 septies vastgestelde reglement.

De uitgaven opgevoerd op de administratieve begroting worden toegestaan voor de duur van een begrotingsjaar, voor zover niet anders wordt bepaald in het ter uitvoering van artikel 78 septies vastgestelde reglement.

Onder de voorwaarden die worden vastgesteld met toepassing van artikel 78 septies, kunnen de kredieten

ausgaben vorgesehenen Mittel, die bis zum Ende des Haushaltsjahres nicht verbraucht worden sind, lediglich auf das nächste Haushaltsjahr übertragen werden.

Die vorgesehenen Mittel werden nach Kapiteln gegliedert, in denen die Ausgaben nach Art oder Bestimmung zusammengefaßt sind; soweit erforderlich, werden die Kapitel nach der gemäß Artikel 78 f festgelegten Haushaltsordnung unterteilt.

Die Ausgaben der Versammlung, des Rates, der Hohen Behörde und des Gerichtshofes werden unbeschadet einer besonderen Regelung für bestimmte gemeinsame Ausgaben in gesonderten Teilen des Verwaltungshaushaltsplans aufgeführt.

Artikel 78 b

(1) Ist zu Beginn eines Haushaltsjahres der Verwaltungshaushaltsplan noch nicht verabschiedet, so können nach der gemäß Artikel 78 f festgelegten Haushaltsordnung für jedes Kapitel oder jede sonstige Untergliederung monatliche Ausgaben bis zur Höhe eines Zwölftels der im abgelaufenen Verwaltungshaushaltsplan bereitgestellten Mittel vorgenommen werden; die Hohe Behörde darf jedoch monatlich höchstens über ein Zwölftel der Mittel verfügen, die in dem in Vorbereitung befindlichen Entwurf des Verwaltungshaushaltsplans vorgesehen sind.

Die Hohe Behörde ist ermächtigt und verpflichtet, die Umlagen in Höhe der Mittel des abgelaufenen Haushaltsjahres zu erheben; sie darf dabei jedoch nicht den Betrag überschreiten, der sich bei der Annahme des Entwurfs des Verwaltungshaushaltsplans ergeben hätte.

(2) Der Rat kann mit qualifizierter Mehrheit unter Beachtung der sonstigen Bestimmungen des Absatzes 1 Ausgaben genehmigen, die über dieses Zwölftel hinausgehen. Die Ermächtigung und Verpflichtung zur Erhebung der Umlagen kann entsprechend angepaßt werden.

Artikel 78 c

Im Rahmen der zugewiesenen Mittel führt die Hohe Behörde den Verwaltungshaushaltsplan nach der gemäß Artikel 78 f festgelegten Haushaltsordnung in eigener Verantwortung aus.

Die Beteiligung der einzelnen Organe bei der Vornahme ihrer Ausgaben wird in der Haushaltsordnung im einzelnen geregelt.

Die Hohe Behörde kann nach der gemäß Artikel 78 f festgelegten Haushaltsordnung Mittel von Kapitel zu Kapitel oder von Untergliederung zu Untergliederung des Verwaltungshaushaltsplans übertragen.

Artikel 78 d

Die Rechnung über alle in Artikel 78 Absatz 2 bezeichneten Verwaltungsausgaben und über die Verwaltungseinnahmen sowie über die Einnahmen aus der Steuer, die zugunsten der Gemeinschaft von den Gehältern, Löhnen und anderen Bezügen ihrer Beamten und sonstigen Bediensteten erhoben wird, wird durch einen Kontrollausschuß geprüft; dieser besteht aus Rechnungsprüfern, die volle Gewähr für ihre Unabhängigkeit bieten müssen; einer der Prüfer führt den Vorsitz. Der Rat legt die Anzahl der Rechnungsprüfer

ceux relatifs aux dépenses de personnel qui seront inutilisés à la fin de l'exercice budgétaire, pourront faire l'objet d'un report qui sera limité au seul exercice suivant.

Les crédits sont spécialisés par chapitres groupant les dépenses selon leur nature ou leur destination et subdivisés, pour autant que de besoin, conformément au règlement pris en exécution de l'article 78 septimo.

Les dépenses de l'Assemblée, du Conseil de la Haute Autorité et de la Cour font l'objet de parties séparées du budget administratif, sans préjudice d'un régime spécial pour certaines dépenses communes.

Article 78 ter

1. Si, au début d'un exercice budgétaire, le budget administratif n'a pas encore été voté, les dépenses pourront être effectuées mensuellement par chapitre ou par autre division, d'après les dispositions du règlement pris en exécution de l'article 78 septimo, dans la limite du douzième des crédits ouverts au budget administratif de l'exercice précédent, sans que cette mesure puisse avoir pour effet de mettre à la disposition de la Haute Autorité des crédits supérieurs au douzième de ceux prévus dans le projet de budget administratif en préparation.

La Haute Autorité a l'autorisation et l'obligation de percevoir les prélèvements à concurrence du montant des crédits de l'exercice précédent, sans pouvoir toutefois couvrir un montant supérieur à celui qui serait résulté de l'adoption du projet de budget administratif.

2. Le Conseil, statuant à la majorité qualifiée, peut, sous réserve que les autres conditions fixées au paragraphe 1 soient respectées, autoriser des dépenses excédant le douzième. L'autorisation et l'obligation de percevoir les prélèvements peut être adaptée en conséquence.

Article 78 quater

La Haute Autorité exécute le budget administratif, conformément aux dispositions du règlement pris en exécution de l'article 78 septimo, sous sa propre responsabilité et dans la limite des crédits alloués.

Le règlement prévoit les modalités particulières selon lesquelles chaque institution participe à l'exécution de ses dépenses propres.

A l'intérieur du budget administratif, la Haute Autorité peut procéder, dans les limites et conditions fixées par le règlement pris en exécution de l'article 78 septimo, à des virements de crédits, soit de chapitre à chapitre, soit de subdivision à subdivision.

Article 78 quinto

Les comptes de la totalité des dépenses administratives visées à l'article 78 paragraphe 2 ainsi que ceux des recettes de caractère administratif et des recettes provenant de l'impôt établi au profit de la Communauté sur les traitements, salaires et émoluments de ses fonctionnaires et agents sont examinés par une commission de contrôle, formée de commissaires aux comptes offrant toutes garanties d'indépendance et présidée par l'un d'eux. Le Conseil, statuant à l'unanimité, fixe le nombre des commissaires. Les commissaires et le pré-

quelli relativi alle spese di personale e che alla fine dell'esercizio finanziario siano rimasti inutilizzati, potranno essere riportati all'esercizio successivo e limitamente a questo.

I crediti sono specificatamente registrati in capitoli che raggruppano le spese a seconda della loro natura o della loro destinazione, e ripartiti, per quanto occorra, in conformità del regolamento stabilito in esecuzione dell'articolo 78 settimo.

Le spese dell'Assemblea, del Consiglio, dell'Alta Autorità e della Corte sono iscritte in parti separate del bilancio amministrativo, senza pregiudizio di un regime speciale per determinate spese comuni.

Articolo 78 terzo

1. Se, all'inizio di un esercizio finanziario, il bilancio amministrativo non è stato ancora votato, le spese potranno essere effettuate mensilmente per capitolo o seguendo un'altra suddivisione, in base alle disposizioni del regolamento stabilito in esecuzione dell'arcolo 78 settimo, nel limite di un dodicesimo dei crediti aperti nel bilancio amministrativo dell'esercizo precedente, senza che tale misura possa avere per effetto di mettere a disposizione dell'Alta Autorità crediti superiori al dodicesimo di quelli previsti nel progetto di bilancio di amministrazione in preparazione.

L'Alta Autorità è autorizzata e ha l'obbligo di riscuotere le imposizioni sino all'ammontare dei crediti dell'esercizio precedente, senza tuttavia poter riscuotere un ammontare superiore a quello che sarebbe risultato dall'approvazione del progetto di bilancio amministrativo.

2. Il Consiglio, con deliberazione a maggioranza qualificata, può autorizzare spese superiori al limite del dodicesimo, semprechè siano osservate le altre condizioni di cui al primo paragrafo. L'autorizzazione e l'obbligo di riscuotere le imposizioni possono essere modificati in conformità.

Articolo 78 quarto

L'Alta Autorità cura l'esecuzione del bilancio amministrativo, conformemente alle disposizioni del regolamento stabilito in esecuzione dell'articolo 78 settimo, sotto la propria responsabilità e nei limiti dei crediti stanziati.

Il regolamento prevede le modalità particolari secondo le quali ogni istituzione partecipa all'esecuzione delle proprie spese.

All'interno del bilancio amministrativo, l'Alta Autorità può procedere, nei limiti e alle condizioni fissate dal regolamento stabilito in esecuzione dell'articolo 78 settimo, a trasferimenti di crediti, sia da capitolo a capitolo, sia da suddivisione a suddivisione.

Articolo 78 quinto

I conti relativi alla totalità delle spese di amministrazione di cui all'articolo 78, paragrafo 2, nonchè quelli delle entrate a carattere amministrativo e delle entrate dovute all'imposta stabilita a profitto della Comunità sugli stipendi, salari ed emolumenti dei suoi funzionari ed agenti, sono esaminati da una Commissione di controllo, composta di revisori dei conti che diano pieno affidamento di indipendenza, e presieduta da uno di essi. Il Consiglio, deliberando all'unanimità, fissa il numero dei revisori. I revisori ed il presidente

welke aan het einde van het begrotingsjaar ongebruikt zijn gebleven, worden overgedragen uitsluitend naar het eerstvolgende begrotingsjaar, voor zover deze kredieten niet betrekking hebben op personeelsuitgaven.

De kredieten worden ingedeeld in hoofdstukken, waarin de uitgaven worden gegroepeerd naar hun aard en bestemming en voor zover nodig onderverdeeld overeenkomstig het ter uitvoering van artikel 78 septies vastgestelde reglement.

De uitgaven van de Vergadering, van de Raad, van de Hoge Autoriteit en van het Hof worden afzonderlijk in de administratieve begroting opgenomen, onverminderd een speciale regeling voor bepaalde gemeenschappelijke uitgaven.

Artikel 78 ter

1. Indien bij het begin van een begrotingsjaar de administratieve begroting nog niet is aangenomen, kunnen de uitgaven maandelijks worden verricht per hoofdstuk of per andere afdeling, overeenkomstig de bepalingen van het ter uitvoering van artikel 78 septies vastgestelde reglement, zonder dat zij een twaalfde der bij de begroting van het vorige begrotingsjaar geopende kredieten mogen overschrijden en zonder dat deze maatregel tot gevolg mag hebben, dat de Hoge Autoriteit meer dan een twaalfde van de kredieten van het in voorbereiding zijnde ontwerp van de administratieve begroting ter beschikking krijgt.

De Hoge Autoriteit is gemachtigd en verplicht, de heffingen te innen tot het bedrag van de kredieten van het voorafgaande begrotingsjaar, zonder evenwel het bedrag te overschrijden dat zou voortvloeien uit de goedkeuring van de ontwerp-administratieve begroting.

2. De Raad kan met gekwalificeerde meerderheid van stemmen, onder voorbehoud dat aan de overige in lid 1 gestelde voorwaarden wordt voldaan, uitgaven van meer dan een twaalfde toestaan. De machtiging en de verplichting tot het innen van de heffingen kunnen dienovereenkomstig worden gewijzigd.

Artikel 78 quater

De Hoge Autoriteit voert de administratieve begroting overeenkomstig de bepalingen van het ter uitvoering van artikel 78 septies vastgestelde reglement uit onder haar eigen verantwoordelijkheid en binnen de grenzen der toegekende kredieten.

Het reglement voorziet in de wijze waarop en de mate waarin iedere instelling haar eigen uitgaven doet.

Binnen de administratieve begroting kan de Hoge Autoriteit, met inachtneming van de grenzen en de voorwaarden bepaald in het ter uitvoering van artikel 78 septies vastgestelde reglement, kredieten overschrijven hetzij van het ene hoofdstuk naar het andere, hetzij van de ene onderafdeling naar de andere.

Artikel 78 quinquies

De rekeningen van alle in artikel 78, lid 2, bedoelde administratieve uitgaven, alsmede van de ontvangsten van administratieve aard en van die welke voortvloeien uit de ten bate van de Gemeenschap ingestelde belasting op de salarissen, lonen en emolumenten van haar ambtenaren en overige personeelsleden, worden onderzocht door een controle-commissie, welke is samengesteld uit financiële commissarissen die alle waarborgen bieden van onafhankelijkheid en welke door een van hen wordt voorgezeten. De Raad bepaalt

einstimmig fest. Die Rechnungsprüfer und der Vorsitzende des Kontrollausschusses werden vom Rat einstimmig auf fünf Jahre bestellt Ihre Vergütung wird vom Rat mit qualifizierter Mehrheit festgelegt.

Durch die Prüfung, die an Hand der Rechnungsunterlagen und erforderlichenfalls an Ort und Stelle durchgeführt wird, stellt der Kontrollausschuß die Rechtmäßigkeit und Ordnungsmäßigkeit der Einnahmen und Ausgaben fest und überzeugt sich von der Wirtschaftlichkeit der Haushaltsführung. Nach Abschluß eines jeden Haushaltsjahres erstattet der Kontrollausschuß einen Bericht, den er mit der Mehrheit seiner Mitglieder annimmt.

Die Hohe Behörde legt dem Rat und der Versammlung jährlich die Rechnung des abgelaufenen Haushaltsjahres für die Rechnungsvorgänge des Verwaltungshaushaltsplans zusammen mit dem Bericht des Kontrollausschusses vor. Sie übermittelt ihnen ferner eine Übersicht über das Vermögen und die Schulden der Gemeinschaft in dem Bereich, auf den sich der Verwaltungshaushaltsplan erstreckt.

Der Rat erteilt der Hohen Behörde mit qualifizierter Mehrheit Entlastung zur Ausführung des Verwaltungshaushaltsplans. Er teilt seine Entscheidung der Versammlung mit.

Artikel 78 e

Der Rat bestellt für die Dauer von drei Jahren einen Rechnungsprüfer, der jährlich einen Bericht über die Ordnungsmäßigkeit der Buchführung und des Finanzgebarens der Hohen Behörde zu erstatten hat; ausgenommen davon sind die Rechnungsvorgänge, die sich auf die in Artikel 78 Absatz 2 bezeichneten Verwaltungsausgaben und die Verwaltungseinnahmen sowie auf die Einnahmen aus der Steuer, die zugunsten der Gemeinschaft von den Gehältern, Löhnen und anderen Bezügen ihrer Beamten und sonstigen Bediensteten erhoben wird, erstrecken. Er hat diese Bericht spätestens sechs Monate nach Schluß des Haushaltsjahres abzufassen, auf das sich der Abschluß bezieht, und ihn der Hohen Behörde und dem Rat zuzuleiten. Die Hohe Behörde übermittelt ihn der Versammlung.

Der Rechnungsprüfer übt seine Tätigkeit völlig unabhängig aus Das Amt des Rechnungsprüfers ist mit jeder anderen Tätigkeit bei einem Organ oder einer Dienststelle der Gemeinschaften außer der eines Mitglieds des in Artikel 78 d vorgesehenen Kontrollausschusses unvereinbar. Sein Auftrag kann erneuert werden.

Artikel 78 f

Der Rat legt einstimmig auf Vorschlag der Hohen Behörde folgendes fest:

a) die Haushaltsordnung, in der insbesondere die Aufstellung und Ausführung des Verwaltungshaushaltsplans sowie die Rechnungslegung und Rechnungsprüfung im einzelnen geregelt werden;

b) die Vorschriften über die Verantwortung der anweisungsbefugten Personen und der Rechnungsführer sowie die entsprechenden Kontrollmaßnahmen."

Artikel 22

Es wird ein Kontrollausschuß der Europäischen Gemeinschaften eingesetzt. Dieser Kontrollausschuß tritt an die

sident de la commission de contrôle sont désignés par le Conseil, statuant à l'unanimité, pour une période de cinq ans. Leur rémunération est fixée par le Conseil, statuant à la majorité qualifiée.

La vérification qui a lieu sur pièces et, au besoin sur place, a pour objet de constater la légalité et la régularité des recettes et dépenses et de s'assurer de la bonne gestion financière. La commission de contrôle établit après la clôture de chaque exercice un rapport qu'elle adopte à la majorité des membres qui la composent.

La Haute Autorité soumet chaque année au Conseil et à l'Assemblée les comptes de l'exercice écoulé afférents aux opérations du budget administratif, accompagnés du rapport de la commission de contrôle. En outre, elle leur communique un état financier faisant apparaître dans le domaine couvert par le budget administratif la situation active et passive de la Communauté.

Le Conseil, statuant à la majorité qualifiée, donne décharge à la Haute Autorité sur l'exécution du budget administratif. Il communique sa décision à l'Assemblée.

Article 78 sexto

Le Conseil désigne pour trois ans un commissaire aux comptes chargé de faire annuellement un rapport sur la régularité des opérations comptables et de la gestion financière de la Haute Autorité, à l'exception des opérations portant sur les dépenses administratives visées à l'article 78 paragraphe 2 ainsi que sur les recettes de caractère administratif et les recettes provenant de l'impôt établi au profit de la Communauté sur les traitements, salaires et émoluments de ses fonctionnaires et agents. Il établit ce rapport six mois au plus tard après la fin de l'exercice auquel le compte se rapporte et l'adresse à la Haute Autorité et au Conseil. La Haute Autorité le communique à l'Assemblée.

Le commissaire aux comptes exerce ses fonctions en toute indépendance. La fonction de commissaire aux comptes est incompatible avec toute fonction dans une institution ou un service des Communautés autre que celle de membre de la commission de contrôle prévue à l'artcile 78 quinto. Son mandat est renouvelable.

Article 78 septimo

Le Conseil, statuant à l'unanimité sur proposition de la Haute Autorité:

a) arrête les règlements financiers spécifiant notamment les modalités relatives à l'établissement et à l'exécution du budget administratif et à la reddition et à la vérification des comptes,

b) détermine les règles et organise le contrôle de la responsabilité des ordonnateurs et comptables.»

Article 22

Il est institué une commission de contrôle des Communautés européennes. Cette commission de contrôle se

della Commissione di controllo sono designati dal Consiglio, con deliberazione unanime, per un periodo di cinque anni. La loro retribuzione è fissata dal Consiglio, che delibera a maggioranza qualificata.

La verifica, che ha luogo sui documenti e, in caso di necessità, sul posto, ha lo scopo di costatare la legittimità e la regolarità delle entrate e delle spese e di accertarsi della sana gestione finanziaria. Dopo la chiusura di ciascun esercizio, la Commissione di controllo stende una relazione che adotta a maggioranza dei membri che la compongono.

Ogni anno l'Alta Autorità presenta al Consiglio e alla Assemblea i conti dell'esercizio trascorso concernenti le operazioni del bilancio amministrativo, unitamente alla relazione della Commissione di controllo. Inoltre, essa comunica loro uno stato finanziario da cui risulti, per il settore cui si riferisce il bilancio amministrativo, la situazione attiva e passiva della Comunità.

Il Consiglio dà atto all'Alta Autorità, deliberando a maggioranza qualificata, dell'esecuzione del bilancio e comunica la sua decisione all'Assemblea.

Articolo 78 sesto

Il Consiglio designa per tre anni un revisore dei conti incaricato di fare ogni anno una relazione sulla regolarità delle operazioni contabili e dell'amministrazione finanziaria dell'Alta Autorità, escluse le operazioni inerenti alle spese di amministrazione di cui all'articolo 78, paragrafo 2, nonchè alle entrate di carattere amministrativo e a quelle dovute all'imposta stabilita a profitto della Comunità sugli stipendi, salari ed emolumenti dei suoi funzionari ed agenti. Il revisore dei conti appronta questa relazione sei mesi al più tardi dopo la fine dell'anno al quale il conto si riferisce e la invia all'Alta Autorità e al Consiglio. L'Alta Autorità comunica questa relazione all'Assemblea.

Il revisore dei conti esercita le proprie funzioni in piena indipendenza. La funzione di revisore dei conti è incompatibile con qualsiasi altra funzione in una istituzione o in un servizio delle Comunità, ad eccezione di quella di membro della Commissione di controllo di cui all'articolo 78 quinto. Il suo mandato è rinnovabile.

Articolo 78 settimo

Il Consiglio, deliberando all'unanimità su proposta dell'Alta Autorità:

a) stabilisce i regolamenti finanziari che specificano in particolare le modalità relative all'elaborazione ed alla esecuzione del bilancio amministrativo e al rendimento e alla verifica dei conti,

b) determina le norme ed organizza il controllo della responsabilità degli ordinatori e contabili.»

Articolo 22

È istituita una Commissione di controllo delle Comunità Europee. Questa Commissione di controllo sostituisce la Commissione di controllo istituita dall'articolo 78 sesto del trattato che istituisce la Comunità europea del carbone e dell'acciaio.

met eenparigheid van stemmen het aantal commissarissen. De commissarissen en de voorzitter van de controle-commissie worden door de Raad met eenparigheid van stemmen voor een periode van vijf jaar benoemd. Hun beloning wordt door de Raad met gekwalificeerde meerderheid van stemmen vastgesteld.

De controle, die aan de hand van bescheiden en zo nodig ter plaatse geschiedt, heeft ten doel de wettigheid en de regelmatigheid van de ontvangsten en uitgaven na te gaan en vast te stellen of een goed financieel beheer werd gevoerd. De controle-commissie stelt na afsluiting van elk begrotingsjaar een verslag op dat zij met meerderheid van stemmen van haar leden aanneemt.

De Hoge Autoriteit legt ieder jaar aan de Raad en aan de Vergadering de rekeningen over het afgelopen begrotingsjaar voor welke betrekking hebben op de uitvoering van de administratieve begroting te zamen met het verslag van de controle-commissie. Bovendien doet zij hun een financiële staat toekomen, waarop de stand van de activa en de passiva van de Gemeenschap op het door de administratieve begroting bestreken gebied is vermeld.

De Raad verleent met gekwalificeerde meerderheid van stemmen de Hoge Autoriteit kwijting voor de uitvoering van de administratieve begroting. Hij doet aan de vergadering mededeling van zijn beschikking.

Artikel 78 sexies

De Raad benoemt voor een tijd van drie jaar een financieel commissaris, die is belast met het jaarlijks uitbrengen van een verslag over de juistheid der rekenplichtige handelingen en over het financieel beleid van de Hoge Autoriteit, met uitzondering van de handelingen die betrekking hebben op de in artikel 78, lid 2, bedoelde administratieve uitgaven, alsmede op de ontvangsten van administratieve aard en op die welke voortvloeien uit de ten bate van de Gemeenschap ingestelde belasting op de salarissen, lonen en emolumenten van haar ambtenaren en overige personeelsleden. Hij stelt dit verslag samen uiterlijk zes maanden na het einde van het begrotingsjaar, waarop het betrekking heeft, en brengt het uit aan de Hoge Autoriteit en aan de Raad. De Hoge Autoriteit legt het aan de Vergadering over.

De financiële commissaris voert zijn werkzaamheden geheel onafhankelijk uit. De positie van financieel commissaris is onverenigbaar met enige andere werkzaamheid bij een instelling of dienst van de Gemeenschappen dan die van lid van de controle-commissie, bedoeld in artikel 78 quinquies. Zijn mandaat kan worden verlengd.

Artikel 78 septies

De Raad, met eenparigheid van stemmen en op voorstel van de Hoge Autoriteit:

a) stelt de financiële reglementen vast, waarbij met name de wijze wordt vastgesteld, waarop de administratieve begroting wordt opgesteld en uitgevoerd, alsmede de wijze waarop rekening en verantwoording wordt gedaan en de rekeningen worden nagezien,

b) stelt de regels vast en organiseert de controle betreffende de verantwoordelijkheid der ordonnateurs en rekenplichtigen."

Artikel 22

Er wordt een controle-commissie van de Europese Gemeenschappen ingesteld. Deze treedt in de plaats van de

Stelle der Kontrollausschüsse der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen Atomgemeinschaft. Er übt die Befugnisse und Zuständigkeiten, die diesen Ausschüssen nach den Verträgen zur Gründung der drei Gemeinschaften zustehen, nach Maßgabe der jeweiligen Bestimmungen dieser Verträge aus.

Artikel 23

Artikel 6 des Abkommens über gemeinsame Organe für die Europäischen Gemeinschaften wird aufgehoben.

KAPITEL IV

**Beamte und sonstige Bedienstete der Europäischen Gemeinschaften**

Artikel 24

(1) Die Beamten und sonstigen Bediensteten der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen Atomgemeinschaft werden beim Inkrafttreten dieses Vertrags Beamte und sonstige Bedienstete der Europäischen Gemeinschaften und gehören der einzigen Verwaltung dieser Gemeinschaften an.

Der Rat erläßt auf Vorschlag der Kommission und nach Anhörung der anderen beteiligten Organe mit qualifizierter Mehrheit das Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften und die Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten dieser Gemeinschaften.

(2) Paragraph 7 Absatz 3 des Abkommens über die Übergangsbestimmungen im Anhang zum Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, Artikel 212 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und Artikel 186 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft werden aufgehoben.

Artikel 25

Bis zum Inkrafttreten des einheitlichen Statuts und der einheitlichen Beschäftigungsbedingungen nach Artikel 24 sowie der nach Artikel 13 des Protokolls im Anhang zu diesem Vertrag zu treffenden Regelung gelten für die vor Inkrafttreten dieses Vertrags eingestellten Beamten und sonstigen Bediensteten weiterhin die Bestimmungen, die bis dahin auf sie angewandt wurden.

Für die nach Inkrafttreten dieses Vertrags eingestellten Beamten und sonstigen Bediensteten gelten bis zum Vorliegen des einheitlichen Statuts und der einheitlichen Beschäftigungsbedingungen nach Artikel 24 sowie der nach Artikel 13 des Protokolls im Anhang zu diesem Vertrag zu treffenden Regelung die Bestimmungen für die Beamten und sonstigen Bediensteten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen Atomgemeinschaft.

Artikel 26

Artikel 40 Absatz 2 des Vertrags über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl wird aufgehoben und durch folgende Bestimmungen ersetzt:

„Der Gerichtshof ist ferner zuständig, eine Entschädigung zu Lasten der Gemeinschaft zuzuerkennen, falls ein Schaden durch persönliches Verschulden eines Bediensteten der Gemeinschaft in Ausübung seiner

substitue aux commissions de contrôle de la Communauté européenne du charbon et de l'acier, de la Communauté économique européenne et de la Communauté européenne de l'énergie atomique. Elle exerce, dans les conditions prévues respectivement aux Traités instituant ces trois Communautés, les pouvoirs et les compétences dévolus par lesdits Traités à ces organes.

Article 23

L'article 6 de la Convention relative à certaines institutions communes aux Communautés européennes est abrogé.

CHAPITRE IV

**Les fonctionnaires et autres agents des Communautés européennes**

Article 24

1. Les fonctionnaires et autres agents de la Communauté européenne du charbon et de l'acier, de la Communauté économique européenne et de la Communauté européenne de l'énergie atomique deviennent, à la date de l'entrée en vigueur du présent Traité, fonctionnaires et autres agents des Communautés européenne et font partie de l'administration unique de ces Communautés.

Le Conseil, statuant à la majorité qualifiée, arrête, sur proposition de la Commission et après consultation des autres institutions intéressées, le statut des fonctionnaires des Communautés européennes et le régime applicable aux autres agents de ces Communautés.

2. Le paragraphe 7 alinéa 3 de la Convention relative aux dispositions transitoires annexée au Traité instituant la Communauté européenne du charbon et de l'acier, l'article 212 du Traité instituant la Communauté économique européenne et l'article 186 du Traité instituant la Communauté européenne de l'énergie atomique sont abrogés.

Article 25

Jusqu'à l'entrée en vigueur du statut et du régime uniques prévus à l'article 24 ainsi que de la réglementation à prendre en application de l'article 13 du Protocole annexé au présent Traité, les fonctionnaires et autres agents recrutés avant la date d'entrée en vigueur du présent Traité demeurent régis par les dispositions qui leur étaient jusqu'alors applicables.

Les fonctionnaires et autres agents recrutés à compter de la date d'entrée en vigueur du présent Traité sont, dans l'attente du statut et du régime uniques prévus à l'article 24 ainsi que de la réglementation à prendre en application de l'article 13 du Protocole annexé au présent Traité, régis par les dispositions applicables aux fonctionnaires et agents de la Communauté économique européenne et de la Communauté européenne de l'énergie atomique.

Article 26

L'article 40 alinéa 2 du Traité instituant la Communauté européenne du charbon et de l'acier est abrogé et remplacé par les dispositions suivantes:

« Elle est également compétente pour accorder une réparation à la charge de la Communauté en cas de préjudice causé par une faute personnelle d'un agent de celle-ci dans l'exercice de ses fonctions. La responsa-

tuisce le Commissioni di controllo della Comunità Economica Europea, della Comunità Europea dell'Energia Atomica e della Comunità Europea del Carbone e dell'Acciaio. Essa esercita, alle condizioni previste rispettivamente dai Trattati che istituiscono tali Comunità, i poteri e le competenze devoluti da detti Trattati a questi organi.

Articolo 23

L'articolo 6 della Convenzione relativa a talune istituzioni comuni alle Comunità Europee è abrogato.

CAPO IV

**Funzionari ed altri agenti delle Comunità Europee**

Articolo 24

1. Alla data dell'entrata in vigore del presente Trattato, i funzionari e gli altri agenti della Comunità Europea del Carbone e dell'Acciaio, della Comunità Economica Europea e della Comunità Europea dell'Energia Atomica diventano funzionari ed altri agenti delle Comunità Europee e fanno parte dell'amministrazione unica di tali Comunità.

In Consiglio, deliberando a maggioranza qualificata su proposta della Commissione e previa consultazione delle altre istituzioni interessate, stabilisce lo statuto dei funzionari delle Comunità Europee e il regime applicabile agli altri agenti di tali Comunità.

2. Sono abrogati il paragrafo 7, terzo comma, della Convenzione sulle disposizioni transitorie allegata al Trattato che istituisce la Comunità Europea del Carbone e dell'Acciaio, l'articolo 212 del Trattato che istituisce la Comunità Economica Europea e l'articolo 186 del Trattato che istituisce la Comunità Europea dell'Energia Atomica.

Articolo 25

Sino all'entrata in vigore dello statuto e del regime unici previsti dall'articolo 24 e della regolamentazione da adottare a norma dell'articolo 13 del Protocollo allegato al presente Trattato, ai funzionari e altri agenti assunti prima della data d'entrata in vigore del presente Trattato continuano ad essere applicate le disposizioni che erano loro applicabili sino ad allora.

Ai funzionari e agli altri agenti assunti a decorrere dalla data d'entrata in vigore del presente Trattato sono applicabili, in attesa dello statuto e del regime unici previsti dall'articolo 24 e della regolamentazione da adottare in applicazione dell'articolo 13 del Protocollo allegato al presente Trattato, le disposizioni applicabili ai funzionari e agenti della Comunità Economica Europea e della Comunità Europea dell'Energia Atomica.

Articolo 26

L'articolo 40, secondo comma, del Trattato che istituisce la Comunità Europea del Carbone e dell'Acciaio è abrogato e sostituito dalle seguenti disposizioni:

« Essa è parimenti competente a concedere un risarcimento a carico della Comunità in caso di danno causato da errore personale di un agente della medesima nell'esercizio delle sue funzioni. La responsabilità per-

controle-commissies van de Europese Gemeenschap voor Kolen en Staal, de Europese Economische Gemeenschap en de Europese Gemeenschap voor Atoomenergie. Zij oefent, overeenkomstig de onderscheiden bepalingen van de Verdragen tot oprichting van deze drie Gemeenschappen de door deze Verdragen aan die organen verleende algemene en bijzondere bevoegdheden uit.

Artikel 23

Artikel 6 van de Overeenkomst met betrekking tot bepaalde instellingen welke de Europese Gemeenschappen gemeen hebben, vervalt.

HOOFDSTUK IV

**Ambtenaren en andere personeelsleden van de Europese Gemeenschappen**

Artikel 24

1. Op het tijdstip van inwerkingtreding van dit Verdrag worden de ambtenaren en andere personeelsleden van de Europese Gemeenschap voor Kolen en Staal, de Europese Economische Gemeenschap en de Europese Gemeenschap voor Atoomenergie ambtenaren en andere personeelsleden van de Europese Gemeenschappen en maken zij deel uit van één administratie welke deze Gemeenschappen gemeen hebben.

De Raad stelt met gekwalificeerde meerderheid van stemmen, op voorstel van de commissie en na raadpleging van de andere betrokken instellingen, het statuut vast van de ambtenaren van de Europese Gemeenschappen, alsmede de regeling welke van toepassing is op de andere personeelsleden van deze Gemeenschappen.

2. De derde alinea van paragraaf 7 van de Overeenkomst met betrekking tot de overgangsbepalingen, welke is gehecht aan het Verdrag tot oprichting van de Europese Gemeenschap voor Kolen en Staal, artikel 212 van het Verdrag tot oprichting van de Europese Economische Gemeenschap en artikel 186 van het Verdrag tot oprichting van de Europese Gemeenschap voor Atoomenergie, vervallen.

Artikel 25

Tot de inwerkingtreding van het eenvormige statuut en de eenvormige regeling, als bedoeld in artikel 24, alsmede van de krachtens artikel 13 van het aan dit Verdrag gehechte Protocol te treffen regeling, gelden voor de ambtenaren en andere personeelsleden die voor het tijdstip van inwerkingtreding van dit Verdrag in dienst zijn getreden, de bepalingen die tot op dat tijstip op hen van toepassing waren.

In afwachting van het eenvormige statuut en de eenvormige regeling, als bedoeld in artikel 24, alsmede van de krachtens artikel 13 van het aan dit Verdrag gehechte Protocol te treffen regeling, gelden voor de ambtenaren en andere personeelsleden die na het tijdstip van inwerkingtreding van dit Verdrag in dienst zijn getreden, de bepalingen welke van toepassing zijn op de ambtenaren en andere personeelsleden van de Europese Economische Gemeenschap en de Europese Gemeenschap voor Atoomenergie.

Artikel 26

Artikel 40, tweede alinea, van het Verdrag tot oprichting van de Europese Gemeenschap voor Kolen en Staal vervalt en wordt vervangen door de volgende bepalingen:

„Het Hof is eveneens bevoegd schadeloosstelling toe te kennen ten laste van de Gemeenschap, ingeval de schade het gevolg is van een persoonlijke fout van een personeelslid daarvan in de uitoefening zijner

dienstlichen Obliegenheiten verursacht worden ist. Die persönliche Haftung der Bediensteten gegenüber der Gemeinschaft bestimmt sich nach den Vorschriften ihres Statuts oder der für sie geltenden Beschäftigungsbedingungen."

KAPITEL V

**Allgemeine und Schlußbestimmungen**

Artikel 27

(1) Artikel 22 Absatz 1 des Vertrags über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, Artikel 139 Absatz 1 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und Artikel 109 Absatz 1 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft werden aufgehoben und durch folgende Bestimmungen ersetzt:

„Die Versammlung hält jährlich eine Sitzungsperiode ab. Sie tritt, ohne daß es einer Einberufung bedarf, am zweiten Dienstag des Monats März zusammen."

(2) Artikel 24 Absatz 2 des Vertrags über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl wird aufgehoben und durch folgende Bestimmungen ersetzt:

„Wird wegen der Tätigkeit der Hohen Behörde ein Mißtrauensantrag eingebracht, so darf die Versammlung nicht vor Ablauf von drei Tagen nach seiner Einbringung und nur in offener Abstimmung darüber entscheiden."

Artikel 28

Die Europäischen Gemeinschaften genießen im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten die zur Erfüllung ihrer Aufgabe erforderlichen Vorrechte und Befreiungen nach Maßgabe des Protokolls im Anhang zu diesem Vertrag. Das gleiche gilt für die Europäische Investitionsbank.

Artikel 76 des Vertrags über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, Artikel 218 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und Artikel 191 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft sowie die Protokolle über die Vorrechte und Befreiungen im Anhang zu diesen drei Verträgen, Artikel 3 Absatz 4 und Artikel 14 Absatz 2 des Protokolls über die Satzung des Gerichtshofs im Anhang zum Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl und Artikel 28 Absatz 1 Unterabsatz 2 des Protokolls über die Satzung der Europäischen Investitionsbank im Anhang zum Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft werden aufgehoben.

Artikel 29

Der Rat übt die Zuständigkeiten, die er durch die Artikel 5, 6, 10, 12, 13, 24, 34 und 35 dieses Vertrags und durch das Protokoll im Anhang zu diesem Vertrag erhält, nach den Vorschriften der Artikel 148, 149 und 150 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und 118, 119 und 120 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft aus.

Artikel 30

Die Bestimmungen der Verträge zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen Atomgemeinschaft über die Zuständigkeit des Gerichtshofs und ihre Ausübung sind auf die Bestimmungen dieses Vertrags und des Protokolls im Anhang zu diesem Vertrag anzuwenden; für die Bestimmungen,

bilité personnelle des agents envers la Communauté est réglée dans les dispositions fixant leur statut ou le régime qui leur est applicable.»

CHAPITRE V

**Dispositions générales et finales**

Article 27

1. Les articles 22 alinéa 1 du Traité instituant la Communauté européenne du charbon et de l'acier, 139 alinéa 1 du Traité instituant la Communauté économique européenne et 109 alinéa 1 du Traité instituant la Communauté européenne de l'énergie atomique sont abrogés et remplacés par les dispositions suivantes:

«L'Assemblée tient une session annuelle. Elle se réunit de plein droit le deuxième mardi de mars.»

2. L'article 24 alinéa 2 du Traité instituant la Communauté européenne du charbon et de l'acier est abrogé et remplacé par les dispositions suivantes:

«L'Assemblée, saisie d'une motion de censure sur la gestion de la Haute Autorité, ne peut se prononcer sur cette motion que trois jours au moins après son dépôt et par un scrutin public.»

Article 28

Les Communautés européennes jouissent sur le territoire des Etats membres des privilèges et immunités nécessaires à l'accomplissement de leur mission dans les conditions définies au Protocole annexé au présent Traité. Il en est de même de la Banque européenne d'investissement.

Sont abrogés les articles 76 du Traité instituant la Communauté européenne du charbon et de l'acier, 218 du Traité instituant la Communauté économique européenne et 191 du Traité instituant la Communauté européenne de l'énergie atomique ainsi que les protocoles sur les privilèges et immunités annexés à ces trois Traités, les articles 3 alinéa 4 et 14 alinéa 2 du Protocole sur le statut de la Cour de Justice annexé au Traité instituant la Communauté européenne du charbon et de l'acier et l'article 28 paragraphe 1 alinéa 2 du Protocole sur les statuts de la Banque européenne d'investissement annexé au Traité instituant la Communauté économique européenne.

Article 29

Les compétences conférées au Conseil par les articles 5, 6, 10, 12, 13, 24, 34 et 35 du présent Traité et par ceux du Protocole y annexé sont exercées selon les règles fixées par les articles 148, 149 et 150 du Traité instituant la Communauté économique européenne et 118, 119 et 120 du Traité instituant la Communauté européenne de l'énergie atomique.

Article 30

Les dispositions des Traités instituant la Communauté économique européenne et la Communauté européenne de l'énergie atomique relatives à la compétence de la Cour de Justice et à l'exercice de cette compétence sont applicables aux dispositions du présent Traité et du Protocole y annexé, à l'exception de celles qui revêtent la

sonale degli agenti nei confronti della Comunità è regolata dalle disposizioni che stabiliscono il loro statuto o il regime loro applicabile. »

CAPO V

**Disposizioni generali e finali**

Articolo 27

1. Gli articoli 22, primo comma, del Trattato che istituisce la Comunità Europea del Carbone e dell'Acciaio, 139, primo comma, del Trattato che istituisce la Comunità Economica Europea e 109, primo comma, del Trattato che istituisce la Comunità Europea dell'Energia Atomica, sono abrogati e sostituiti dalle seguenti disposizioni:

« L'Assemblea tiene una sessione annuale. Essa si riunisce di diritto il secondo martedì del mese di marzo. »

2. L'articolo 24, secondo comma, del Trattato che istituisce la Comunità Europea del Carbone e dell'Acciaio è abrogato e sostituito dalle seguenti disposizioni:

« L'Assemblea, cui sia presentata una mozione di sfiducia sull'operato dell'Alta Autorità, non può pronunciarsi su tale mozione prima che siano trascorsi almeno tre giorni dal suo deposito e con scrutinio pubblico ».

Articolo 28

Le Comunità Europee godono, sul territorio degli Stati membri, delle immunità e dei privilegi necessari all'assolvimento dei loro compiti, alle condizioni definite dal Protocollo allegato al presente Trattato. Lo stesso vale per la Banca Europea per gli Investimenti.

Sono abrogati gli articoli 76 del Trattato che istituisce la Comunità Europea del Carbone e dell'Acciaio, 218 del Trattato che istituisce la Comunità Economica Europea e 191 del Trattato che istituisce la Comunità Europea dell'Energia Atomica, nonchè i Protocolli sui privilegi e immunità allegati ai Trattati che istituiscono tali Comunità, gli articoli 3, quarto comma e 14, secondo comma, del Protocollo sullo statuto della Corte di Giustizia, allegato al Trattato che istituisce la Comunità Europea del Carbone e dell'Acciaio, e l'articolo 28, paragrafo 1, secondo comma, del Protocollo sullo statuto della Banca Europea per gli Investimenti allegato al Trattato che istituisce la Comunità Economica Europea.

Articolo 29

Le competenze conferite al Consiglio dagli articoli 5, 6, 10, 12, 13, 24, 34 e 35 del presente Trattato e dagli articoli del Protocollo ad esso allegato sono esercitate secondo le norme stabilite dagli articoli 148, 149 e 150 del Trattato che istituisce la Comunità Economica Europea e 118, 119 e 120 del Trattato che istituisce la Comunità Europea dell'Energia Atomica.

Articolo 30

Le disposizioni dei Trattati che istituiscono la Comunità Economica Europea e la Comunità Europea dell'Energia Atomica relative alla competenza della Corte di Giustizia e all'esercizio di tale competenza, sono applicabili alle disposizioni del presente Trattato e del Protocollo ad esso allegato, ad eccezione di quelle che

bediening. De persoonlijke aansprakelijkheid van de personeelsleden jegens de Gemeenschap wordt geregeld bij de bepalingen welke hun statuut of de op hen toepasselijke regeling vaststellen."

HOOFDSTUK V

**Algemene en slotbepalingen**

Artikel 27

1. De artikelen 22, eerste alinea, van het Verdrag tot oprichting van de Europese Gemeenschap voor Kolen en Staal, 139, eerste alinea, van het Verdrag tot oprichting van de Europese Economische Gemeenschap en 109, eerste alinea, van het Verdrag tot oprichting van de Europese Gemeenschap voor Atoomenergie, vervallen en worden door de volgende bepalingen vervangen:

„De Vergadering houdt jaarlijks één zitting. Zij komt van rechtswege de tweede dinstag van maart bijeen."

2. Artikel 24, tweede alinea, van het Verdrag tot oprichting van de Europese Gemeenschap voor Kolen en Staal vervalt en wordt vervangen door de volgende bepaling:

„Wanneer aan de Vergadering een motie van afkeuring betreffende het beleid van de Hoge Autoriteit wordt voorgelegd, kan zij zich over deze motie niet eerder uitspreken dan ten minste drie dagen nadat de motie is ingediend en slechts bij openbare stemming."

Artikel 28

De Europese Gemeenschappen genieten, overeenkomstig de bepalingen van het aan dit Verdrag gehechte Protocol, op het grondgebied van de Lid-Staten de voorrechten en immuniteiten welke nodig zijn ter vervulling van hun taak. Dit zelfde geld voor de Europese Investeringsbank.

De artikelen 76 van het Verdrag tot oprichting van de Europese Gemeenschap voor Kolen en Staal, 218 van het Verdrag tot oprichting van de Europese Economische Gemeenschap en 191 van het Verdrag tot oprichting van de Europese Gemeenschap voor Atoomenergie, alsmede de aan deze drie Verdragen gehechte Protocollen betreffende de voorrechten en immuniteiten, de artikelen 3, vierde alinea, en 14, tweede alinea, van het Protocol betreffende het Statuut van het Hof van Justitie, gehecht aan het Verdrag tot oprichting van de Europese Gemeenschap voor Kolen en Staal en artikel 28, lid 1 tweede alinea, van het Protocol betreffende de Statuten van de Europese Investeringsbank, gehecht aan het Verdrag tot oprichting van de Europese Economische Gemeenschap, vervallen.

Artikel 29

De door de artikelen 5, 6, 10, 12, 13, 24, 34 en 35 van dit Verdrag en de door de bepalingen van het daaraan gehechte Protocol aan de Raad toegekende bevoegdheden worden uitgeoefend volgens de regels vastgesteld bij de artikelen 148, 149 en 150 van het Verdrag tot oprichting van de Europese Economische Gemeenschap en bij de artikelen 118, 119 en 120 van het Verdrag tot oprichting van de Europese Gemeenschap voor Atoomenergie.

Artikel 30

De bepalingen van de Verdragen tot oprichting van de Europese Economische Gemeenschap en de Europese Gemeenschap voor Atoomenergie inzake de bevoegdheid van het Hof van Justitie en inzake de uitoefening van deze bevoegdheid, zijn van toepassing op de bepalingen van dit Verdrag en het aangehechte Protocol, doch niet

die eine Änderung von Artikeln des Vertrags über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl darstellen, gelten jedoch weiterhin die Bestimmungen des Vertrags über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl.

forme de modifications d'articles du Traité instituant la Communauté européenne du charbon et de l'acier, pour lesquelles demeurent applicables les dispositions du Traité instituant la Communauté européenne du charbon et de l'acier.

Artikel 31

Der Rat nimmt seine Tätigkeit mit dem Tage des Inkrafttretens dieses Vertrags auf.

Zu diesem Zeitpunkt wird der Vorsitz im Rat von dem Mitglied des Rates wahrgenommen, das gemäß den Vorschriften der Verträge zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen Atomgemeinschaft den Vorsitz im Rat der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen Atomgemeinschaft zu führen hätte; dies gilt für seine noch verbleibende Amtszeit. Nach Ablauf dieser Amtszeit wird der Vorsitz in Fortführung der in Artikel 2 dieses Vertrags festgelegten Reihenfolge der Mitgliedstaaten wahrgenommen.

Article 31

Le Conseil entre en fonctions à dater du jour de l'entrée en vigueur du présent Traité.

A cette date, la présidence du Conseil est exercée par le membre du Conseil qui, en conformité avec les règles fixées par les Traités instituant la Communauté économique européenne et la Communauté européenne de l'énergie atomique, devrait assumer la présidence au Conseil de la Communauté économique européenne et de la Communauté européenne de l'énergie atomique, et pour la durée de son mandat restant à courir. A l'expiration de ce mandat, la présidence est assurée à la suite dans l'ordre des Etats membres fixé par l'article 2 du présent Traité.

Artikel 32

(1) Die Kommission besteht bis zum Inkrafttreten des Vertrags zur Gründung einer einzigen Europäischen Gemeinschaft, längstens aber für einen Zeitraum von drei Jahren nach der Ernennung ihrer Mitglieder, aus vierzehn Mitgliedern.

Während dieses Zeitraums dürfen nicht mehr als drei Mitglieder der Kommission dieselbe Staatsangehörigkeit besitzen

(2) Der Präsident, die Vizepräsidenten und die Mitglieder der Kommission werden unmittelbar nach Inkrafttreten dieses Vertrags ernannt. Die Kommission nimmt ihre Tätigkeit am fünften Tage nach der Ernennung ihrer Mitglieder auf. Gleichzeitig endet das Amt der Mitglieder der Hohen Behörde und der Kommissionen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen Atomgemeinschaft.

Article 32

1. Jusqu'à la date d'entrée en vigueur du Traité instituant une Communauté européenne unique et au plus pendant une durée de trois années à compter de la nomination de ses membres, la Commission est composée de quatorze membres.

Pendant cette période, le nombre des membres ayant la nationalité d'un même Etat ne peut être supérieur à trois.

2. Le président, les vice-présidents et les membres de la Commission sont nommés dès l'entrée en vigueur du présent Traité. La Commission entre en fonctions le cinquième jour après la nomination de ses membres. Simultanément, le mandat des membres de la Haute Autorité et des Commissions de la Communauté économique européenne et de la Communauté européenne de l'énergie atomique prend fin.

Artikel 33

Das Amt der Mitglieder der in Artikel 32 vorgesehenen Kommission endet zu dem in Artikel 32 Absatz 1 bestimmten Zeitpunkt. Die Mitglieder der in Artikel 10 vorgesehenen Kommission werden spätestens einen Monat vor diesem Zeitpunkt ernannt

Soweit alle oder einige Mitglieder nicht rechtzeitig ernannt werden, findet Artikel 12 Absatz 3 auf das Mitglied keine Anwendung, das unter den Angehörigen jedes Mitgliedstaates das niedrigste Dienstalter als Mitglied einer Kommission oder der Hohen Behörde und im Falle des gleichen Dienstalters das niedrigste Lebensalter hat. Artikel 12 Absatz 3 bleibt jedoch auf alle Mitglieder derselben Staatsangehörigkeit anwendbar, wenn vor dem in Artikel 32 Absatz 1 bestimmten Zeitpunkt ein Mitglied dieser Staatsangehörigkeit ohne Nachfolger aus dem Amt ausgeschieden ist.

Article 33

Le mandat des membres de la Commission prévue à l'article 32 prend fin à la date déterminée par l'article 32 paragraphe 1. Les membres de la Commission prévue à l'article 10 sont nommés au plus tard un mois avant cette date.

Dans la mesure où l'ensemble de ces nominations, ou certaines d'entre elles, n'interviendraient pas en temps voulu, les dispositions de l'article 12 alinéa 3 ne sont pas applicables à celui des membres qui, parmi les ressortissants de chaque Etat, a la plus faible ancienneté dans les fonctions de membre d'une Commission ou de la Haute Autorité et, en cas d'ancienneté égale, a l'âge le moins élevé. Toutefois, les dispositions de l'article 12 alinéa 3 demeurent applicables à tous les membres de la même nationalité, lorsque, avant la date déterminée par l'article 32 paragraphe 1, un membre de cette nationalité a cessé d'exercer ses fonctions sans être remplacé.

Artikel 34

Der Rat erläßt einstimmig die Regelung für die Bezüge derjenigen ehemaligen Mitglieder der Hohen Behörde und der Kommissionen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen Atomgemeinschaft, die auf Grund von Artikel 32 aus ihrem Amt ausscheiden und nicht zu Mitgliedern der Kommission ernannt werden.

Article 34

Le Conseil, statuant à l'unanimité, fixe le régime pécuniaire des anciens membres de la Haute Autorité et des Commissions de la Communauté économique européenne et de la Communauté européenne de l'énergie atomique qui, ayant cessé leurs fonctions en vertu de l'article 32, n'ont pas été nommés membres de la Commission.

rivestono la forma di modifiche di articoli del Trattato che istituisce la Comunità Europea del Carbone e dell'Acciaio per le quali restano applicabili le disposizioni del Trattato che istituisce la Comunità Europea del Carbone e dell'Acciaio.

Articolo 31

Il Consiglio entra in funzione alla data dell'entrata in vigore del presente Trattato.

A tale data, la presidenza del Consiglio è esercitata dal membro del Consiglio che, conformemente alle norme stabilite dai Trattati che istituiscono la Comunità Economica Europea e la Comunità Europea dell'Energia Atomica, dovrebbe assumere la presidenza del Consiglio della Comunità Economica Europea e della Comunità Europea dell'Energia Atomica, e per la restante durata del suo mandato. Allo scadere di tale mandato, la presidenza è esercitata proseguendo secondo l'ordine degli Stati membri stabilito dall'articolo 2 del presente Trattato.

Articolo 32

1. Fino alla data dell'entrata in vigore del Trattato che istituisce una Comunità Europea unica e comunque per una durata massima di tre anni a decorrere dalla nomina dei suoi membri, la Commissione si compone di quattordici membri.

Durante questo periodo il numero dei membri aventi la nazionalità dello stesso Stato non può essere superiore a tre.

2. Il Presidente, i Vicepresidenti e i membri della Commissione sono nominati subito dopo l'entrata in vigore del presente Trattato. La Commissione entra in funzione il quinto giorno successivo alla nomina dei suoi membri. Contemporaneamente scade il mandato dei membri dell'Alta Autorità e delle Commissioni della Comunità Economica Europea e della Comunità Europea dell'Energia Atomica.

Articolo 33

Il mandato dei membri della Commissione menzionata all'articolo 32 scade alla data di cui all'articolo 32, paragrafo 1. I membri della Commissione menzionata all'articolo 10 sono nominati al più tardi un mese prima di tale data.

Qualora tali nomine nel loro insieme, oppure alcune fra queste, non intervengano entro il prescritto termine, le disposizioni dell'articolo 12, terzo comma, non sono applicabili a quello tra i membri aventi la nazionalità di un medesimo Stato, che abbia l'anzianità minore nelle funzioni di membro di una Commissione o dell'Alta Autorità oppure, in caso di anzianità uguale, al membro più giovane. Le disposizioni dell'articolo 12, terzo comma, restano tuttavia applicabili a tutti i membri della stessa nazionalità se, anteriormente alla data di cui all'articolo 32, paragrafo 1, un membro di quella nazionalità ha cessato di esercitare le proprie funzioni senza essere sostituito.

Articolo 34

Il Consiglio, deliberando all'unanimità, fissa il regime pecuniario dei membri uscenti dell'Alta Autorità e delle Commissioni della Comunità Economica Europea e della Comunità Europea dell'Energia Atomica che, avendo cessato le loro funzioni a norma dell'articolo 32, non siano stati nominati membri della Commissione.

op de bepalingen die wijziging brengen in de artikelen van het Verdrag tot oprichting van de Europese Gemeenschap voor Kolen en Staal, waarvoor de bepalingen van het Verdrag tot oprichting van de Europese Gemeenschap voor Kolen en Staal van toepassing blijven.

Artikel 31

De Raad treedt in functie op het tijdstip van inwerkingtreding van dit Verdrag.

Op dat tijdstip wordt het voorzitterschap van de Raad uitgeoefend door het lid van de Raad dat, overeenkomstig de regels vastgesteld door de Verdragen tot oprichting van de Europese Economische Gemeenschap en de Europese Gemeenschap voor Atoomenergie, het voorzitterschap van de Raad van de Europese Economische Gemeenschap en de Europese Gemeenschap voor Atoomenergie op zich zou moeten nemen, en wel voor de verdere duur van zijn mandaat. Na afloop van dit mandaat wordt het voorzitterschap uitgeoefend overeenkomstig de verdere volgorde van de Lid-Staten, vastgesteld in artikel 2 van dit Verdrag.

Artikel 32

1. Tot de datum van inwerkingtreding van het Verdrag tot oprichting van één Europese Gemeenschap en ten hoogste gedurende een tijdvak van drie jaar vanaf de benoeming van de leden, bestaat de Commissie uit veertien leden.

Gedurende dit tijdvak mag het aantal leden van dezelfde nationaliteit niet meer dan drie bedragen.

2. De Voorzitter, de Vice-Voorzitters en de leden van de Commissie worden benoemd terstond na de inwerkingtreding van dit Verdrag. De Commissie treedt in functie op de vijfde dag na de benoeming harer leden. Op hetzelfde tijdstip eindigt het mandaat der leden van de Hoge Autoriteit en van de Commissies der Europese Economische Gemeenschap en der Europese Gemeenschap voor Atoomenergie.

Artikel 33

Het mandaat van de leden der in artikel 32 bedoelde Commissie eindigt op het tijdstip, vastgesteld in artikel 32, lid 1. De leden der in artikel 10 bedoelde Commissie worden uiterlijk een maand voor deze datum benoemd.

Voor zover alle of enkele van deze benoemingen niet tijdig zouden plaatsvinden, is het bepaalde in artikel 12, derde alinea, niet van toepassing op het lid dat van de onderdanen van iedere Lid-Staat de laagste anciënniteit heeft als lid van een der Commissies of van de Hoge Autoriteit, of dat, bij gelijke anciënniteit, het jongste in leeftijd is. Het bepaalde in artikel 12, derde alinea, blijft echter van toepassing op alle leden van dezelfde nationaliteit, wanneer een lid van die nationaliteit vóór het in artikel 32, lid 1, vastgestelde tijdstip, de uitoefening van zijn functie heeft gestaakt zonder te zijn vervangen.

Artikel 34

Met eenparigheid van stemmen stelt de Raad de geldelijke regeling vast voor de oud-leden van de Hoge Autoriteit en de Commissies van de Europese Economische Gemeenschap en van de Europese Gemeenschap voor Atoomenergie, die, nadat krachtens artikel 32 hun mandaat een einde heeft genomen, niet tot leden van de Commissie zijn benoemd.

Artikel 35

(1) Der erste Haushaltsplan der Gemeinschaften wird für das am 1. Januar nach Inkrafttreten dieses Vertrags beginnende Haushaltsjahr aufgestellt und festgestellt.

(2) Tritt dieser Vertrag vor dem 1. Juli 1965 in Kraft, so wird der allgemeine Haushaltsvoranschlag für die Verwaltungsausgaben der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, der am 1. Juli abläuft, bis zum 31. Dezember desselben Jahres verlängert; die in diesem Haushaltsvoranschlag bereitgestellten Mittel werden im entsprechenden Verhältnis erhöht, sofern der Rat nicht mit qualifizierter Mehrheit etwas anderes beschließt.

Tritt dieser Vertrag nach dem 30. Juni 1965 in Kraft, so faßt der Rat auf Vorschlag der Kommission einstimmig die erforderlichen Beschlüsse; er trägt hierbei dafür Sorge, daß ein reibungsloses Funktionieren der Gemeinschaften sichergestellt und der erste Haushaltsplan der Gemeinschaften möglichst bald festgestellt wird.

Article 35

1. Le premier budget des Communautés est établi et arrêté pour l'exercice courant à compter du 1er janvier suivant l'entrée en vigueur du présent Traité.

2. Si le présent Traité entre en vigueur avant le 1er juillet 1965, l'état prévisionnel général des dépenses administratives de la Communauté européenne du charbon et de l'acier qui vient à expiration au 1er juillet sera prorogé jusqu'au 31 décembre de la même année; les crédits ouverts au titre dudit état prévisionnel seront majorés en proportion, sauf décision contraire du Conseil statuant à la majorité qualifiée.

Au cas où le présent Traité entrerait en vigueur après le 30 juin 1965, le Conseil, statuant à l'unanimité sur proposition de la Commission, prend les décisions appropriées en s'inspirant d'une part du souci d'assurer le fonctionnement régulier des Communautés et d'autre part d'arrêter à une date aussi proche que possible le premier budget des Communautés.

Artikel 36

Der Vorsitzende und die Mitglieder des Kontrollausschusses der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen Atomgemeinschaft übernehmen mit dem Inkrafttreten dieses Vertrags für die aus ihrem früheren Amt verbleibende Amtszeit das Amt des Vorsitzenden und der Mitglieder des Kontrollausschusses der Europäischen Gemeinschaften.

Der Rechnungsprüfer, der bis zum Inkrafttreten dieses Vertrags gemäß Artikel 78 des Vertrags über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl tätig ist, übt für die aus seinem früheren Amt verbleibende Amtszeit das Amt des in Artikel 78 e des letztgenannten Vertrags vorgesehenen Rechnungsprüfers aus.

Article 36

Le président et les membres de la commission de contrôle de la Communauté économique européenne et de la Communauté européenne de l'énergie atomique assument les fonctions de président et de membres de la commission de contrôle des Communautés européennes dès l'entrée en vigueur du président Traité et pour la durée de leur ancien mandat qui restait à courir.

Le commissaire aux comptes exerçant jusqu'à l'entrée en vigueur du présent Traité ses fonctions, en exécution de l'article 78 du Traité instituant la Communauté européenne du charbon et de l'acier, assume les fonctions du commissaire aux comptes prévu à l'article 78 sexto de ce Traité pour la durée de son ancien mandat qui restait à courir.

Artikel 37

Unbeschadet der Anwendung des Artikels 77 des Vertrags über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, des Artikels 216 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, des Artikels 189 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft und des Artikels 1 Absatz 2 des Protokolls über die Satzung der Europäischen Investitionsbank erlassen die Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten im gegenseitigen Einvernehmen die Vorschriften, die zur Regelung einiger besonderer Probleme des Großherzogtums Luxemburg erforderlich sind, welche sich aus der Einsetzung eines gemeinsamen Rates und einer gemeinsamen Kommission der Europäischen Gemeinschaften ergeben.

Der Beschluß der Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten tritt am gleichen Tage in Kraft wie dieser Vertrag.

Article 37

Sans préjudice de l'application des articles 77 du Traité instituant la Communauté européenne du charbon et de l'acier, 216 du Traité instituant la Communauté économique européenne, 189 du Traité instituant la Communauté européenne de l'énergie atomique et de l'article premier alinéa 2 du Protocole sur les statuts de la Banque européenne d'investissement, les représentants des Gouvernements des Etats membres arrêtent d'un commun accord les dispositions nécessaires en vue de régler certains problèmes particuliers au Grand-Duché de Luxembourg et qui résultent de la création d'un Conseil unique et d'une Commission unique des Communauté européennes.

La décision des représentants des Gouvernements des Etats membres entrera en vigueur à la même date que le présent Traité.

Artikel 38

Dieser Vertrag bedarf der Ratifizierung durch die Hohen Vertragsparteien gemäß ihren verfassungsrechtlichen Vorschriften. Die Ratifikationsurkunden werden bei der Regierung der Italienischen Republik hinterlegt.

Dieser Vertrag tritt am ersten Tag des auf die Hinterlegung der letzten Ratifikationsurkunde folgenden Monats in Kraft.

Article 38

Le présent Traité sera ratifié par les Hautes Parties Contractantes en conformité de leurs règles constitutionnelles respectives. Les instruments de ratification seront déposés auprès du Gouvernement de la République italienne.

Le présent Traité entrera en vigueur le premier jour du mois suivant le dépôt de l'instrument de ratification de l'Etat signataire qui procèdera le dernier à cette formalité.

Articolo 35

1. Il primo bilancio delle Comunità è stabilito e adottato per l'esercizio che decorre dal 1° gennaio successivo all'entrata in vigore del presente Trattato.

2. Se il presente Trattato entra in vigore anteriormente al 1° luglio 1965, lo stato di previsione generale delle spese di amministrazione della Comunità Europea del Carbone e dell'Acciaio, che scade il 1° luglio, sarà prorogato sino al 31 dicembre dello stesso anno; i crediti aperti a titolo di detto stato di previsione saranno aumentati in proporzione, salvo decisione contraria del Consiglio che delibera a maggioranza qualificata.

Se il presente Trattato entra in vigore dopo il 30 giugno 1965, il Consiglio, deliberando all'unanimità su proposta della Commissione, prenderà le decisioni appropriate per assicurare il regolare funzionamento delle Comunità ed adottare il più presto possibile il primo bilancio delle Comunità.

Artikel 35

1. De eerste begroting van de Gemeenschappen wordt opgesteld en vastgesteld voor het begrotingsjaar dat ingaat op 1 januari volgende op de inwerkingtreding van dit Verdrag.

2. Indien dit Verdrag vóór 1 juli 1965 in werking treedt, wordt de algemene begroting van de administratieve uitgaven van de Europese Gemeenschap voor Kolen en Staal, die op 1 juli afloopt, verlengd tot en met 31 december van dat jaar; de uit hoofde van deze begroting geopende kredieten worden dan naar evenredigheid verhoogd, tenzij de Raad met gekwalificeerde meerderheid anders besluit.

Indien dit Verdrag na 30 juni 1965 in werking treedt, neemt de Raad, op voorstel van de Commissie, met eenparigheid van stemmen de nodige besluiten, waarbij hij ernaar streeft enerzijds een regelmatige werking van de Gemeenschappen te waarborgen en anderzijds op een zo vroeg mogelijk tijdstip de eerste begroting van de Gemeenschappen vast te stellen.

Articolo 36

Il presidente e i membri della Commissione di controllo della Comunità Economica Europea e della Comunità Europea dell'Energia Atomica assumono le funzioni di presidente e di membri della Commissione di controllo delle Comunità Europee sin dall'entrata in vigore del presente Trattato e per la restante durata del loro precedente mandato.

Il revisore dei conti che esercita sino all'entrata in vigore del presente Trattato le sue funzioni in esecuzione dell'articolo 78 del Trattato che istituisce la Comunità Europea del Carbone e dell'Acciaio, assume le funzioni di revisore dei conti previsto dall'articolo 78 sesto di tale Trattato, per la restante durata del suo precedente mandato.

Artikel 36

De voorzitter en de leden van de controle-commissie van de Europese Economische Gemeenschap en de Europese Gemeenschap voor Atoomenergie treden bij de inwerkingtreding van dit Verdrag en voor de verdere duur van hun vroegere mandaat in functie als voorzitter en leden van de controle-commissie van de Europese Gemeenschappen.

De financiële commissaris die tot de inwerkingtreding van dit Verdrag zijn functie uitoefent overeenkomstig artikel 78 van het Verdrag tot oprichting van de Europese Gemeenschap voor Kolen en Staal, treedt voor de verdere duur van zijn vroegere mandaat in functie als financieel commissaris, bedoeld in artikel 78 sexies van laatstgenoemd Verdrag.

Articolo 37

Salva restando l'applicazione degli articoli 77 del Trattato che istituisce la Comunità Europea del Carbone e dell'Acciaio, 216 del Trattato che istituisce la Comunità Economica Europea, 189 del Trattato che istituisce la Comunità Europea dell'Energia Atomica, nonchè del secondo comma dell'articolo 1 del Protocollo sullo Statuto della Banca Europea per gli Investimenti, i rappresentanti dei Governi degli Stati membri adottano di comune accordo le disposizioni necessarie alla risoluzione di taluni problemi particolari del Granducato del Lussemburgo, conseguenti all'istituzione di un Consiglio unico e di una Commissione unica delle Comunità Europee.

La decisione dei rappresentanti dei Governi degli Stati membri entrerà in vigore alla data dell'entrata in vigore del presente Trattato.

Artikel 37

Onverminderd de toepassing van de artikelen 77 van het Verdrag tot oprichting van de Europese Gemeenschap voor Kolen en Staal, 216 van het Verdrag tot oprichting van de Europese Economische Gemeenschap en 189 van het Verdrag tot oprichting van de Europese Gemeenschap voor Atoomenergie, en van artikel 1, tweede alinea, van het Protocol betreffende de Statuten van de Europese Investeringsbank, stellen de Vertegenwoordigers van de regeringen van de Lid-Staten in onderlinge overeenstemming de bepalingen vast welke nodig zijn voor het oplossen van bepaalde bijzondere vraagstukken met betrekking tot het Groothertogdom Luxemburg, die voortvloeien uit de instelling van één Raad en één Commissie welke de Europese Gemeenschappen gemeen hebben.

Het besluit van de Vertegenwoordigers van de regeringen der Lid-Staten treedt op dezelfde datum als dit Verdrag in werking.

Articolo 38

Il presente Trattato sarà ratificato dalle Alte Parti Contraenti conformemente alle loro norme costituzionali rispettive. Gli strumenti di ratifica saranno depositati presso il Governo della Repubblica italiana.

Il presente Trattato entrerà in vigore il primo giorno del mese successivo all'avvenuto deposito dello strumento di ratifica da parte dello Stato firmatario che procederà per ultimo a tale formalità.

Artikel 38

Dit Verdrag zal door de Hoge Verdragsluitende Partijen worden bekrachtigd overeenkomstig hun onderscheiden grondwettelijke bepalingen. De akten van bekrachtiging zullen worden nedergelegd bij de regering van de Italiaanse Republiek.

Dit Verdrag treedt in werking op de eerste dag van de maand die volgt op het nederleggen van de akte van bekrachtiging door de ondertekenende Staat die als laatste deze handeling verricht.

Artikel 39

Dieser Vertrag ist in einer Urschrift in deutscher, französischer, italienischer und niederländischer Sprache abgefaßt, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist; er wird im Archiv der Regierung der Italienischen Republik hinterlegt; diese übermittelt der Regierung jedes anderen Unterzeichnerstaates eine beglaubigte Abschrift.

ZU URKUND DESSEN haben die unterzeichneten Bevollmächtigten ihre Unterschriften unter diesen Vertrag gesetzt.

GESCHEHEN zu Brüssel am achten April neunzehnhundertfünfundsechzig.

Article 39

Le présent Traité, rédigé en un exemplaire unique, en langue allemande, en langue française, en langue italienne et en langue néerlandaise, les quatre textes faisant également foi, sera déposé dans les archives du Gouvernement de la République italienne qui remettra une copie certifiée conforme à chacun des Gouvernements des autres Etats signataires.

EN FOI DE QUOI, les plénipotentiaires soussignés ont apposé leurs signatures au bas du présent Traité.

FAIT à Bruxelles, ce huit avril mil neuf cent soixante cinq.

Articolo 39

Il presente Trattato, redatto in unico esemplare, in lingua francese, in lingua italiana, in lingua olandese e in lingua tedesca, i quattro testi facenti tutti ugualmente fede, sarà depositato negli archivi del Governo della Repubblica italiana, che provvederà a rimetterne copia certificata conforme a ciascuno dei Governi degli altri Stati firmatari.

IN FEDE DI CHE i plenipotentiari sottoscritti hanno apposto le loro firme in calce al presente trattato.

FATTO a Bruxelles, addì otto aprile millenovecentosessantacinque.

Artikel 39

Dit Verdrag, opgesteld in één exemplaar, in de Duitse, de Franse, de Italiaanse en de Nederlandse taal, zijnde de vier teksten gelijkelijk authentiek, zal worden nedergelegd in het archief van de regering van de Italiaanse Republiek, die een voor eensluidend gewaarmerkt afschrift daarvan toezendt aan de regeringen der andere ondertekenende Staten.

TEN BLIJKE WAARVAN de ondergetekende gevolmachtigden hun handtekening onder dit Verdrag hebben gesteld.

GEDAAN te Brussel de achtste april negentienhonderd vijfenzestig.

# Protokoll über die Vorrechte und Befreiungen der Europäischen Gemeinschaften

# Protocole sur les privilèges et immunités des Communautés européennes

DIE HOHEN VERTRAGSPARTEIEN —

in der Erwägung, daß die Europäischen Gemeinschaften und die Europäische Investitionsbank nach Artikel 28 des Vertrags zur Einsetzung des gemeinsamen Rates und der gemeinsamen Kommission dieser Gemeinschaften im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten die zur Erfüllung ihrer Aufgabe erforderlichen Vorrechte und Befreiungen genießen —

SIND über folgende Bestimmungen ÜBEREINGEKOMMEN, die diesem Vertrag als Anhang beigefügt sind:

LES HAUTES PARTIES CONTRACTANTES,

considérant qu'aux termes de l'article 28 du Traité instituant un Conseil et une Commission unique des Communautés européennes, ces Communautés et la Banque européenne d'investissement jouissent sur le territoire des Etats membres des immunités et privilèges nécessaires à l'accomplissement de leur mission,

SONT CONVENUES des dispositions ci-après qui sont annexées à ce Traité:

## KAPITEL I

## Vermögensgegenstände, Liegenschaften, Guthaben und Geschäfte der Europäischen Gemeinschaften

### Artikel 1

Die Räumlichkeiten und Gebäude der Gemeinschaften sind unverletzlich. Sie dürfen nicht durchsucht, beschlagnahmt, eingezogen oder enteignet werden. Die Vermögensgegenstände und Guthaben der Gemeinschaften dürfen ohne Ermächtigung des Gerichtshofs nicht Gegenstand von Zwangsmaßnahmen der Verwaltungsbehörden oder Gerichte sein.

### Artikel 2

Die Archive der Gemeinschaften sind unverletzlich.

### Artikel 3

Die Gemeinschaften, ihre Guthaben, Einkünfte und sonstigen Vermögensgegenstände sind von jeder direkten Steuer befreit.

Die Regierungen der Mitgliedstaaten treffen in allen Fällen, in denen es ihnen möglich ist, geeignete Maßnahmen für den Erlaß oder die Erstattung des Betrags der indirekten Steuern und Verkaufsabgaben, die in den Preisen für bewegliche oder unbewegliche Güter inbegriffen sind, wenn die Gemeinschaften für ihren Dienstbedarf größere Einkünfte tätigen, bei denen derartige Steuern und Abgaben im Preis enthalten sind. Die Durchführung dieser Maßnahmen darf jedoch den Wettbewerb innerhalb der Gemeinschaften nicht verfälschen.

Von den Abgaben, die lediglich die Vergütung für Leistungen gemeinnütziger Versorgungsbetriebe darstellen, wird keine Befreiung gewährt.

### Artikel 4

Die Gemeinschaften sind von allen Zöllen sowie Ein- und Ausfuhrverboten und -beschränkungen bezüglich der zu ihrem Dienstgebrauch bestimmten Gegenstände befreit; die in dieser Weise eingeführten Gegenstände dürfen im Hoheitsgebiet des Staates, in das sie eingeführt worden sind, weder entgeltlich noch unentgeltlich veräußert werden, es sei denn zu Bedingungen, welche die Regierung dieses Staates genehmigt.

## CHAPITRE I

## Biens, fonds, avoirs et operations des Communautés européennes

### Article premier

Les locaux et les bâtiments des Communautés sont inviolables. Ils sont exempts de perquisition, réquisition, confiscation ou expropriation. Les biens et avoirs des Communautés ne peuvent être l'objet d'aucune mesure de contrainte administrative ou judiciaire sans une autorisation de la Cour de Justice.

### Article 2

Les archives des Communautés sont inviolables.

### Article 3

Les Communautés, leurs avoirs, revenus et autres biens sont exonérés de tous impôts directs.

Les Gouvernements des Etats membres prennent, chaque fois qu'il leur est possible, les dispositions appropriées en vue de la remise ou du remboursement du montant des droits indirects et des taxes à la vente entrant dans les prix des biens immobiliers ou mobiliers lorsque les Communautés effectuent pour leur usage officiel des achats importants dont le prix comprend des droits et taxes de cette nature. Toutefois, l'application de ces dispositions ne doit pas avoir pour effet de fausser la concurrence à l'intérieur des Communautés.

Aucune exonération n'est accordée en ce qui concerne les impôts, taxes et droits qui ne constituent que la simple rénumération de services d'utilité générale.

### Article 4

Les Communautés sont exonérées de tous droits de douane, prohibitions et restrictions d'importation et d'exportation à l'égard des articles destinés à leur usage officiel; les articles ainsi importés ne seront pas cédés à titre onéreux ou gratuit sur le territoire du pays dans lequel ils auront été introduits, à moins que ce ne soit à des conditions agréées par le Gouvernement de ce pays.

# Protocollo
# sui privilegi e sulle immunità delle Comunità Europee

# Protocol
# betreffende de voorrechten en immuniteiten van de Europese Gemeenschappen

LE ALTE PARTI CONTRAENTI,

Considerando che, ai termini dell'articolo 28 del Trattato che istituisce un Consiglio unico e una Commissione unica delle Comunità Europee, dette Comunità e la Banca Europea per gli Investimenti godono sul territorio degli Stati membri delle immunità e dei privilegi necessari all'assolvimento della loro missione,

HANNO CONVENUTO le seguenti disposizioni che sono allegate a detto Trattato:

DE HOGE VERDRAGSLUITENDE PARTIJEN,

overwegende dat krachtens de bepalingen van artikel 28 van het Verdrag tot instelling van één Raad en één Commissie welke de Europese Gemeenschappen gemeen hebben, deze Gemeenschappen en de Europese Investeringsbank op het grondgebied van de Lid-Staten de immuniteiten en voorrechten genieten welke nodig zijn ter vervulling van hun taak,

HEBBEN OVEREENSTEMMING BEREIKT omtrent de volgende bepalingen welke aan dit Verdrag zijn gehecht:

## CAPO I

## Beni, fondi, averi e operazioni delle Comunità Europee

### Articolo 1

I locali e gli edifici delle Comunità sono inviolabili. Essi sono esenti da perquisizioni, requisizioni, confisca o espropriazione. I beni e gli averi delle Comunità non possono essere oggeto di alcun provvedimento di coercizione amministrativa o giudiziaria senza autorizzazione della Corte di Giustizia.

### Articolo 2

Gli archivi delle Comunità sono inviolabili.

### Articolo 3

Le Comunità, i loro averi, entrate ed altri beni sono esenti da qualsiasi imposta diretta.

I Governi degli Stati membri adottano, ogni qualvolta sia loro possibile, le opportune disposizioni per l'abbuono o il rimborso dell'importo dei diritti indiretti e delle tasse sulla vendita compresi nei prezzi dei beni immobili o mobili, quando le Comunità effettuino, per loro uso ufficiale, acquisiti considerevoli il cui prezzo comprenda diritti e tasse di tale natura. Tuttavia l'applicazione di tali disposizioni non deve avere per effetto di falsare la concorrenza all'interno delle Comunità.

Nessuna esenzione è concessa per quanto riguarda le imposte, tasse e diritti che costituiscono mera rimunerazione di servizi di utilità generale.

### Articolo 4

Le Comunità sono esenti da ogni dazio doganale, divieto e restrizione all'importazione e all'esportazione, in ordine agli oggetti destinati al loro uso ufficiale; gli oggetti così importati non saranno ceduti a titolo oneroso o gratuito sul territorio del paese nel quale sono stati importati, salvo che ciò non avvenga a condizioni accette al Governo di tale paese.

## HOOFDSTUK I

## Eigendommen, fondsen, bezittingen en verrichtingen van de Europese Gemeenschappen

### Artikel 1

De gebouwen en terreinen van de Gemeenschappen zijn onschendbaar. Zij zijn vrijgesteld van huiszoeking, vordering, verbeurdverklaring of onteigening. De eigendommen en bezittingen van de Gemeenschappen kunnen zonder toestemming van het Hof van Justitie niet worden getroffen door enige dwangmaatregel van bestuursrechtelijke of gerechtelijke aard.

### Artikel 2

Het archief van de Gemeenschappen is onschendbaar.

### Artikel 3

De Gemeenschappen, hun bezittingen, inkomsten en andere eigendommen zijn vrijgesteld van alle directe belastingen.

Telkens wanneer hun dit mogelijk is, treffen de regeringen van de Lid-Staten passende maatregelen tot kwijtschelding of teruggave van het bedrag der indirecte belastingen en van belastingen op de verkoop, welke een deel vormen van de prijs van onroerende of roerende goederen, wanneer de Gemeenschappen voor haar officieel gebruik belangrijke aankopen doen van goederen in de prijs waarvan zodanige belastingen begrepen zijn. De toepassing van deze bepalingen mag evenwel niet tot gevolg hebben dat de mededinging binnen de Gemeenschappen wordt vervalst.

Geen enkele vrijstelling wordt verleend van belastingen, heffingen en rechten die niet anders zijn dan eenvoudige vergoedingen voor diensten van openbaar nut.

### Artikel 4

De Gemeenschappen zijn vrijgesteld van alle douanerechten, in- en uitvoerverboden en -beperkingen met betrekking tot goederen bestemd voor officieel gebruik van de Gemeenschappen; de aldus ingevoerde goederen mogen op het grondgebied van het land alwaar zij zijn ingevoerd niet onder bezwarende titel of om niet worden overgedragen, tenzij op voorwaarden welke door de regering van dat land zijn goedgekeurd.

Den Gemeinschaften steht ferner für ihre Veröffentlichungen Befreiung von allen Zöllen sowie Ein- und Ausfuhrverboten und -beschränkungen zu.

Artikel 5

Die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl darf Devisen aller Art und Konten in jeder beliebigen Währung besitzen.

Elles sont également exonérées de tout droit de douane et de toute prohibition et restriction d'importation et d'exportation à l'égard de leurs publications.

Article 5

La Communauté européenne du charbon et de l'acier peut détenir des devises quelconques et avoir des comptes en n'importe quelle monnaie.

KAPITEL II

**Nachrichtenübermittlung und Ausweise**

Artikel 6

Den Organen der Gemeinschaften steht für ihre amtliche Nachrichtenübermittlung und die Übermittlung aller ihrer Schriftstücke im Hoheitsgebiet jedes Mitgliedstaates die gleiche Behandlung wie den diplomatischen Vertretungen zu.

Der amtliche Schriftverkehr und die sonstige amtliche Nachrichtenübermittlung der Organe der Gemeinschaften unterliegen nicht der Zensur.

Artikel 7

(1) Die Präsidenten der Organe der Gemeinschaften können den Mitgliedern und Bediensteten dieser Organe Ausweise ausstellen, deren Form vom Rat bestimmt wird und die von den Behörden der Mitgliedstaaten als gültige Reiseausweise anerkannt werden. Diese Ausweise werden den Beamten und sonstigen Bediensteten nach Maßgabe des Statuts der Beamten und der Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Gemeinschaften ausgestellt

Die Kommission kann Abkommen zur Anerkennung dieser Ausweise als im Hoheitsgebiet dritter Länder gültige Reiseausweise schließen.

(2) Artikel 6 des Protokolls über die Vorrechte und Immunitäten der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl findet jedoch weiterhin Anwendung auf diejenigen Mitglieder und Bediensteten der Organe, die bei Inkrafttreten dieses Vertrags im Besitz des in dem genannten Artikel vorgesehenen Ausweises sind, und zwar bis zur Anwendung von Absatz 1.

CHAPITRE II

**Communications et laissez-passer**

Article 6

Pour leurs communications officielles et le transfert de tous leurs documents, les institutions des Communautés bénéficient sur le territoire de chaque Etat membre du traitement accordé par cet Etat aux missions diplomatiques.

La correspondance officielle et les autres communications officielles des institutions des Communautés ne peuvent être censurées.

Article 7

1. Des laissez-passer dont la forme est arrêtée par le Conseil et qui sont reconnus comme titres valables de circulation par les autorités des Etats membres peuvent être délivrés aux membres et aux agents des institutions des Communautés par les présidents de celles-ci. Ces laissez-passer sont délivrés aux fonctionnaires et autres agents dans les conditions fixées par le statut des fonctionnaires et le régime des autres agents des Communautés.

La Commission peut conclure des accords en vue de faire reconnaître ces laissez-passer comme titres valables de circulation sur le territoire des Etats tiers.

2. Toutefois, les dispositions de l'article 6 du Protocole sur les privilèges et immunités de la Communauté européenne du charbon et de l'acier demeurent applicables aux membres et agents des institutions qui sont, à l'entrée en vigueur du présent Traité, en possession du laissez-passer prévu à cet article et ce jusqu'à l'application des dispositions du paragraphe 1 ci-dessus.

KAPITEL III

**Mitglieder der Versammlung**

Artikel 8

Die Reise der Mitglieder der Versammlung zum und vom Tagungsort der Versammlung unterliegt keinen verwaltungsmäßigen oder sonstigen Beschränkungen.

Die Mitglieder der Versammlung erhalten bei der Zollabfertigung und Devisenkontrolle

a) seitens ihrer eigenen Regierung dieselben Erleichterungen wie hohe Beamte, die sich in offiziellem Auftrag vorübergehend ins Ausland begeben;

b) seitens der Regierungen der anderen Mitgliedstaaten dieselben Erleichterungen wie ausländische Regierungsvertreter mit vorübergehendem offiziellem Auftrag.

CHAPITRE III

**Membres de l'Assemblée**

Article 8

Aucune restriction d'ordre administratif ou autre n'est apportée au libre déplacement des membres de l'Assemblée se rendant au lieu de réunion de l'Assemblée ou en revenant.

Les membres de l'Assemblée se voient accorder en matière de douane et de contrôle des changes:

a) par leur propre Gouvernement, les mêmes facilités que celles reconnues aux hauts fonctionnaires se rendant à l'étranger en mission officielle temporaire,

b) par les Gouvernements des autres Etats membres, les mêmes facilités que celles reconnues aux représentants de Gouvernements étrangers en mission officielle temporaire.

Esse sono del pari esenti da ogni dazio doganale e da ogni divieto e restrizione all'importazione e all'esportazione in ordine alle loro pubblicazioni.

Articolo 5

La Comunità Europea del Carbone e dell'Acciaio può tenere divise qualsiasi e avere conti in qualunque valuta.

Zij zijn eveneens vrijgesteld van alle douanerechten, in- en uitvoerverboden en -beperkingen met betrekking tot hun publikaties.

Artikel 5

De Europese Gemeenschap voor Kolen en Staal kan alle soorten van deviezen en rekeningen in iedere geldsoort aanhouden.

CAPO II

**Comunicazioni e lasciapassare**

Articolo 6

Le istituzioni delle Comunità beneficiano, nel territorio di ciascuno Stato membro, per le loro comunicazioni ufficiali e la trasmissione di tutti i loro documenti, del trattamento concesso da questo Stato alle missioni diplomatiche.

La corrispondenza ufficiale e le altre comunicazioni ufficiali delle istituzioni delle Comunità non possono essere censurate.

Articolo 7

1. I presidenti delle istituzioni delle Comunità possono rilasciare ai membri ed agli agenti di dette istituzioni lasciapassare la cui forma è stabilita dal Consiglio e che sono riconosciuti dalle autorità degli Stati membri come titoli di viaggio validi. Tali lasciapassare sono rilasiciati ai funzionari e agli altri agenti secondo le condizioni stabilite dallo statuto dei funzionari e dal regime applicabile agli altri agenti delle Comunità.

La Commissione può concludere accordi per far riconoscere tali lasciapassare come titoli di viaggio validi sul territorio di Stati terzi.

2. Tuttavia, le disposizioni dell'articolo 6 del Protocollo sui privilegi e sulle immunità della Comunità Europea del Carbone e dell'Acciaio rimangono in vigore e si applicano ai membri ed agli agenti delle istituzioni che, all'entrata in vigore del presente Trattato, sono in possesso del lasciapassare previsto da detto articolo sino all'applicazione delle disposizioni del precedente paragrafo.

HOOFDSTUK II

**Mededelingen en laissez-passer**

Artikel 6

De instellingen van de Gemeenschappen genieten, voor hun officiële mededelingen en het overbrengen van al hun documenten op het grondgebied van iedere Lid-Staat de behandeling, welke door deze Staat aan diplomatieke missies wordt toegestaan.

De officiële correspondentie en andere officiële mededelingen van de instellingen van de Gemeenschappen zijn niet aan censuur onderworpen.

Artikel 7

1. Laissez-passer, waarvan de vorm door de Raad wordt vastgesteld en welke als geldige reispapieren worden erkend door de overheidsinstanties van de Lid-Staten kunnen door de voorzitters van de instellingen van de Gemeenschappen aan de leden en het personeel van deze instellingen worden verstrekt. Deze laissez-passer worden aan de ambtenaren en overige personeelsleden verstrekt overeenkomstig de bepalingen van het statuut van de ambtenaren en de regeling voor de andere personeelsleden van de Gemeenschappen.

De Commissie kan akkoorden sluiten ten einde deze laissez-passer te doen erkennen als geldige reispapieren voor het grondgebied van derde Staten.

2. De bepalingen van artikel 6 van het Protocol betreffende de voorrechten en immuniteiten van de Europese Gemeenschap voor Kolen en Staal blijven echter tot de toepassing van de bepalingen van lid 1 toepasselijk op de leden en personeelsleden van de instellingen, die bij de inwerkingtreding van dit Verdrag in het bezit van de in dat artikel bedoelde laissez-passer zijn.

CAPO III

**Membri dell'Assemblea**

Articolo 8

Nessuna restrizione di ordine amministrativo o di altro genere è apportata alla libertà di movimento dei membri dell'Assemblea che si recano al luogo di riunione dell'Assemblea o ne ritornano.

Ai membri dell'Assemblea sono concessi in materia di dogana e di controllo dei cambi:

a) dal proprio Governo, le stesse agevolazioni concesse agli alti funzionari che si recano all'estero in missione ufficiale temporanea,

b) dai Governi degli altri Stati membri, le stesse agevolazioni concesse ai rappresentanti di Governi esteri in missione ufficiale temporanea.

HOOFDSTUK III

**Leden van de Vergadering**

Artikel 8

De bewegingsvrijheid der leden van de Vergadering die zich naar de plaats van bijeenkomst der Vergadering begeven of daarvan terugkeren wordt op geen enkele wijze beperkt door voorschriften van bestuusrechtelijke of andere aard.

Aan de leden van de Vergadering worden, wat betreft douane- en deviezencontrole, toegekend:

a) door hun eigen regering, dezelfde faciliteiten als zijn toegekend aan hoge ambtenaren, die zich, belast met een tijdelijke officiële zending, naar het buitenland begeven,

b) door de regeringen van de andere Lid-Staten, dezelfde faciliteiten als zijn toegekend aan vertegenwoordigers van buitenlandse regeringen, belast met een tijdelijke officiële zending.

Artikel 9

Wegen einer in Ausübung ihres Amtes erfolgten Äußerung oder Abstimmung dürfen Mitglieder der Versammlung weder in ein Ermittlungsverfahren verwickelt noch festgenommen oder verfolgt werden.

Artikel 10

Während der Dauer der Sitzungsperiode der Versammlung

a) steht ihren Mitgliedern im Hoheitsgebiet ihres eigenen Staates die den Parlamentsmitgliedern zuerkannte Unverletzlichkeit zu,

b) können ihre Mitglieder im Hoheitsgebiet jedes anderen Mitgliedstaates weder festgehalten noch gerichtlich verfolgt werden.

Die Unverletzlichkeit besteht auch während der Reise zum und vom Tagungsort der Versammlung.

Bei Ergreifung auf frischer Tat kann die Unverletzlichkeit nicht geltend gemacht werden; sie steht auch nicht der Befugnis der Versammlung entgegen, die Unverletzlichkeit eines ihrer Mitglieder aufzuheben.

KAPITEL IV

**Vertreter der Mitgliedstaaten, die an den Arbeiten der Organe der Europäischen Gemeinschaften teilnehmen**

Artikel 11

Den Vertretern der Mitgliedstaaten, die an den Arbeiten der Organe der Gemeinschaften teilnehmen, sowie ihren Beratern und Sachverständigen stehen während der Ausübung ihrer Tätigkeit und auf der Reise zum und vom Tagungsort die üblichen Vorrechte, Befreiungen und Erleichterungen zu

Dies gilt auch für die Mitglieder der beratenden Organe der Gemeinschaften.

KAPITEL V

**Beamte und sonstige Bedienstete der Europäischen Gemeinschaften**

Artikel 12

Den Beamten und sonstigen Bediensteten der Gemeinschaften stehen im Hoheitsgebiet jedes Mitgliedstaates ohne Rücksicht auf ihre Staatsangehörigkeit folgende Vorrechte und Befreiungen zu:

a) Befreiung von der Gerichtsbarkeit bezüglich der von ihnen in amtlicher Eigenschaft vorgenommenen Handlungen, einschließlich ihrer mündlichen und schriftlichen Äußerungen, jedoch vorbehaltlich der Anwendung der Bestimmungen der Verträge über die Vorschriften betreffend die Haftung der Beamten und sonstigen Bediensteten gegenüber den Gemeinschaften und über die Zuständigkeit des Gerichtshofs für Streitsachen zwischen den Gemeinschaften und ihren Beamten sowie sonstigen Bediensteten. Diese Befreiung gilt auch nach Beendigung ihrer Amtstätigkeit;

b) Befreiung von Einwanderungsbeschränkungen und von der Meldepflicht für Ausländer; das gleiche gilt für ihre Ehegatten und die von ihnen unterhaltenen Familienmitgliedern;

c) die den Beamten der internationalen Organisationen üblicherweise gewährten Erleichterungen auf dem Gebiet der Vorschriften des Währungs- und Devisenrechts;

Article 9

Les membres de l'Assemblée ne peuvent être recherchés, détenus ou poursuivis en raison des opinions ou votes émis par eux dans l'exercice de leurs fonctions.

Article 10

Pendant la durée des sessions de l'Assemblée, les membres de celle-ci bénéficient:

a) sur leur territoire national, des immunités reconnues aux membres du Parlement de leur pays,

b) sur le territoire de tout autre Etat membre, de l'exemption de toute mesure de détention et de toute poursuite judiciaire.

L'immunité les couvre également lorsqu'ils se rendent au lieu de réunion de l'Assemblée ou en reviennent.

L'immunité ne peut être invoquée dans le cas de flagrant délit et ne peut non plus mettre obstacle au droit de l'Assemblée de lever l'immunité d'un de ses membres.

CHAPITRE IV

**Représentants des Etats membres participant aux travaux des institutions des Comunautés Européennes**

Article 11

Les représentants des Etats membres participant aux travaux des institutions des Communautés, ainsi que leurs conseillers et experts techniques, jouissent, pendant l'exercice de leurs fonctions et au cours de leurs voyages à destination ou en provenance du lieu de la réunion, des privilèges, immunités ou facilités d'usage.

Le présent article s'applique également aux membres des organes consultatifs des Communautés.

CHAPITRE V

**Fonctionnaires et agents des communautés européennes**

Article 12

Sur le territoire de chacun des Etats membres et quelle que soit leur nationalité, les fonctionnaires et autres agents des Communautés

a) jouissent de l'immunité de juridiction pour les actes accomplis par eux, y compris leurs paroles et écrits, en leur qualité officielle, sous réserve de l'application des dispositions des Traités relatives d'une part aux règles de la responsabilité des fonctionnaires et agents envers les Communautés et d'autre part à la compétence de la Cour pour statuer sur les litiges entre les Communautés et leurs fonctionnaires et autres agents. Ils continueront à bénéficier de cette immunité après la cessation de leurs fonctions,

b) ne sont pas soumis, non plus que leurs conjoints, et les membres de leur famille vivant à leur charge, aux dispositions limitant l'immigration et aux formalités d'enregistrement des étrangers,

c) jouissent, en ce qui concerne les réglementations monétaires ou de change, des facilités reconnues par l'usage aux fonctionnaires des organisations internationales,

Articolo 9

I membri dell'Assemblea non possono essere ricercati, detenuti o perseguiti a motivo delle opinioni o dei voti espressi nell'esercizio delle loro funzioni.

Articolo 10

Per la durata delle sessioni dell'Assemblea, i membri di essa beneficiano:

a) sul territorio nazionale, delle immunità riconosciute ai membri del Parlamento del loro paese,

b) sul territorio di ogni altro Stato membro, dell'esenzione da ogni provvedimento di detenzione e da ogni procedimento giudiziario.

L'immunità de copre anche quando essi si recano al luogo di riunione dell'Assemblea o ne ritornano.

L'immunità non può essere invocata nel caso di flagrante delitto e non può inoltre pregiudicare il diritto dell'Assemblea di togliere l'immunità ad uno dei suoi membri.

CAPO IV

**Rappresentanti degli Stati membri che partecipano ai lavori delle istituzioni delle Comunità Europee**

Articolo 11

I rappresentanti degli Stati membri che partecipano ai lavori delle istituzioni delle Comunità, nonchè i loro consiglieri e periti tecnici, godono, durante l'esercizio delle loro funzioni e durante i loro viaggi a destinazione o in provenienza dal luogo della riunione, dei privilegi, delle immunità e delle agevolazioni d'uso.

Il presente articolo si applica ugualmente ai membri degli organi consultivi delle Comunità.

CAPO V

**Funzionari e agenti delle Comunità Europee**

Articolo 12

Sul territorio di ciascuno Stato membro e qualunque sia la loro cittadinanza, i funzionari ed altri agenti delle Comunità

a) godono dell'immunità di giurisdizione per gli atti da loro compiuti in veste ufficiale, comprese le loro parole e i loro scritti, con riserva dell'applicazione delle disposizioni dei Trattati relative, da un lato, alle regole delle responsabilità dei funzionari ed agenti nei confronti delle Comunità e, dall'altro, alla competenza della Corte per deliberare in merito ai litigi tra le Comunità ed i loro funzionari ed altri agenti. Continueranno a beneficiare di questa immunità dopo la cessazione delle loro funzioni,

b) né essi, né loro coniugi e i familiari a loro carico, sono sottoposti alle disposizioni che limitano l'immigrazione e alle formalità di registrazione degli stranieri,

c) godono, per quanto riguarda la disciplina vigente in materia valutaria o di cambio, delle agevolazioni usualmente riconosciute ai funzionari delle organizzazioni internazionali,

Artikel 9

Tegen de leden van de Vergadering kan geen opsporing plaatsvinden, noch kunnen zij worden aangehouden of vervolgd op grond van de mening of de stem, die zij in de uitoefening van hun ambt hebben uitgebracht.

Artikel 10

Tijdens de zittingsduur van de Vergadering genieten de leden:

a) op hun eigen grondgebied, de immuniteiten welke aan de leden van de volksvertegenwoordiging in hun land zijn verleend,

b) op het grondgebied van elke andere Lid-Staat, vrijstelling van aanhouding en gerechtelijke vervolging in welke vorm ook.

De immuniteit beschermt hen eveneens, wanner zij zich naar de plaats van de bijeenkomst van de Vergadering begeven of daarvan terugkeren.

Op deze immuniteit kan geen beroep worden gedann in geval van ontdekking op heterdaad, terwijl zij evenmin kan verhinderen dat de Vergadering het recht uitoefent de immuniteit van een harer leden op te heffen.

HOOFDSTUK IV

**De aan de werkzaamheden van de instellingen der Europese Gemeenschappen deelnemende vertegenwoordigers der Lid-Staten**

Artikel 11

De aan de werkzaamheden van de instellingen van de Gemeenschappen deelnemende vertegenwoordigers der Lid-Staten, alsmede hun raadslieden en de deskundigen, genieten gedurende de uitoefening van hun ambt en op hun reizen naar en van de plaats van bijeenkomst de gebruikelijke voorrechten, immuniteiten of faciliteiten.

Dit artikel is eveneens van toepassing op de leden der raadgevende organen van de Gemeenschappen.

HOOFDSTUK V

**Ambtenaren en overige personeelsleden van de Europese Gemeenschappen**

Artikel 12

De ambtenaren en overige personeelsleden van de Gemeenschappen zijn, ongeacht hun nationaliteit, op het grondgebied van elk der Lid-Staten:

a) vrijgesteld van rechtsvervolging voor hetgeen zij in hun officiële hoedanigheid hebben gedaan, gezegd of geschreven, behoudens de toepassing van de bepalingen der Verdragen, die betrekking hebben op de verantwoordelijkheid van de ambtenaren en overige personeelsleden tegenover de Gemeenschappen, en voorts op de bevoegdheid van het Hof om uitspraak te doen in geschillen tussen de Gemeenschappen en hun ambtenaren en overige personeelsleden. Zij blijven deze immuniteit genieten nadat zij hun ambt hebben neergelegd;

b) te zamen met hun echtgenoten en de te hunnen laste zijnde verwanten vrijgesteld van immigratiebeperkingen en vreemdelingenregistratie;

c) inzake monetaire of deviezenregelingen in het genot van de gebruikelijke faciliteiten welke aan ambtenaren van internationale organisaties worden toegekend;

d) das Recht, ihre Wohnungseinrichtung und ihre persönlichen Gebrauchsgegenstände bei Antritt ihres Dienstes in das in Frage stehende Land zollfrei einzuführen und bei Beendigung ihrer Amtstätigkeit in diesem Land ihre Wohnungseinrichtung und ihre persönlichen Gebrauchsgegenstände zollfrei wiederauszuführen, vorbehaltlich der Bedingungen, welche die Regierung des Landes, in dem dieses Recht ausgeübt wird, in dem einen und anderen Fall für erforderlich erachtet;

e) das Recht, das zu ihrem eigenen Gebrauch bestimmte Kraftfahrzeug, sofern es im Land ihres letzten ständigen Aufenthalts oder in dem Land, dem sie angehören, zu den auf dem Binnenmarkt dieses Landes geltenden Bedingungen erworben worden ist, zollfrei einzuführen und es zollfrei wiederauszuführen, vorbehaltlich der Bedingungen, welche die Regierung des in Frage stehenden Landes in dem einen und anderen Fall für erforderlich erachtet.

Artikel 13

Von den Gehältern, Löhnen und anderen Bezügen, welche die Gemeinschaften ihren Beamten und sonstigen Bediensteten zahlen, wird zugunsten der Gemeinschaften eine Steuer gemäß den Bestimmungen und dem Verfahren erhoben, die vom Rat auf Vorschlag der Kommission festgelegt werden.

Die Beamten und sonstigen Bediensteten sind von innerstaatlichen Steuern auf die von den Gemeinschaften gezahlten Gehälter, Löhne und Bezüge befreit.

Artikel 14

Die Beamten und sonstigen Bediensteten der Gemeinschaften, die sich lediglich zur Ausübung einer Amtstätigkeit im Dienst der Gemeinschaften im Hoheitsgebiet eines anderen Mitgliedstaates als des Staates niederlassen, in dem sie zur Zeit des Dienstantritts bei den Gemeinschaften ihren steuerlichen Wohnsitz haben, werden in den beiden genannten Staaten für die Erhebung der Einkommen-, Vermögen- und Erbschaftsteuer sowie für die Anwendung der zur Vermeidung der Doppelbesteuerung zwischen den Mitgliedstaaten der Gemeinschaften geschlossenen Abkommen so behandelt, als hätten sie ihren früheren Wohnsitz beibehalten, sofern sich dieser in einem Mitgliedstaat der Gemeinschaften befindet. Dies gilt auch für den Ehegatten, soweit dieser keine eigene Berufstätigkeit ausübt, sowie für die Kinder, die unter der Aufsicht der in diesem Artikel bezeichneten Personen stehen und von ihnen unterhalten werden.

Das im Hoheitsgebiet des Aufenthaltsstaates befindliche bewegliche Vermögen der in Absatz 1 bezeichneten Personen ist in diesem Staat von der Erbschaftsteuer befreit; für die Veranlagung dieser Steuer wird es vorbehaltlich der Rechte dritter Länder und der etwaigen Anwendung internationaler Abkommen über die Doppelbesteuerung als in dem Staat des steuerlichen Wohnsitzes befindlich betrachtet.

Ein lediglich zur Ausübung einer Amtstätigkeit im Dienste anderer internationaler Organisationen begründeter Wohnsitz bleibt bei der Anwendung dieses Artikels unberücksichtigt.

Artikel 15

Der Rat legt auf Vorschlag der Kommission durch einstimmigen Beschluß das System der Sozialleistungen für die Beamten und sonstigen Bediensteten der Gemeinschaften fest.

d) jouissent du droit d'importer en franchise leur mobilier et leurs effets à l'occasion de leur première prise de fonctions dans le pays intéressé, et du droit, à la cessation de leurs fonctions dans ledit pays, de réexporter en franchise leur mobilier et leurs effets sous réserve, dans l'un et l'autre cas, des conditions jugées nécessaires par le Gouvernement du pays où le droit est exercé,

e) jouissent du droit d'importer en franchise leur automobile affectée à leur usage personnel acquise dans le pays de leur dernière résidence ou dans le pays dont ils sont ressortissants aux conditions du marché intérieur de celui-ci, et de la réexporter en franchise, sous réserve, dans l'un et l'autre cas, des conditions jugées nécessaires par le Gouvernement du pays intéressé.

Article 13

Dans les conditions et suivant la procédure fixée par le Conseil statuant sur proposition de la Commission, les fonctionnaires et autres agents des Communautés sont soumis au profit de celles-ci à un impôt sur les traitements, salaires et émoluments versés par elles.

Ils sont exempts d'impôts nationaux sur les traitements, salaires et émoluments versés par les Communautés.

Article 14

Pour l'application des impôts sur les revenus et sur la fortune des droits de succession, ainsi que des conventions tendant à éviter les doubles impositions conclues entre les pays membres des Communautés, les fonctionnaires et autres agents des Communautés qui, en raison uniquement de l'exercice de leurs fonctions au service des Communautés, établissent leur résidence sur le territoire d'un pays membre autre que le pays du domicile fiscal qu'ils possèdent au moment de leur entrée au service des Communautés, sont considérés, tant dans le pays de leur résidence que dans le pays du domicile fiscal, comme ayant conservé leur domicile dans ce dernier pays si celui-ci est membre des Communautés. Cette disposition s'applique également au conjoint dans la mesure où celui-ci n'exerce pas d'activité professionnelle propre, ainsi qu'aux enfants à charge et sous la garde des personnes visées au présent article.

Les biens meubles appartenant aux personnes visées à l'alinéa précédent et situés sur le territoire de l'Etat de séjour sont exonérés de l'impôt sur les successions dans cet Etat; pour l'établissement de cet impôt, ils sont considérés comme se trouvant dans l'Etat du domicile fiscal, sous réserve des droits des Etats tiers et de l'application éventuelle des dispositions des conventions internationales relatives aux doubles impositions.

Les domiciles acquis en raison uniquement de l'exercice de fonctions au service d'autres organisations internationales ne sont pas pris en considération dans l'application des dispositions du présent article.

Article 15

Le Conseil, statuant à l'unanimité sur proposition de la Commission, fixe le régime des prestations sociales applicables aux fonctionnaires et autres agents des Communautés.

d) godono del diritto di importare in franchigia la propria mobilia ed i propri effetti personali, in occasione della loro prima immissione in funzione nel paese interessato, e del diritto di riesportare in franchigia la propria mobilia e i propri effetti personali alla cessazione delle loro funzioni nel suddetto paese, fatte salve, nell'uno e nell'altro caso, le condizioni ritenute necessarie dal Governo del paese in cui il diritto è esercitato,

e) godono del diritto di importare in franchigia la propria autovettura destinata al loro uso personale, acquistata nel paese della loro ultima residenza o nel paese di cui sono cittadini alle condizioni del mercato interno di tale paese, e di riesportarla in franchigia, fatte salve, nell'uno e nell'altro caso, le condizioni ritenute necessarie dal Governo del paese interessato.

Articolo 13

Alle condizioni e secondo la procedura stabilite dal Consiglio, che delibera su proposta della Commissione, i funzionari e gli altri agenti delle Comunità saranno soggetti, a profitto di queste ultime, ad una imposta sugli stipendi, salari ed emolumenti dalle stesse versati.

Essi sono esenti da imposte nazionali sugli stipendi, salari ed emolumenti versati dalle Comunità.

Articolo 14

Ai fini dell'applicazione delle imposte sul reddito e sul patrimonio, dei diritti di successione, nonchè delle convenzioni concluse fra i paesi membri delle Comunità al fine di evitare le doppi imposizioni, i funzionari e altri agenti delle Comunità, i quali, in ragione esclusivamente dell'esercizio delle loro funzioni al servizio delle Comunità, stabiliscono la loro residenza sul territorio di un paese membro diverso dal paese ove avevano il domicilio fiscale al momento dell'entrata in servizio presso le Comunità, sono considerati, sia nel paese di residenza che nel paese del domicilio fiscale, come tutt'ora domiciliati in quest'ultimo paese qualora esso sia membro delle Comunità. Tale disposizione si applica ugualmente al coniuge, semprechè non eserciti una propria attività professionale, nonchè ai figli ed ai minori a carico delle persone indicate nel presente articolo e in loro custodia.

I beni mobili appartenenti alle persone di cui al comma precedente e che si trovino nel territorio dello Stato di residenza, sono esenti dall'imposta di successione in tale Stato; ai fini dell'applicazione di tale imposta essi sono considerati come se fossero situati nello Stato del domicilio fiscale, fatti salvi i diritti degli Stati terzi e l'eventuale applicazione delle norme delle convenzioni internazionali sulle doppie imposizioni.

Ai fini dell'applicazione delle disposizioni del presente articolo non si prendono in considerazione i domicili acquisiti soltanto a motivo dell'esercizio di funzioni al servizio di altre organizzazioni internazionali.

Articolo 15

Il Consiglio, deliberando all'unanimità su proposta della Commissione, stabilisce il regime di previdenza sociale applicabile ai funzionari e agli altri agenti delle Comunità.

d) gerechtigd om de eerste maal dat zij hun post bezetten, in het betrokken land hun huisraad en goederen voor persoonlijk gebruik vrij van rechten in te voeren, en bij het neerleggen van hun ambt hun huisraad en goederen voor persoonlijk gebruik uit genoemd land vrij van rechten weder uit te voeren, in beide gevallen met inachtneming van de voorwaarden welke de regering van het land waar dit recht wordt uitgeoefend, als noodzakelijk beschouwt;

e) gerechtigd uit een Lid-Staat hun voor persoonlijk gebruik bestemde personenauto die in het land waar zij het laatst hun verblijfplaats hebben gehad of in het land waarvan zij onderdaan zijn, verkregen is op de voorwaarden die op de binnenlandse markt van dat land gelden, vrij van rechten in te voeren, en deze vrij van rechten weder uit te voeren, in beide gevallen met inachtneming van de voorwaarden welke de regering van het betrokken land als noodzakelijk beschouwt.

Artikel 13

Onder de voorwaarden en volgens de procedure welke door de Raad op voorstel van de Commissie worden vastgesteld, worden de ambtenaren en overige personeelsleden van de Gemeenschappen onderworpen aan een belasting ten bate van de Gemeenschappen op de door hun betaalde salarissen, lonen en emolumenten.

Zij zijn vrijgesteld van nationale belastingen op de door de Gemeenschappen betaalde salarissen, lonen en emolumenten.

Artikel 14

De ambtenaren en overige personeelsleden van de Gemeenschappen, die zich uitsluitend uit hoofde van de uitoefening van hun ambt in dienst van de Gemeenschappen vestigen op het grondgebied van een andere Lid-Staat dan de Staat van de fiscale woonplaats, welke zij bezitten op het ogenblik van hun indiensttreding bij de Gemeenschappen, worden voor de toepassing van de inkomsten-, vermogens- en successiebelastingen, alsmede van de tussen de Lid-Staten van de Gemeenschappen gesloten overeenkomsten ter voorkoming van dubbele belasting, zowel in de Staat waar zij zich gevestigd hebben als in de Staat van de fiscale woonplaats, geacht hun woonplaats te hebben behouden in de laatstgenoemde Staat, indien deze lid is van de Gemeenschappen. Deze bepaling geldt eveneens voor de echtgenoot voor zover deze geen eigen beroepsbezigheden uitoefent, alsmede voor de kinderen die ten laste zijn en onder toezicht staan van de in dit artikel bedoelde personen.

De roerende goederen welke toebehoren aan de in de vorige alinea bedoelde personen en zich bevinden op het grondgebied van de Staat van verblijf, worden in die Staat vrijgesteld van successiebelasting; voor de heffing van die belasting worden die roerende goederen geacht zich in de Staat van de fiscale woonplaats te bevinden, onder voorbehoud van de rechten van derde Staten en de mogelijke toepassing van de bepalingen der internationale overeenkomsten betreffende dubbele belasting.

De uitsluitend uit hoofde van de uitoefening van een ambt in dienst van andere internationale organisaties verkregen woonplaats wordt niet in aanmerking genomen bij de toepassing van de bepalingen van dit artikel.

Artikel 15

Op voorstel van de Commissie stelt de Raad met eenparigheid van stemmen de regeling vast inzake de sociale voorzieningen, welke op de ambtenaren en overige personeelsleden van de Gemeenschappen van toepassing zijn.

Artikel 16

Der Rat bestimmt auf Vorschlag der Kommission und nach Anhörung der anderen betroffenen Organe die Gruppen von Beamten und sonstigen Bediensteten der Gemeinschaften, auf welche die Artikel 12, 13 Absatz 2 und Artikel 14 ganz oder teilweise Anwendung finden.

Namen, Dienstrang und -stellung sowie Anschrift der Beamten und sonstigen Bediensteten dieser Gruppen werden den Regierungen der Mitgliedstaaten in regelmäßigen Zeitabständen mitgeteilt.

Article 16

Le Conseil, statuant sur proposition de la Commission et après consultation des autres institutions intéressées, détermine les catégories de fonctionnaires et autres agents des Communautés auxquels s'appliquent, en tout ou partie, les dispositions des articles 12, 13 alinéa 2 et 14.

Les noms, qualités et adresses des fonctionnaires et autres agents compris dans ces catégories sont communiqués périodiquement aux Gouvernements des Etats membres.

KAPITEL VI

**Vorrechte und Befreiungen der Vertretungen dritter Länder, die bei den Europäischen Gemeinschaften beglaubigt sind**

CHAPITRE VI

**Privilèges et immunités des missions d'états tiers accreditées auprès des Communautés européennes**

Artikel 17

Der Mitgliedstaat, in dessen Hoheitsgebiet sich der Sitz der Gemeinschaften befindet, gewährt den bei den Gemeinschaften beglaubigten Vertretungen dritter Länder die üblichen diplomatischen Vorrechte und Befreiungen.

Article 17

L'Etat membre sur le territoire duquel est situé le siège des Communautés accorde aux missions des Etats tiers accréditées auprès des Communautés les immunités et privilèges diplomatiques d'usage.

KAPITEL VII

**Allgemeine Bestimmungen**

CHAPITRE VII

**Dispositions générales**

Artikel 18

Die Vorrechte, Befreiungen und Erleichterungen werden den Beamten und sonstigen Bediensteten der Gemeinschaften ausschließlich im Interesse der Gemeinschaften gewährt.

Jedes Organ der Gemeinschaften hat die Befreiung eines Beamten oder sonstigen Bediensteten in allen Fällen aufzuheben, in denen dies nach seiner Auffassung den Interessen der Gemeinschaften nicht zuwiderläuft.

Article 18

Les privilèges, immunités et facilités sont accordés aux fonctionnaires et autres agents des Communautés exclusivement dans l'intérêt de ces dernières.

Chaque institution des Communautés est tenue de lever l'immunité accordée à un fonctionnaire ou autre agent dans tous les cas où elle estime que la levée de cette immunité n'est pas contraire aux intérêts des Communautés.

Artikel 19

Bei der Anwendung dieses Protokolls handeln die Organe der Gemeinschaften und die verantwortlichen Behörden der beteiligten Mitgliedstaaten im gegenseitigen Einvernehmen.

Article 19

Pour l'application du présent Protocole, les institutions des Communautés agissent de concert avec les autorités responsables des Etats membres intéressés.

Artikel 20

Die Artikel 12 bis 15 und 18 finden auf die Mitglieder der Kommission Anwendung.

Article 20

Les articles 12 à 15 inclus et 18 sont applicables aux membres de la Commission.

Artikel 21

Die Artikel 12 bis 15 und 18 finden auf die Richter, die Generalanwälte, den Kanzler und die Hilfsberichterstatter des Gerichtshofs Anwendung; die Bestimmungen des Artikels 3 der Protokolle über die Satzung des Gerichtshofs betreffend die Befreiung der Richter und Generalanwälte von der Gerichtsbarkeit bleiben hiervon unberührt.

Article 21

Les articles 12 à 15 inclus et 18 sont applicables aux juges, aux avocats généraux, au greffier et aux rapporteurs adjoints de la Cour de Justice, sans préjudice des dispositions de l'article 3 des Protocoles sur le statut de la Cour de Justice relatives à l'immunité de juridiction des juges et des avocats généraux.

Artikel 22

Dieses Protokoll gilt auch für die Europäische Investitionsbank, die Mitglieder ihrer Organe, ihr Personal und die Vertreter der Mitgliedstaaten, die an ihren Arbeiten teilnehmen; die Bestimmungen des Protokolls über die Satzung der Bank bleiben hiervon unberührt.

Article 22

Le présent Protocole s'applique également à la Banque Européenne d'Investissement, aux membres de ses organes, à son personnel et aux représentants des Etats membres qui participent à ses travaux, sans préjudice des dispositions du Protocole sur les statuts de celle-ci.

Articolo 16

Il Consiglio, deliberando su proposta della Commissione e previa consultazione delle altre istituzioni interessate, determina le categorie di funzionari ed altri agenti delle Comunità cui si applicano, in tutto o in parte, le disposizioni degli articoli 12, 13 secondo comma e 14.

I nomi, le qualifiche e gli indirizzi dei funzionari e altri agenti compresi in tali categorie sono comunicati periodicamente ai Governi degli Stati membri.

Artikel 16

Op voorstel van de Commissie en na raadpleging van de overige betrokken instellingen, bepaalt de Raad op welke categorieën van ambtenaren en overige personeelsleden van de Gemeenschappen de bepalingen van de artikelen 12, 13, tweede alinea, en 14 geheel of ten dele van toepassing zijn.

De namen, hoedanigheden en adressen der ambtenaren en overige personeelsleden, welke onder deze categorieën zijn begrepen, worden op gezette tijden aan de regeringen van de Lid-Staten medegedeeld.

CAPO VI

**Privilegi i immunità delle missioni di Stati terzi accreditate presso le Comunità Europee**

HOOFDSTUK VI

**Voorrechten en immuniteiten der bij de Europese Gemeenschappen geaccrediteerde missies van derde Staten**

Articolo 17

Lo Stato membro, sul cui territorio è situata la sede delle Comunità, riconosce alle missioni dei paesi terzi accreditate presso le Comunità, le immunità e i privilegi diplomatici d'uso.

Artikel 17

De Lid-Staat, op wiens grondgebied de zetel van de Gemeenschappen is gevestigd, verleent aan de missies der bij de Gemeenschappen geaccrediteerde derde Staten de gebruikelijke diplomatieke immuniteiten en voorrechten.

CAPO VII

**Disposizioni generali**

HOOFDSTUK VII

**Algemene bepalingen**

Articolo 18

I privilegi, le immunità e le agevolazioni sono concesse ai funzionari e agli altri agenti delle Comunità esclusivamente nell'interesse di queste ultime.

Ciascuna istituzione delle Comunità ha l'obbligo di togliere l'immunità concessa a un funzionario o ad un altro agente ogni qualvolta essa reputi che ciò non sia contrario agli interessi delle Comunità.

Artikel 18

De voorrechten, immuniteiten en faciliteiten worden aan de ambtenaren en overige personeelsleden van de Gemeenschappen uitsluitend in het belang van de Gemeenschappen verleend.

Elke instelling van de Gemeenschappen is gehouden de aan een ambtenaar of ander personeelslid verleende immuniteit op te heffen in alle gevallen, waarin zulks naar haar mening niet strijdig is met de belangen van de Gemeenschappen.

Articolo 19

Ai fini dell'applicazione del presente Protocollo, le istituzioni delle Comunità agiranno d'intesa con le autorità responsabili degli Stati membri interessati.

Artikel 19

Voor de toepassing van dit Protocol handelen de instellingen van de Gemeenschappen in overeenstemming met de verantwoordelijke autoriteiten van de betrokken Lid-Staten.

Articolo 20

Gli articoli da 12 a 15 inclusi e l'articolo 18 sono applicabili ai membri della Commissione.

Artikel 20

De artikelen 12 tot en met 15 en 18 zijn van toepassing op de leden van de Commissie.

Articolo 21

Gli articoli da 12 a 15 inclusi e l'articolo 18 sono applicabili ai giudici, agli avvocati generali, al cancelliere e ai relatori aggiunti della Corte di Giustizia, senza pregiudizio delle disposizioni dell'articolo 3 del Protocollo sullo statuto della Corte di Giustizia, relative all'immunità di giurisdizione dei giudici e degli avvocati generali.

Artikel 21

De artikelen 12 tot en met 15 en 18 zijn van toepassing op de rechters, de griffier en de toegevoegde rapporteurs van, alsmede op de advocaten-generaal bij het Hof van Justitie, onverminderd de bepalingen van artikel 3 van de Protocollen betreffende het Statuut van het Hof van Justitie nopens de vrijstelling van rechtsvervolging van de rechters en de advocaten-generaal.

Articolo 22

Il presente Protocollo si applica anche alla Banca Europea per gli Investimenti, ai membri dei suoi organi, al suo personale e ai rappresentanti degli Stati membri che partecipano ai suoi lavori, senza pregiudizio delle disposizioni del Protocollo sullo statuto della Banca.

Artikel 22

Dit Protocol is eveneens van toepassing op de Europese Investeringsbank, de leden van haar organen, haar personeel en de vertegenwoordigers der Lid-Staten, die aan haar werkzaamheden deelnemen, onverminderd de bepalingen van het Protocol betreffende haar statuten.

Die Europäische Investitionsbank ist außerdem von allen Steuern und sonstigen Abgaben anläßlich der Erhöhungen ihres Kapitals sowie von den verschiedenen Förmlichkeiten befreit, die hiermit in dem Staat, in dem sie ihren Sitz hat, verbunden sind. Desgleichen werden bei ihrer etwaigen Auflösung und Liquidation keine Abgaben erhoben. Ferner unterliegt die Tätigkeit der Bank und ihrer Organe, soweit sie nach Maßgabe der Satzung ausgeübt wird, nicht der Umsatzsteuer.

La Banque Européenne d'Investissement sera, en outre, exonérée de toute imposition fiscale et parafiscale à l'occasion des augmentations de son capital ainsi que des formalités diverses que ces opérations pourront comporter dans l'Etat du siège. De même, sa dissolution et sa liquidation n'entraîneront aucune perception. Enfin, l'activité de la Banque et de ses organes, s'exerçant dans les conditions statutaires, ne donnera pas lieu à l'application des taxes sur le chiffre d'affaires.

ZU URKUND DESSEN haben die unterzeichneten Bevollmächtigen ihre Unterschriften unter dieses Protokoll gesetzt.

EN FOI DE QUOI, les plénipotentiaires soussignés ont apposé leurs signatures au bas du présent Protocole.

GESCHEHEN zu Brüssel am achten April neunzehnhundertfünfundsechzig.

FAIT à Bruxelles, ce huit avril mil neuf cent soixante cinq.

La Banca Europea per gli Investimenti sarà, inoltre, esente da qualsiasi imposizione fiscale e parafiscale al momento degli aumenti del suo capitale, nonchè dalle varie formalità che tali operazioni potranno comportare nello Stato in cui ha la propria sede. Parimenti, il suo scioglimento e la sua liquidazione non comporteranno alcuna imposizione fiscale. Infine, l'attività della Banca e dei suoi organi, svolgentesi secondo le condizioni statutarie, non darà luogo all'applicazione di tasse sulla cifra di affari.

De Europese Investeringsbank wordt bovendien vrijgesteld van elke fiscale en parafiscale heffing ter gelegenheid van de uitbreiding van haar aandelenkapitaal, alsmede van de verschillende formaliteiten welke deze verrichtingen kunnen medebrengen in de Staat waar de zetel gevestigt is. Haar opheffing en liquidering zullen evenmin enige heffing medebrengen. Tenslotte geeft de werkzaamheid van de Bank en van haar organen, uitgeoefend onder de statutaire voorwaarden, geen aanleiding tot de heffing van omzetbelastingen.

IN FEDE DI CHE, i plenipotenziari sottoscritti hanno apposto le loro firme in calce al presente Protocollo.

TEN BLIJKE WAARVAN de ondergetekende gevolmachtigden hun handtekening onder dit Protocol hebben gesteld.

FATTO a Bruxelles, addì otto aprile millenovecentosessantacinque.

GEDAAN te Brussel de achtste april negentienhonderd vijfenzestig.

## Schlußakte

DIE BEVOLLMÄCHTIGTEN

Seiner Majestät des Königs der Belgier,

des Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland,

des Präsidenten der Französischen Republik,

des Präsidenten der Italienischen Republik,

Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs von Luxemburg,

Ihrer Majestät der Königin der Niederlande,

die am 8. April 1965 zur Unterzeichnung des Vertrags zur Einsetzung eines gemeinsamen Rates und einer gemeinsamen Kommission der Europäischen Gemeinschaften in Brüssel zusammengetreten sind,

haben folgende Texte festgelegt:

Vertrag zur Einsetzung eines gemeinsamen Rates und einer gemeinsamen Kommission der Europäischen Gemeinschaften,

Protokoll über die Vorrechte und Befreiungen der Europäischen Gemeinschaften.

Bei der Unterzeichnung dieser Texte haben die Bevollmächtigten

— der Kommission der Europäischen Gemeinschaften den Auftrag in Anhang I erteilt,

— die Erklärung der Regierung der Bundesrepublik Deutschland in Anhang II zur Kenntnis genommen.

ZU URKUND DESSEN haben die unterzeichneten Bevollmächtigten ihre Unterschriften unter diese Schlußakte gesetzt.

GESCHEHEN zu Brüssel am achten April neunzehnhunderfünfundsechzig.

## Acte Final

LES PLÉNIPOTENTIAIRES

de Sa Majesté le Roi des Belges,

du Président de la République Fédérale d'Allemagne,

du Président de la République Française,

du Président de la République Italienne,

de Son Altesse Royale le Grand-Duc de Luxembourg,

de Sa Majesté la Reine des Pays-Bas,

réunis à Bruxelles le 8 avril 1965 pour la signature du Traité instituant un Conseil unique et une Commission unique des Communautés européennes,

ont arrêté les textes ci-après:

Traité instituant un Conseil unique et une Commission unique des Communautés européennes,

Protocole sur les privilèges et immunités des Communautés européennes.

Au moment de signer ces textes, les plénipotentiaires ont:

— conféré à la Commission des Communautés européennes le mandat figurant à l'Annexe I,

— et pris acte de la déclaration du Gouvernement de la République Fédérale d'Allemagne figurant à l'Annexe II.

EN FOI DE QUOI, les plénipotentiaires soussignés ont apposé leurs signatures au bas du présent Acte Final.

FAIT à Bruxelles, le huit avril mil neuf cent soixante cinq.

## Atto Finale

I PLENIPOTENZIARI

di Sua Maestà il Re dei Belgi,

del Presidente della Repubblica federale di Germania,

del Presidente della Repubblica francese,

del Presidente della Repubblica italiana,

di Sua Altezza Reale il Granduca del Lussemburgo,

di Sua Maestà la Regina dei Paesi Bassi,

riuniti a Bruxelles, l'8 aprile 1965, per la firma del Trattato che istituisce un Consiglio unico ed una Commissione unica delle Comunità Europee,

hanno adottato i testi seguenti:

Trattato che istituisce un Consiglio unico ed una Commissione unica delle Comunità Europee,

Protocollo sui privilegi e sulle immunità delle Comunità Europee.

All'atto di firmare questi testi, i plenipotenziari:

— hanno conferito alla Commissione delle Comunità Europee il mandato che figura nell'Allegato I,

— e hanno preso atto della dichiarazione del Governo della Repubblica federale di Germania che figura nell'Allegato II.

IN FEDE DI CHE, i plenipotenziari sottoscritti hanno apposto le loro firme in calce al presente Atto Finale.

FATTO a Bruxelles, addì otto aprile millenovecentosessantacinque.

## Slotakte

DE GEVOLMACHTIGDEN

van Zijne Majesteit de Koning der Belgen,

de President van de Bondsrepubliek Duitsland,

de President van de Franse Republiek,

de President van de Italiaanse Republiek,

Zijne Koninklijke Hoogheid de Groothertog van Luxemburg,

Hare Majesteit de Koningin der Nederlanden,

op 8 april 1965 te Brussel bijeen ter ondertekening van het Verdrag tot instelling van één Raad en één Commissie welke de Europese Gemeenschappen gemeen hebben,

hebben de volgende teksten vastgesteld:

Verdrag tot instelling van één Raad en één Commissie welke de Europese Gemeenschappen gemeen hebben.

Protocol betreffende de voorrechten en immuniteiten van de Europese Gemeenschappen.

Bij de ondertekening van deze teksten hebben de gevolmachtigden:

— aan de Commissie van de Europese Gemeenschappen het in bijlage I opgenomen mandaat verleend,

— en nota genomen van de in bijlage II opgenomen verklaring van de Regering der Bondsrepubliek Duitsland.

TEN BLIJKE WAARVAN de ondergetekende gevolmachtigden hun handtekening onder deze Slotakte hebben gesteld.

GEDAAN te Brussel de achtste april negentienhonderd vijfenzestig.

## Anhang I

### Auftrag an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften

Die Kommission der Europäischen Gemeinschaften wird beauftragt, im Rahmen ihrer Befugnisse alle erforderlichen Vorkehrungen zu treffen, um die Rationalisierung ihrer Dienststellen innerhalb einer angemessenen und verhältnismäßig kurzen Frist, die ein Jahr nicht überschreiten soll, durchzuführen. Zu diesem Zweck kann die Kommission alle geeigneten Stellungnahmen einholen. Damit der Rat die Durchführung dieser Maßnahmen verfolgen kann, wird die Kommission gebeten, ihm regelmäßig Bericht zu erstatten.

## Annexe I

### Mandat conféré à la Commission des Communautés européennes

La Commission des Communautés européennes reçoit le mandat de prendre dans le cadre de ses responsabilités toutes les dispositions nécessaires pour mener à bien la rationalisation de ses services dans un délai raisonnable et relativement bref ne devant pas excéder un an. A cet effet, la Commission pourra s'entourer de tous les avis appropriés. Afin de permettre au Conseil de suivre la réalisation de cette opération, la Commission est invitée à faire rapport périodiquement devant le Conseil.

## Anhang II

### Erklärung der Regierung der Bundesrepublik Deutschland über die Geltung des Vertrags zur Einsetzung eines Gemeinsamen Rates und einer Gemeinsamen Kommission der Europäischen Gemeinschaften sowie des Vertrags über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl für Berlin

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland behält sich vor, bei der Hinterlegung ihrer Ratifizierungsurkunde zu erklären, daß der Vertrag zur Einsetzung eines Gemeinsamen Rates und einer Gemeinsamen Kommission der Europäischen Gemeinschaften sowie der Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl auch für das Land Berlin gelten.

## Annexe II

### Déclaration du Gouvernement de la République Fédérale d'Allemagne concernant l'application à Berlin du Traité instituant un Conseil unique et une Commission unique des Communautés européennes ainsi que du Traité instituant la Communauté européenne du Charbon et de l'Acier.

Le Gouvernement de la République Fédérale d'Allemagne se réserve le droit de déclarer lors du dépôt de ses instruments de ratification que le Traité instituant un Conseil unique et une Commission unique des Communautés européennes, ainsi que le Traité instituant la Communauté européenne du Charbon et de l'Acier s'appliquent également au Land de Berlin.

**Allegato I**

**Mandato conferito alla Commissione delle Comunità Europee**

La Commissione delle Comunità Europee riceve il mandato d'intraprendere nel quadro delle sue responsabilità, tutte le disposizioni necessarie al fine di pervenire alla razionalizzazione dei suoi servizi entro un termine ragionevole e relativamente breve, comunque non superiore ad un anno. A tal fine la Commissione potrà valersi di ogni adeguato parere. Onde consentire al Consiglio di seguire la realizzazione di detta operazione, la Commissione è invitata a riferire periodicamente dinanzi al Consiglio stesso.

**Bijlage I**

**Mandaat verleend aan de Commissie van de Europese Gemeenschappen**

De Commissie van de Europese Gemeenschappen krijgt opdracht, in het kader van haar verantwoordelijkheden alle nodige maatregelen te treffen om de rationele inrichting van haar diensten binnen een redelijke en betrekkelijk korte termijn van niet langer dan een jaar te volbrengen De Commissie kan daartoe alle passende adviezen inwinnen. Om de Raad in de gelegenheid te stellen, de gang van zaken daarbij te volgen, wordt de Commissie verzocht, op gezette tijden aan de Raad verslag uit te brengen.

**Allegato II**

**Dichiarazione del Governo della Repubblica federale di Germania relativa all'applicazione a Berlino del Trattato che istituisce un Consiglio unico ed una Commissione unica delle Comunità Europee nonchè del Trattato che istituisce la Comunità Europea del Carbone e dell'Acciaio**

Il Governo della Repubblica federale di Germania si riserva il diritto di dichiarare, all'atto del deposito dei propri strumenti di ratifica, che il Trattato che istituisce un Consiglio unico ed una Commissione unica delle Comunità Europee, nonchè il Trattato che istituisce la Comunità Europea de Carbone e dell'Acciaio si applicano ugualmente al Land di Berlino.

**Bijlage II**

**Verklaring van de Regering der Bondsrepubliek Duitsland betreffende de toepassing op Berlijn van het Verdrag tot instelling van één Raad en één Commissie welke de Europese Gemeenschappen gemeen hebben en van het Verdrag tot oprichting van de Europese Gemeenschap voor Kolen en Staal**

De Regering van de Bondsrepubliek Duitsland behoudt zich het recht voor om bij de nederlegging van haar akten van bekrachtiging te verklaren dat het Verdrag tot instelling van één Raad en één Commissie welke de Europese Gemeenschappen gemeen hebben, en het Verdrag tot oprichting van de Europese Gemeenschap voor Kolen en Staal ook op het „Land" Berlijn van toepassing zijn.

## Denkschrift*)

I.

Nach langwierigen Verhandlungen wurde am 8. April 1965 der Vertrag zur Einsetzung eines gemeinsamen Rates und einer gemeinsamen Kommission der Europäischen Gemeinschaften in Brüssel unterzeichnet.

1. Die Fusion der Organe der Europäischen Gemeinschaften bewirkt eine Konzentration der Zuständigkeiten und Befugnisse auf einen gemeinsamen Rat und eine gemeinsame Kommission. Gleichzeitig erfolgt eine Neuverteilung der Organe und Dienststellen der Europäischen Gemeinschaften auf die bereits bestehenden Arbeitsorte; dabei werden die Städte Brüssel, Straßburg und Luxemburg in ihrer Rolle als Arbeitsorte der drei Gemeinschaften bestätigt.

   Die Fusion soll zu einer Einsparung von Kräften und Mitteln führen. Die Dienststellen werden umgruppiert und neu gegliedert. Die Regierungen der Mitgliedstaaten erwarten, daß diese Rationalisierung, mit deren möglichst baldiger Durchführung sie die Kommission beauftragt haben, in einem Jahr nach Inkrafttreten des Vertrages abgeschlossen sein wird.

   Nach der Fusion der Räte sowie der Kommissionen und der Hohen Behörde sind nunmehr alle Organe gemeinsame Organe der drei Gemeinschaften. Ein gemeinsamer Gerichtshof und ein gemeinsames Parlament wurden bereits durch das Abkommen über gemeinsame Organe für die Europäischen Gemeinschaften geschaffen, das zusammen mit den Verträgen zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft unterzeichnet und ratifiziert worden ist.

2. Die Fusion der Organe der Europäischen Gemeinschaften hat eine über den technischen Rahmen hinausgehende politische Bedeutung. Das Europäische Parlament hat bereits in seiner Entschließung vom 27. Juni 1958 die Koordinierung der Tätigkeiten der drei Gemeinschaften gefordert. Auf Initiative des Parlaments war die Fusion Gegenstand der Kolloquien mit den Räten im November 1959 und 1960. Am 24. November 1960 forderte das Europäische Parlament in einer Entschließung die Fusion der Exekutiven. Diese Bemühungen des Europäischen Parlaments fanden die Unterstützung der Kommissionen und der Hohen Behörde und der Regierungen der Mitgliedstaaten. Die Konzentration der Befugnisse auf einen gemeinsamen Rat und eine gemeinsame Kommission wird diese beiden Organe stärken und damit zu einer beschleunigten Verwirklichung der Ziele der drei Gemeinschaftsverträge und darüber hinaus der europäischen Einigung beitragen. Die Fusion ist bereits der erste Schritt zur Verschmelzung der Gemeinschaften zu einer den gesamten Wirtschaftsbereich der Mitgliedstaaten umfassenden einzigen europäischen Gemeinschaft.

3. Die Fusion wurde auf Grundlage der Revisionsartikel der drei Verträge und unter Beachtung des in ihnen vorgesehenen Verfahrens eingeleitet. Das Verfahren begann mit der Vorlage eines Vorschlags der niederländischen Regierung vom 27. Juni 1961. Das Europäische Parlament und die Kommissionen haben zu dem Vorschlag am 20. Oktober 1961, am 22. September und am 10. November 1961 Stellung genommen. Schließlich wurde auf Grund der befürwortenden Stellungnahme der drei Räte der Europäischen Gemeinschaften die Konferenz der Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten einberufen, die den Text dieses Vertrags festgelegt hat.

4. Die Fusion der drei Räte und die der Kommissionen mit der Hohen Behörde lassen die diesen Organen auf Grund der Verträge übertragenen Zuständigkeiten und Befugnisse unberührt. Der gemeinsame Rat und die gemeinsame Kommission üben daher die Befugnisse und Zuständigkeiten aus, die nach Maßgabe der drei Gemeinschaftsverträge den drei Räten und den beiden Kommissionen sowie der Hohen Behörde zustanden. Änderungen der Verträge wurden nur insoweit vorgenommen, als sie für die Einsetzung gemeinsamer Organe erforderlich waren.

   Die Vereinheitlichung der Organe machte indessen die Einführung eines gemeinsamen Verwaltungshaushalts und die Vereinheitlichung der Verwaltung der drei Gemeinschaften erforderlich. Die Fusion konnte nicht allein durch Änderung des Wortlauts einiger Artikel der drei Verträge verwirklicht werden. Es war vielmehr eine gemeinsame Regelung erforderlich, um den gemeinsamen Rat und die gemeinsame Kommission als gemeinsame Organe für alle Verträge zu schaffen. Technisch bot sich zur Durchführung dieses Verfahrens die Möglichkeit an, den Text der Verträge so zu ändern, daß jeder einzelne Vertragstext möglichst ein vollständiges Ganzes geblieben wäre. Der Fusionsvertrag hätte dann aus einer Reihe von Änderungen von Artikeln oder Kapiteln der drei Verträge bestanden; hinzugekommen wären die Bestimmungen über die Einsetzung eines gemeinsamen Rates und einer gemeinsamen Kommission sowie über den Haushaltsplan der Gemeinschaften und das einheitliche Beamtenstatut. Der Vorteil dieser Lösung wäre gewesen, daß die drei durch den Fusionsvertrag geänderten Verträge ohne Zuhilfenahme des Fusionsvertrages in sich verständlich gewesen wären.

   Die Regierungen haben eine andere Lösung vorgezogen. Im Hinblick auf die Verschmelzung der Gemeinschaften wird eine gemeinsame institutio-

*) Der Text der Denkschrift zum Vertrag zur Einsetzung eines gemeinsamen Rates und einer gemeinsamen Kommission der Europäischen Gemeinschaften geht auf einen Entwurf zurück, der in der Gemeinschaft zur Verwendung bei den von den Regierungen der Mitgliedstaaten einzuleitenden Ratifizierungsverfahren erarbeitet wurde.

Hieraus ergeben sich gewisse Abweichungen im Aufbau und in der Darstellung des Textes gegenüber der sonst von der Bundesregierung in der Abfassung von Denkschriften zu internationalen Verträgen und Abkommen verwandten Form.

nelle Regelung durch den Fusionsvertrag eingeführt, die an die Stelle der bisherigen Regelungen in den einzelnen Gemeinschaftsverträgen tritt. Nur wo dieses Verfahren nicht durchführbar war, wurden Änderungen am Text der drei Gemeinschaftsverträge vorgenommen.

II.

Das Vertragswerk setzt sich aus folgenden Texten zusammen:

- Vertrag zur Einsetzung eines gemeinsamen Rates und einer gemeinsamen Kommission der Europäischen Gemeinschaften,
- im Anhang dazu Protokoll über die Vorrechte und Befreiungen der Europäischen Gemeinschaften,
- Schlußakte der Konferenz und als Anlage dazu ein Auftrag an die gemeinsame Kommission zur Rationalisierung ihrer Dienststellen und eine Erklärung der Regierung der Bundesrepublik Deutschland über die Geltung des Vertrages zur Einsetzung eines gemeinsamen Rates und einer gemeinsamen Kommission der Europäischen Gemeinschaften sowie des Vertrages über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl für Berlin.

Die Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften haben ferner den im Artikel 37 des Vertrages vorgesehenen Beschluß über die vorläufige Unterbringung bestimmter Organe und Dienststellen der Gemeinschaften unterzeichnet. Der Beschluß tritt gleichzeitig mit dem Vertrag in Kraft. Der Text des Beschlusses, der nicht der parlamentarischen Zustimmung bedarf, ist dieser Denkschrift als Anlage beigefügt.

1. **Der Vertrag zur Einsetzung eines gemeinsamen Rates und einer gemeinsamen Kommission der Europäischen Gemeinschaften** sieht vor:
   a) Die Einsetzung des gemeinsamen Rates und der gemeinsamen Kommission
   b) Die Bildung eines gemeinsamen Verwaltungshaushalts
   c) Die Einrichtung einer gemeinsamen Verwaltung der Gemeinschaften
   d) Ergänzende Regelungen

   zu a) **Einsetzung eines gemeinsamen Rates und einer gemeinsamen Kommission (Kapitel I und II des Vertrages)**

   In diesen Kapiteln sind die Bestimmungen über die Einsetzung des gemeinsamen Rates und der gemeinsamen Kommission zusammengefaßt. Für den Rat handelt es sich um die Artikel 1 bis 6 und für die Kommission um die Artikel 9 bis 18 des Vertrages. Die entsprechenden Bestimmungen der drei Gemeinschaftsverträge sind infolgedessen aufgehoben worden: Für den Rat wird dies in Artikel 7 und für die Kommission in Artikel 19 des Vertrages festgelegt.

   Die Regeln für die Zusammensetzung und Tätigkeit des gemeinsamen Rates und der gemeinsamen Kommission entsprechen der für die durch die Verträge zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft eingesetzten Räte und Kommissionen geltenden Regelung. Die Bestimmungen über die Zusammensetzung und die Tätigkeit der Räte in den drei Verträgen unterscheiden sich im wesentlichen lediglich hinsichtlich der Dauer des Vorsitzes. Der Ratsvorsitz wechselt im EGKS-Vertrag alle drei Monate, während im EWG-Vertrag und EAG-Vertrag eine Dauer von einem halben Jahr vorgesehen ist.

   Nach den bisherigen Erfahrungen hat sich die sechsmonatige Vorsitzdauer als praktisch erwiesen. Daher wurden in diesem Punkt die Bestimmungen des EWG- und EAG-Vertrages mit den erforderlichen Übergangsbestimmungen übernommen.

   Für die Beschlußfassung des Rates sehen die drei Verträge unterschiedliche Regelungen vor. Eine vollständige Vereinheitlichung dieser Bestimmungen würde den materiellen Inhalt der drei Gemeinschaftsverträge berühren und über die Fusion der Organe hinausgehen. Sie muß daher der Verschmelzung der Gemeinschaften vorbehalten bleiben. Hinzu kommt, daß die Zahl der Fälle, in denen der gemeinsame Rat auf der Grundlage von Bestimmungen der drei Verträge tätig wird, sehr gering sein wird, da bis zur Verschmelzung der Gemeinschaften jeder Vertrag seinen eigenen Anwendungsbereich behält. Die Vereinheitlichung der Beschlußfassung beschränkt sich daher auf Fälle, die die Organisation oder das Tätigwerden der gemeinsamen Organe der Gemeinschaften betreffen. Das gleiche gilt bei der Anwendung einiger anderer Bestimmungen der Verträge, insbesondere auf dem Gebiet des Haushalts.

   Folgende Fälle einer einheitlichen Beschlußfassung des gemeinsamen Rates auf der Grundlage der Bestimmungen der drei Verträge dürften in Betracht kommen:

   - Erlaß der Bestimmungen über die allgemeine unmittelbare Wahl des Europäischen Parlaments
   - Erhöhung der Anzahl der Richter und Generalanwälte
   - Festsetzung der Anzahl der Rechnungsprüfer und Bestellung der Rechnungsprüfer sowie des Vorsitzenden des Kontrollausschusses. Festsetzung der Vergütungen dieser Personen
   - Erlaß der Haushaltsordnungen sowie der Vorschriften über die Verantwortung der anweisungsbefugten Personen und der Rechnungsführer sowie die Kontrollmaßnahmen
   - Ernennung der Hilfsberichterstatter des Gerichtshofs sowie Festlegung der Stellung der Hilfsberichterstatter
   - Genehmigung der Verfahrensordnung des Gerichtshofs
   - Feststellung des Haushaltsplans
   - Bewilligung der Ausgaben, die das vorläufige Zwölftel überschreiten
   - Entlastung für die Ausführung des Haushaltsplans

Mit Artikel 4 des Vertrages wird der Aufgabenbereich des in den Artikeln 151 und 121 der Verträge zur Gründung der EWG und der EAG vorgesehenen Ausschusses der Ständigen Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten nunmehr auf die Angelegenheiten aller drei Gemeinschaften ausgedehnt.

Die Zahl der Mitglieder der gemeinsamen Kommission wurde nach langwierigen Verhandlungen auf 9 festgesetzt. Es erwies sich jedoch als zweckmäßig, die Kommission bis zum Inkrafttreten des Vertrages zur Gründung einer einzigen europäischen Gemeinschaft, längstens aber für einen Zeitraum von drei Jahren nach der Ernennung ihrer Mitglieder mit 14 Mitgliedern zu besetzen. Die Kommission wird die sich ihr in den nächsten Jahren stellenden umfangreichen Arbeiten bis zur Verschmelzung der Gemeinschaften leichter mit 14 als mit 9 Mitgliedern bewältigen können. Artikel 33 des Vertrages legt die Regeln fest, nach denen die Zahl der Kommissionsmitglieder nach Ablauf des in Aussicht genommenen Zeitraumes von 14 auf 9 Mitglieder verringert wird.

Artikel 34 gibt dem gemeinsamen Rat die Befugnisse zum Erlaß der Regelung für die Bezüge der ehemaligen Mitglieder der Hohen Behörde und der Kommissionen, die nach Ausscheiden aus diesen Ämtern nicht zu Mitgliedern der gemeinsamen Kommission ernannt werden.

Die im EWG-Vertrag für die Ernennung und den Status der Kommissionsmitglieder sowie für die Tätigkeit der Kommission vorgesehenen Bestimmungen wurden übernommen, da sie der Art der von der gemeinsamen Kommission zu erfüllenden Aufgaben am besten entsprechen. Lediglich für den Fall der Amtsenthebung von Kommissionsmitgliedern, die die für die Ausübung ihres Amtes erforderlichen Voraussetzungen nicht mehr erfüllen oder eine schwere Verfehlung begangen haben, wurde die einfachere und vom institutionellen Standpunkt rationellere Lösung des EGKS-Vertrages übernommen.

zu b) **Einführung eines gemeinsamen Haushaltsplans der Gemeinschaften (Kapitel III des Vertrages)**

Die Fusion der Institutionen, die Verwaltung der vereinheitlichten Institutionen sowie das einheitliche Statut für das Personal der drei Gemeinschaften erfordern einen gemeinsamen Verwaltungshaushaltsplan der Gemeinschaften und die Vereinheitlichung der Verfahren für die Feststellung und die Kontrolle dieses Haushaltsplans. Das Abkommen über gemeinsame Organe für die europäischen Gemeinschaften, das für die drei Gemeinschaften ein gemeinsames Parlament und einen gemeinsamen Gerichtshof schuf, stellte bereits einen ersten Schritt in dieser Richtung dar, indem es eine Aufteilung der Kosten dieser Organe zu gleichen Teilen auf die Gemeinschaften vorsah.

Durch Artikel 20 des Vertrages wird ein Haushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften geschaffen, der an die Stelle des Verwaltungshaushaltsplans der EGKS, des Haushaltsplans der EWG und des Verwaltungshaushaltsplans der EAG tritt. Dies hat zur Folge, daß die für die gemeinsame Finanzierung der Ausgaben geltenden Haushaltsvorschriften des Abkommens über gemeinsame Organe für die europäischen Gemeinschaften wegfallen. Dagegen werden die besonderen Regeln für die Finanzoperationen der Hohen Behörde der EGKS sowie die Vorschriften über den Forschungs- und Investitionshaushaltsplan der EAG von den Bestimmungen des Artikels 20 des Vertrages nicht berührt. Im Rahmen der Fusion der Institutionen läßt sich eine grundlegende Reform der Struktur der gemeinschaftlichen Haushaltspläne nicht durchführen. Artikel 20 sieht ferner keine neue Regelung für die Deckung der Ausgaben der drei Gemeinschaften vor. Das System der Umlage auf die Kohle- und Stahlproduktion bleibt mit Bezug auf die Ausgaben der EGKS aufrechterhalten. Da es nicht möglich ist, bei der Festsetzung des gemeinsamen Verwaltungshaushalts den auf die Ausführung des EGKS-Vertrags entfallenden Teil von den anderen Verwendungszwecken abzugrenzen, wird in den Haushalt der Gemeinschaften ein Pauschbetrag von 18 Millionen Rechnungseinheiten aus der Umlage eingebracht. Der Anteil der Umlage an der Deckung der Verwaltungsausgaben der Gemeinschaften wird erforderlichenfalls ab 1. Januar 1967 auf Grund einer Beurteilung der sich aus der Anwendung des EGKS-Vertrags ergebenden Entwicklung der Ausgaben und auf Grund eines zu diesem Zweck ausgearbeiteten Berichts der gemeinsamen Kommission überprüft.

Die Einführung eines Haushaltsplans der Gemeinschaften erfordert die Vereinheitlichung des Verfahrens für die Genehmigung dieses Haushaltsplans. Es erschien zweckmäßig, hierfür das in dem EWG-Vertrag und EAG-Vertrag vorgesehene System zu übernehmen. Daher wird Artikel 78 des EGKS-Vertrags durch Artikel 21 des Vertrags aufgehoben und durch eine Reihe von Bestimmungen ersetzt, die den Regeln des EWG-Vertrags und des EAG-Vertrags entsprechen.

Durch die Anpassung des Haushaltsverfahrens der EGKS an das Verfahren des EWG- und EAG-Vertrags wird die endgültige Feststellung des Gesamthaushalts der Gemeinschaften dem gemeinsamen Rat übertragen. Damit fällt der Ausschuß der Präsidenten des Artikels 78 des EGKS-Vertrags fort. Andererseits wird die Mitwirkung des Europäischen Parlaments auf den Gesamthaushaltsplan erstreckt.

Übergangsmaßnahmen für die Aufstellung des ersten Haushaltsplans der Gemeinschaften finden sich in Artikel 35.

Die Vereinheitlichung der Regeln für die Aufstellung und Durchführung des Verwaltungshaushalts bedingt auch die Vereinheitlichung der Kontrolle der Ordnungsmäßigkeit der Einnahmen- und Ausgabenrechnung. Ein gemeinsamer Kontrollausschuß tritt an die Stelle der in den Verträgen vorgesehenen Kontrollorgane. Die Kontrolle der finanziellen Interventionen der Hohen

Behörde der EGKS wird jedoch hierdurch nicht berührt (vgl. Artikel 78e des EGKS-Vertrags in der Fassung des Artikels 21 des Vertrags).

Auch hierfür sind Übergangsmaßnahmen vorgesehen.

zu c) **Einsetzung einer gemeinsamen Verwaltung der Gemeinschaften (Kapitel IV des Vertrages)**

Die Fusion der Organe erfordert eine einheitliche Verwaltung und ein gemeinsames Beamtenstatut. Daher werden die Beamten und sonstigen Bediensteten der drei Gemeinschaften beim Inkrafttreten des Vertrags Beamte und Bedienstete der Europäischen Gemeinschaften und gehören der einzigen Verwaltung dieser Gemeinschaften an. Der Rat erläßt ein gemeinsames Beamtenstatut. Seine Aufgabe wird dadurch erleichtert, daß zur Zeit bereits nahezu übereinstimmende Beamtenstatute der drei Gemeinschaften bestehen. Eine Übergangsregelung findet sich in Artikel 25.

Die Einführung einer gemeinsamen Verwaltung und eines gemeinsamen Statuts für die Beamten und Bediensteten der Organe erfordert, daß auch die Regeln für die außervertragliche Haftung für die Tätigkeit dieser Beamten und Bediensteten vereinheitlicht werden. Die Regeln des EWG- und EAG-Vertrags werden übernommen.

zu d) **Ergänzende Regelungen**

— Auf Wunsch des Europäischen Parlaments wird der Beginn seiner jährlichen Sitzungsperiode auf den zweiten Dienstag des Monats März festgelegt.

— Die Kontrollbefugnisse des Europäischen Parlaments werden vereinheitlicht. Das Europäische Parlament erhält hierdurch das Recht, gegenüber der gemeinsamen Kommission auch mit Bezug auf ihre Tätigkeit im Bereich der EGKS jederzeit einen Mißtrauensantrag einzubringen.

— Die Vereinheitlichung der Organe und der Verwaltungen macht es notwendig, auch die Vorrechte und Befreiungen in den Gemeinschaften zu vereinheitlichen. Die Einzelheiten werden nach Maßgabe eines Protokolls geregelt.

— Für die Abstimmungen des Rats auf Grund der Bestimmungen des Vertrags gelten die Bestimmungen der Artikel 148, 149 und 150 des EWG-Vertrags und der Artikel 118, 119 und 120 des EAG-Vertrags.

— Die Bestimmungen des EWG- und EAG-Vertrags über die Zuständigkeit des Gerichtshofs sind auf den Vertrag anzuwenden; soweit er jedoch Artikel des EGKS-Vertrags ändert, gelten dessen Bestimmungen über die Zuständigkeit des Gerichtshofs.

— Die durch die Fusion erforderliche Neuverteilung der Organe und Dienststellen auf die drei Arbeitsorte stellte das Großherzogtum Luxemburg vor besondere Probleme. Diese Fragen werden, wie bereits oben dargestellt, durch einen Beschluß der Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten geregelt

— Die Artikel 38 und 39 des Vertrags enthalten die üblichen Verfahrensbestimmungen über Ratifizierung, Hinterlegung und Inkrafttreten des Vertrags.

2. **Das Protokoll über die Vorrechte und Befreiungen der Europäischen Gemeinschaften** übernimmt fast vollständig den Text der Protokolle über die Vorrechte und Befreiungen im Anhang zu den Verträgen zur Gründung der EWG und der EAG. Diese Protokolle berücksichtigten bereits die Erfahrungen, die mit dem Protokoll über die Vorrechte und Immunitäten der EGKS gesammelt worden waren. Es erschien lediglich erforderlich, für die EGKS mit Rücksicht auf ihre Finanztätigkeiten die Bestimmungen des EGKS-Protokolls über den Besitz von Guthaben und Konten beizubehalten.

   Neue, in den bisherigen Protokollen nicht enthaltene Bestimmungen wurden nicht eingeführt.

3. **Die Schlußakte** führt die Arbeitsergebnisse der Konferenz, nämlich den Vertrag und das Protokoll über die Vorrechte und Befreiungen, auf. Ferner enthält sie zwei Erklärungen. In einer gemeinsamen Erklärung beauftragen die Regierungen die gemeinsame Kommission, im Rahmen ihrer Befugnisse alle erforderlichen Vorkehrungen zu treffen, um innerhalb eines Jahres die Rationalisierung ihrer Dienststellen durchzuführen. Die Kommission soll dem Rat regelmäßig über die von ihr durchgeführten Rationalisierungsmaßnahmen Bericht erstatten. In einer einseitigen Erklärung behält sich die Regierung der Bundesrepublik Deutschland vor, bei der Hinterlegung der deutschen Ratifikationsurkunde zu erklären, daß der Vertrag sowie der EGKS-Vertrag auch für das Land Berlin gelten. Berlin war bisher nicht in den EGKS-Vertrag einbezogen.

**Anlage**
(zur Denkschrift)

# Beschluß der Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten über die vorläufige Unterbringung bestimmter Organe und Dienststellen der Gemeinschaften

Die Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten —

GESTÜTZT auf Artikel 37 des Vertrags zur Einsetzung eines gemeinsamen Rates und einer gemeinsamen Kommission der Europäischen Gemeinschaften,

IN DER ERWÄGUNG, daß unbeschadet der Anwendung des Artikels 77 des Vertrags über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, des Artikels 216 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, des Artikels 189 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft und des Artikels 1 Abs. 2 des Protokolls über die Satzung der Europäischen Investitionsbank bei der Einsetzung eines gemeinsamen Rates und einer gemeinsamen Kommission der Europäischen Gemeinschaften zur Regelung einiger besonderer Probleme des Großherzogtums Luxemburg als vorläufiger Arbeitsort bestimmter Organe und Dienststellen Luxemburg festzulegen ist —

beschließen:

Artikel 1

Luxemburg, Brüssel und Straßburg bleiben vorläufige Arbeitsorte der Organe der Gemeinschaften.

Artikel 2

Der Rat hält seine Tagungen in den Monaten April, Juni und Oktober in Luxemburg ab.

Artikel 3

Der Gerichtshof bleibt in Luxemburg.

Die Organe mit richterlichen und quasi-richterlichen Aufgaben und ähnliche Stellen einschließlich der für die Durchführung der Wettbewerbsregeln zuständigen Stellen, die auf Grund der Verträge zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen Atomgemeinschaft oder auf Grund von Übereinkünften im Rahmen der Gemeinschaften zwischen Mitgliedstaaten oder mit dritten Ländern bestehen oder noch einzurichten sind, werden ebenfalls in Luxemburg untergebracht.

Artikel 4

Das Generalsekretariat des Europäischen Parlaments und seine Dienststellen bleiben in Luxemburg.

Artikel 5

Die Europäische Investitionsbank wird in Luxemburg untergebracht, wo ihre leitenden Organe zusammentreten und ihre gesamte Tätigkeit ausgeübt wird.

Dies gilt insbesondere für die Entwicklung der derzeitigen, namentlich der in Artikel 130 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft umschriebenen Tätigkeit, für eine etwaige Ausdehnung dieser Tätigkeit auf andere Gebiete und für neue Aufgaben, die der Bank gegebenenfalls übertragen werden.

In Luxemburg wird eine Verbindungsstelle zwischen der Kommission und der Europäischen Investitionsbank eingerichtet, insbesondere um die Geschäfte des Europäischen Entwicklungsfonds zu erleichtern.

Artikel 6

Der Währungsausschuß tritt in Luxemburg und in Brüssel zusammen.

Artikel 7

Die für finanzielle Interventionen zuständigen Dienststellen der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl werden in Luxemburg untergebracht. Diese Dienststellen umfassen die Generaldirektion Kredit und Investitionen sowie die mit der Erhebung der Umlage betrauten Dienststelle und die dazugehörigen Buchhaltungen.

Artikel 8

Ein Amt für amtliche Veröffentlichungen der Gemeinschaften, dem eine gemeinsame Vertriebsstelle und eine Dienststelle für mittel- und langfristig zu erledigende Übersetzungen angegliedert werden, wird in Luxemburg untergebracht.

Artikel 9

Ferner werden folgende Dienststellen der Kommission in Luxemburg untergebracht:

a) das Statistische Amt und die Dienststelle Rechenzentrum;

b) die Dienststellen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, für Gesundheitsschutz und Betriebssicherheit;

c) die Generaldirektion Verbreitung der Kenntnisse, die Direktion Gesundheitsschutz, die Direktion Sicherheitskontrolle der Europäischen Atomgemeinschaft

sowie die erforderlichen Verwaltungs- und technischen Einrichtungen.

Artikel 10

Die Regierungen der Mitgliedstaaten sind bereit, andere Gemeinschaftseinrichtungen und -dienststellen, insbesondere auf dem Gebiet der Finanzen, in Luxemburg unterzubringen oder dorthin zu verlegen, vorausgesetzt, daß ein reibungsloses Funktionieren dieser Einrichtungen und Dienststellen gewährleistet ist.

Zu diesem Zweck fordern sie die Kommission auf, ihnen alljährlich einen Bericht über die Lage hinsichtlich der Unterbringung der Gemeinschaftseinrichtungen und -dienststellen und über die Möglichkeiten für neue Maßnahmen im Sinne dieser Bestimmung unter Berücksichtigung der Notwendigkeit einer reibungslosen Tätigkeit der Gemeinschaften vorzulegen.

Artikel 11

Um eine reibungslose Tätigkeit der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl zu gewährleisten, wird die Kommission aufgefordert, für eine schrittweise und koordinierte Verlegung der Dienststelle zu sorgen und dabei die Dienststellen für die Verwaltung des Kohle- und Stahlmarktes zuletzt zu verlegen.

Artikel 12

Vorbehaltlich der vorstehenden Bestimmungen werden die sich aus früheren Beschlüssen der Regierungen ergebenden vorläufigen Arbeitsorte der Organe und Dienststellen der Europäischen Gemeinschaften sowie die durch die Einsetzung eines gemeinsamen Rates und einer gemeinsamen Kommission bedingte Neugruppierung der Dienststellen von diesem Beschluß nicht berührt.

Artikel 13

Dieser Beschluß tritt am gleichen Tage in Kraft wie der Vertrag zur Einsetzung eines gemeinsamen Rates und einer gemeinsamen Kommission der Europäischen Gemeinschaften.

GESCHEHEN zu Brüssel am achten April neunzehnhundertfünfundsechzig

**Anlage 2**

## Stellungnahme des Bundesrates

1. Die **Eingangsworte** sind wie folgt zu fassen:

„Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:"

Begründung

Die Zustimmungsbedürftigkeit ergibt sich einmal daraus, daß durch den vorliegenden Vertrag die Verträge über die EGKS, die EWG und die EAG förmlich geändert werden und die Zustimmungsgesetze zu diesen Verträgen seinerzeit mit Zustimmung des Bundesrates erlassen worden sind. Zum andern ergibt sich die Zustimmungsbedürftigkeit aus Artikel 105 Abs. 3 GG, weil durch die eingeräumten Vorrechte und Befreiungen auch Steuern berührt werden, deren Aufkommen den Ländern zufließt (Artikel 105 Abs. 3 GG).

2. **Zu Artikel 2**

Die Bundesregierung wird gebeten, im weiteren Verlauf des Gesetzgebungsverfahrens zu prüfen, in welcher Weise dem Landesgesetzgeber die Möglichkeit eröffnet werden kann, eine dem Artikel 2 des Gesetzentwurfs entsprechende Regelung auch für im Landesdienst stehende Beamte und Richter zu treffen.

**Anlage 3**

## Gegenäußerung der Bundesregierung

**Zu 1.**

Die Bundesregierung stimmt dem Vorschlag des Bundesrates im Ergebnis zu.

Die Zustimmungsbedürftigkeit folgt allerdings nicht schon daraus, daß der vorliegende Vertrag die Verträge über die Gründung der EGKS, der EWG und der EAG förmlich ändert und die Zustimmungsgesetze zu diesen Verträgen insoweit mit Zustimmung des Bundesrates erlassen worden sind. Die Bundesregierung vertritt vielmehr in ständiger Praxis die Auffassung, daß die Änderung eines Gesetzes, das mit Zustimmung des Bundesrates ergangen ist, nur dann ebenfalls der Zustimmung des Bundesrates bedarf, wenn durch das Änderungsgesetz Vorschriften geändert werden, die die Zustimmungsbedürftigkeit des ursprünglichen Gesetzes begründet haben.

Das Protokoll über Vorrechte und Befreiungen der Europäischen Gemeinschaften im Anhang des Vertrages berührt aber, worauf der Bundesrat im zweiten Teil seiner Begründung hinweist, auch Steuern, deren Aufkommen den Ländern zufließt (Artikel 105, Abs. 3 GG). Obwohl dieses Protokoll insoweit materiell keine neuen Vorrechte und Befreiungen schafft, sondern nur die entsprechenden Bestimmungen der Protokolle in den Anhängen zu den drei Verträgen vereinheitlicht, die mit Zustimmung des Bundesrates gebilligt worden sind, will die Bundesregierung einer erneuten Zustimmung des Bundesrates nicht widersprechen.

**Zu 2.**

Dem Vorschlag des Bundesrates wird zugestimmt.

Bo 20 173 6. 65